

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 2 Pf. monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.20 RM, für das übrige Ausland 1.40 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Bezahlt für die jedwede Zeile in der ersten oder deren Raum 20 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Benennungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Kampf um die Deckung.

Von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr war der Reichstag am Freitag zusammen und beriet in stidiger Luft über die Deckung für die neuen Heereslasten. In Frankreich ist von maßgebender Stelle am Tage vorher kühl und unzweideutig erklärt worden, daß die große Aufrüstung Deutschlands den alleinigen Anlaß für die Rückwärtsredubrierung der französischen Heeresorganisation, für die schwere Last der dreijährigen Dienstzeit gegeben habe. So sitzen auch in Paris die Volksvertreter seit Wochen und Monaten in den dumpfigen Parlamentshallen, statt Herz und Hirn in der Sommerpracht der Natur und an ihrem stillen ewigen Vorwärtsschreiten zu equidieren. Aber auf keiner Seite kommt man zu der einfachen Lösung der beiderseitigen Schwierigkeiten: den „Statusquo“ beibehalten zu lassen und damit beide Länder vor großen neuen Lasten und den Völkerfrieden vor neuen großen Gefahren zu bewahren! In beiden Ländern sitzt den herrschenden Klassen der imperialistische Sporn in den Weichen und treibt sie zu immer wahnsinnigeren Sprüngen der Rüstungs-Steepelchase.

Aber wie nach dem dialektischen Gange der Entwicklung jede große Bewegung auch zugleich mit jedem neuen Fortschritt die Tendenzen weckt und stärkt, die früher oder später zu ihrer Ueberwindung berufen sind, so ist auch das militärische Wettstreiten an einem Punkte angelangt, von wo aus jeder neue Schritt der Militaristen auf ihrer Bahn nur in um so stärkerer Nähe den Fortschritt ihrer Gegner beschleunigt. In Frankreich weckt der unglückliche Kulturrückschritt, den die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit bedeutet, die antimilitaristischen Widerstände der Arbeiter und Bürger von Tag zu Tag mehr. In Deutschland hat der Kampf um die Wehrvorlage nicht minder zur Aufklärung der Massen über die Kulturfeindlichkeit des heutigen Militärsystems beigetragen. Noch unmittelbarer aber wirken den Rüstungstendenzen die Schwierigkeiten entgegen, die den bürgerlichen Parteien, Kassen, Cliquen und Interessengruppen die Frage der Deckung bereitet. In wochenlangen Vorverhandlungen und Kulissenschiebereien hat man an Kompromissen gearbeitet. Aber wild geht es bei den gegenwärtigen Plenarverhandlungen durcheinander, und noch munterer wird der Tanz werden, wenn erst die Folgen der in der Befehlsmaschine vorbereiteten Deckungsgefeße von den Hauptbeteiligten am eigenen Leibe verspürt werden.

Die Konservativen erklärten durch den Mund eines ihrer berufensten Führer, daß sie den geplanten Deckungsvorlagen nicht zustimmen können; die Freikonservativen jammern etwas Aehnliches und suchen gleichzeitig durch wohlüberlegte Hinweise auf die dem Großkapital bevorstehenden Anteile an den Rüstungslasten den Nationalliberalen in der Gunst der wohlhabenden Herren der Großindustrie den Rang abzulaufen. Das Zentrum weiß noch nicht, ob es mit seinem größeren Heerhaufen noch rechts oder nach links fallen soll. Die Regierung wehrt sich gegen die Angriffe von rechts mit der geistvollen Ausrede, sie habe sich nicht von „sozialistischen“, sondern nur von „sozialen“ Beweggründen leiten lassen.

Mit dem ruhigen Rädeln der Gewissheit, daß die Früchte der Rüstungsstreiberi im allgemeinen und der gegenwärtigen parlamentarischen Schwierigkeiten im besonderen früher oder später in der einen oder in der anderen Form ihr zufallen müssen, sieht die Sozialdemokratie diesem Kampfe zu. Sie muß es zwar dankend ablehnen, wenn man ihr die Verantwortung für das endgültige Aussehen der neuen Geetze, des Wehrbeitrages und der Besitzsteuern, zuschieben will. So weit reicht ihr unmittelbarer parlamentarischer Einfluß leider noch nicht, daß sie solche Verantwortung übernehmen könnte. Aber mit Fug und Recht darf sie für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie die Steuergesetzgebung des Deutschen Reiches auf die Bahn gedrängt hat, auf der sie jetzt die ersten Schritte zu machen sich anschickt, auf die Bahn der direkten Reichseinkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Unser Fraktionsredner, Genosse S u d e t u m, hatte ganz recht mit seiner Behauptung, daß es der Einfluß unserer 110 Mandate und der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen ist, der die Regierung und die hinter ihr stehenden Kompromissparteien zu den gegenwärtigen Deckungsvorlagen gezwungen hat. Die Konservativen haben diese Bemerkung mit einem stürmischen „Hört! hört!“ besonders unterstrichen.

Sie haben damit nur vor aller Welt zugegeben, daß ihr Einfluß bei der Deckungsfrage nicht mehr von entscheidender Bedeutung gewesen ist, daß sich vielmehr hierbei umgekehrt, wie auch der Fortschrittler B a n e r mit süßsaurer Miene zugab, der Einfluß der Sozialdemokratie durchgesetzt hat.

Wir sehen in diesen Vorgängen nichts weniger als eine Weltentwende. Aber wir sehen darin Anzeichen für den Lauf, den die militärische Entwicklung nehmen wird. Die Kräfte, die für die Volkswehr und die progressiv steigenden direkten Steuern wirken, werden von Tag zu Tag stärker. Ob sie wollen oder nicht — die bürgerlichen Parteien mitamt ihrem regierenden Aussehen werden gezwungen, die Richtung auf dieses Ziel einzuschlagen.

Freilich kann die Reichstagsfraktion für die Beschleunigung des Tempos dieser Entwicklung nur einen Teil beitragen. Der größere und entscheidende Teil muß von den Massen im Lande aufgebracht werden. Der Kampf der Fraktion hat nur Macht und Kraft, wenn die Einsicht und die Entschlossenheit der Massen dahinter stehen. Diesmal reichte das Votum vom 12. Januar 1912 mit all seinen Ursachen und Wirkungen aus, um der Fraktion die Schlagkraft zu geben, die für die Abwehr neuer Attentate auf die Taschen des arbeitenden Volkes für die Befreiung der Rüstungsausgaben notwendig war.

Es wird Sache der Massen sein, die Kraft der Fraktion so zu stärken, daß sie bei dem nächsten Waffengang mit dem Militarismus des kapitalistischen Klassenstaates auch in den entscheidenden Fragen der Entwicklung zum Volksheer Siege erringt.

Die Hauptdebatte am Freitag wurde durch den konservativen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also auf Ablehnung des Kompromisses, herbeigeführt. In namentlicher Abstimmung fiel der konservative Antrag mit 272 gegen 91 Stimmen.

Im weiteren entspann sich eine Debatte über die Richtermäßigung der Z u d e r s t u e r. Von unserer Seite vertrat Genosse B u r m i t Entschiedenheit die dringende Notwendigkeit, endlich die infame Zudersteuer, durch die jede Arbeiterfamilie jährlich mit 10 M. Steuern belegt wird, aufzuheben. Aber fast nur die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag, der damit fiel, so daß die Belastung der Massen mit der Zudersteuer zugunsten der Heeresvermehrung bestehen bleibt.

Beim Reichskriegsrich vertrat Genosse W o l k e n b u r h die ablehnende Stellung der Fraktion. In der ausgedehnten Debatte über das Vermögenszuwachssteuergefeß ging der Streit zunächst um die Besteuerung des Kindeserbes. Genosse D a v i d konnte mit berechtigtem Hohne die Konservativen an den Umkehrung der Dinge seit 1906 und 1909 erinnern. In namentlicher Abstimmung wurde der konservative Vorschlag gegen die Erbschaftsteuer mit 207 Stimmen gegen 150 Stimmen und 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die sozialdemokratische Forderung, die Reichszuwachssteuer gemäß der Regierungsvorlage zu erhalten, wurde abgelehnt, ein blankes Geheiß an die Grundstückspekulanten. Man stellte Haberland über das Vaterland! Dagegen erzielte der sozialdemokratische Antrag, die Steuerpflicht der F ü r s t e n ausdrücklich im Geheße festzulegen, eine nicht sehr große, aber von der Regierung darum nicht minder unangenehm empfundene Mehrheit.

Ein Schreckensurteil schlimmer Art.

16 Jahre Zuchthaus 12 1/2 Jahre Gefängnis!

Ein furchtbares Urteil fällt, wie uns aus Erfurt telegraphisch wird, am Freitag das dortige Kriegsgericht. Sieben Arbeiter aus Volkramshausen bei Erfurt hatten sich wegen Zusammenrottung, militärischen Aufruhrs, tätlicher Beleidigung, öffentlicher Beleidigung sowie wegen Mißhandlung eines Gendarmen und eines Dorfpolizisten zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 16. April d. J. eine Kontrollversammlung besucht. Im Laufe dieses Tages kam es dann im Gasthaus in der Alkoholistimmung zu Radausgehen und zu Zusammenstößen, bei welchen obige Straftatbestände begangen sein sollen. — Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Angeklagten im ganzen 43 Jahre Zuchthaus. Verurteilt wurde ein Angeklagter zu 5 1/2 Jahren, einer zu 5 1/4 Jahren, einer zu 5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus, einer zu 5 1/2 Jahren, einer zu 5 1/4 Jahren, einer zu einem Jahre und einer zu sieben Monaten Gefängnis. Neben den Zuchthausstrafen wurde auf Entfernung aus dem Heere und neben den Gefängnisstrafen auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt.

Das entsetzliche Urteil wird in den weitesten Kreisen das größte Aufsehen erregen. Es zeigt das Militärgerichtswesen kurz vor der Verabschiedung der Wehrvorlage wieder in seiner ganzen Grandsamkeit.

Eine Rüstungsrede des Ministerpräsidenten Barthou.

Zum Schluß der Donnerstagtagung der französischen Kammer hielt der Ministerpräsident Barthou eine Rede, die die Angriffe der Gegner der dreijährigen Dienstzeit abwehren, gleichzeitig aber das ganze Rüstungsprogramm der Bourgeoisrepublik begründen sollte. Die Rede ist gewissermaßen die offizielle französische Antwort auf die Ausführungen, mit denen Herr v. Weismann Holweg die deutsche Heeresvorlage begründete. Ministerpräsident Barthou sagte: Er bedauere keineswegs, für das Geheße von 1906 gestimmt zu haben, ebenso wie die damals fast einmütigen Parteien. Viele wären der Meinung, daß die Lage heute nicht mehr dieselbe wäre. Der Vorwurf reaktionärer Gesinnung müßte ja auch diejenigen treffen, welche, ohne bis zur dreijährigen Dienstzeit zu gehen, meinten, daß die auswärtige Lage eine Dienstverlängerung erfordere. (Anhaltender Beifall im Zentrum und rechts.) Die Regierung müsse darauf achten, was der Gegner tue, und sei für die dreijährige Dienstzeit, weil

die Grenze nicht ungeschützt bleiben dürfe. (Beifall.) Der Minister bekämpfte das Gerücht, daß der Gesehentwurf auf auswärtige Einflüsse zurückgehe. Die Regierung habe seit einem Jahre überlegt, daß das Geheße von 1906 der Umgestaltung bedürfte, aber erst infolge der Pläne des Nachbarn habe sie die Verlängerung der Dienstzeit ins Auge gefaßt. Sie habe ebenso wie der Oberste Kriegsrat alle Lösungen der Frage, auch Jaurès' System, geprüft. Der Chef des Generalstabes habe schriftlich dargelegt, 30 Monate Dienstzeit seien zu wenig und drei Jahre erforderlich. Der Minister bezeugte es noch einmal als Jabel, daß Rußland gelegentlich der Reise Roincarés die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gefordert habe; die beiden verbündeten und befreundeten Nationen hätten natürlich militärische Unterhaltungen gepflogen; man kenne Rußlands Absichten und könne auf seine Wirksamkeit zählen. (Lebhafter Beifall.) Gegenüber dem Vorwurf, der Gesehentwurf sei eine Herausforderung, zitierte der Minister das Berliner Tageblatt, nach welchem keine französische Regierung, kein französisches Parlament die dreijährige Dienstzeit vorgeschlagen haben würde, wenn in Deutschland nicht so gewaltige Entwürfe vorgelegt worden wären. Die Ereignisse auf dem Balkan hätten Deutschland die Notwendigkeit neuer Anstrengungen gezeigt, da ihm die Wirksamkeit seiner Verbündete zweifelhaft geworden wäre; daher habe es die schon geplante Heeresvermehrung noch verstärkt. (Bewegung.)

Unter Unterbrechungen von der äußersten Linken führte der Minister die Ziffern der deutschen Gesehentwürfe aus den letzten zwei Jahren an, welche den Verächtigungen der vorhergehenden 37 Jahre gleich seien. Die Bedeutung dieser Ziffern sei klar und für Frankreichs Vorgehen entscheidend. (Beifall rechts, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken links.) Da die deutsche Armee 870 000, die französische in ihrem gegenwärtigen Stande höchstens 480 000 Mann zähle, so sei zwischen den beiden Armeen, die gleichzeitige die Sicherheit ihres Vaterlandes zu schützen hätten, ein Abstand von 400 000 Mann, wie nicht zu leugnen sei. Dies sei die Gefahr, und es handelte sich darum, diese Lücke zu schließen. (Beifall.) Entgegen den sonstigen Entwürfen könne nur die dreijährige Dienstzeit die nötige Zahl sichern; aber es handle sich nicht nur um die Zahl als Mittel zum Erfolge, wie der deutsche Kriegsminister gewöhnlich gesagt hätte, als er eine Vermehrung aus der Friedensstärke gefordert hätte, um dadurch den kriegerischen Wert der Truppen der ersten Linie zu steigern. Er wolle in eine Vergleichung des Wertes der ersten Linie und desjenigen der Reserve nicht einreten, widerspreche aber dem Vorwurf, die Regierung, die Kommission und die Majorität der Kammer verachteten die Reserveregimenter. Diese würden zu ihrer Stunde eine starke Hilfe für die Armee sein (lebhafter Beifall), aber zu der Stunde, zu der man sie jetzt rufen möchte, wären sie noch nicht für die erste Linie verwendbar und könnten es nicht sein. (Lärmende Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Die Armee müsse in sich festen Zusammenhang und bekannte und geliebte Führer an ihrer Spitze haben. Frankreich müsse dem Streben Deutschlands folgen, möglichst wenig Reservisten in die Truppenteile der ersten Linie einzustellen und in Friedenszeiten deren Kriegsstärke möglichst nahe zu kommen. Die großen Massen wären sehr nützlich und notwendig, aber sie kämen leicht zu spät auf das Schlachtfeld. (Unterbrechung durch starken Beifall der Mehrheit und Widerspruch der Sozialisten.)

Die Regierung halte an den Grundsätzen und den hauptsächlichsten Einzelheiten des Gesehentwurfes fest, indem sie sich auf die Erfahrungen des Balkankrieges beziehe, in welchem auch die ersten Schladten dem Kriege die Entscheidung gegeben hätten. Der Minister las eine Erklärung des deutschen Kriegsministers vor, daß es nötig sei, Frankreich schnell einen entscheidenden Schlag beizubringen, um sich dann gegen Rußland wenden zu können. Im übrigen könnten Mobilisierungsfragen nicht auf der Tribüne erörtert werden, sondern nur im Ministerrat und in der Stille des Generalstabes.

Der Minister wiederholte eine Reihe bereits oft gehörter Gründe für die dreijährige Dienstzeit, bekämpfte die Gegenentwürfe Jaugagneur, Messimy und Boncour, er meinte unter lebhaftem Beifall, daß das Land den geforderten Opfern durchaus zustimme. So werde auch die Regierung immer wieder die Vertrauensfrage stellen. Der Heroismus von 1870 habe die grausame Amputation nicht verhindern können, unter welcher das Land noch heute leide. Jules Ferry habe einmal das Bedauern darüber ausgesprochen, daß er und die anderen republikanischen Deputierten von 1870 sich den Illusionen der Abrüstung und des ewigen Friedens hingeeben hätten. Er wünsche, daß die Gegner der dreijährigen Dienstzeit einst nicht dieselbe Reue empfinden möchten. Die Regierung treibe keine Politik der Herausforderung, der Abenteuer, des Rückschritts oder des Nationalismus. Er sei kein Nationalist, und er verabscheue die Ausbeutung des Patriotismus. Der Friede Europas beruhe auf dem Gleichgewicht der beiden Mächtegruppen und dieses Gleichgewicht könne nur durch beiderseitige Kraftentfaltung erhalten werden. Der Friede sei nicht möglich, wenn er nur von dem Willen einer der beiden Seiten abhängt. Man dürfe eine Politik der Vorsicht nicht mit einer Politik der Angreifselbst verwechseln. Frankreich wolle keinen Angriff unternehmen, aber es wolle bereit sein, auch jeden Angriff zu abwehren zu können. Der deutsche Kriegsminister habe eine Politik der Offensiv befürwortet. Gewiß, der Reichslangler habe erklärt, die deutsche Regierung habe Beweise ihrer Friedensliebe gegeben, aber er habe hinzugefügt, der Friede sei nur unter der einen Bedingung möglich, daß man auch zum Kriege bereit sei. Mit großer Entschiedenheit wies Barthou die Behauptung zurück, daß Frankreich von kriegerischer Bestimmung erfüllt sei. Frankreich habe anlässlich Algieras, anlässlich der Affäre von Cabañon und anlässlich Agadir seine Friedensfertigkeit bewiesen. Es habe aber auch gezeigt, daß es bereit sei, seine Pflicht mit Würde zu erfüllen und keine Demütigung zu ertragen. (Stürmischer Beifall.) Das Volk müsse wissen, daß es sich auf die Nacht stütze, und müsse fühlen, daß es eine Armee habe.

Ein großer Teil der Kammer bereitete Barthou beim Verlassen der Rednertribüne lebhafteste Ovationen.

Die Deckungsfrage.

Paris, 27. Juni. Kammer. Bei der Beratung über die Bewilligung der Kredite versprach der Finanzminister

Charles Dumont, daß vom nächsten Rechnungsjahre an für Marokko ein besonderes Budget aufgestellt würde. Bei der Besprechung über das siebente Budgetgesetz erhoben mehrere Sozialistischer-Mitglieder lebhaften Widerspruch gegen die Finanzmethode. Jaurès tadelt die Regierung, daß sie nicht das Budget zur Abstimmung bringen lassen wolle, weil das französische Bürgerium nicht den patriotischen Opfern zustimmen wolle, welche den militärischen Anforderungen entsprächen. Jaurès warf der Regierung vor, sie wolle zuerst die Militärvorlage durchbringen, um nachher von den armen Klassen das nötige Geld zu verlangen. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teile der Linken; Lärm in der Mitte und auf verschiedenen anderen Bänken.) Finanzminister Dumont erklärte, er könne am Montag der Budgetkommission über die Einstellung der finanziellen Erfordernisse in das Budget Mitteilungen machen und am Donnerstag sich vor der Kommission über die Einkommensteuer äußern. Renoir (Soz.) erklärte, er lehne ab, das siebente Budgetgesetz zu bewilligen, um nicht die Verantwortung für eine solche Lage mit zu übernehmen.

Ministerpräsident Barthou führte in seiner Rede aus: Das Land wird klar erkennen, welche Taktik dabei verfolgt wird, daß man die Ablehnung des Budgetgesetzes verlangt. Uebrigens würde, wenn das Budgetgesetz abgelehnt wird, die Regierung nicht mehr möglich sein. (Jurufe auf der äußersten Linken: Um so besser!) Auch Angesichts dieser Erklärung und derjenigen des Deputierten Renoir stellt die Regierung in betreff der Abstimmung über das Budgetgesetz die Vertrauensfrage. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken.)

Der Sozialist Bedouce erhob Anklagen gegen den Finanzminister. Die Kammer müsse ein Kolbudget annehmen oder den Bankrott des unfähigen Parlaments erklären.

Jaurès bestieg wieder die Tribüne und erwiderte Barthou folgendes: Sie nehmen eine stolze Haltung ein und sagen: „Ich bin ein Teil Frankreichs, ich ergebe mich den Regeln für die nationale Sicherheit und Stimme den Opfern zu.“ Gut! So bringen Sie diese Opfer und zahlen Sie! (Lebhafte Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès verlangte sodann, daß die Kammer das Budgetgesetz nicht ablehnen, aber daß sie die Abstimmung darüber vertagen solle, bis zu dem Tage, da die Regierung sagen werde: Diese Opfer verlangen wir von den Reichen. (Beifall auf denselben Bänken.)

Barthou erklärte, die finanzielle Lage sei nicht so ungewöhnlich. Etwas Ähnliches sei im Jahre 1911 vorgekommen. Das siebente Budgetgesetz trage keinen außergewöhnlichen Charakter. Zudem er zu dem Vergleiche überging, den Jaurès zwischen den Vorgängen in Deutschland und Frankreich gemacht hatte, sagte Barthou, er wünsche, daß die Freunde von Jaurès mit demselben Eifer an die Bewilligung der Vorlagen herangingen, wie es anderwärts geschähe. (Beifall in der Mitte und auf verschiedenen anderen Bänken.) Barthou sagte hinzu: Welcher verständliche logische Zusammenhang kann wohl zwischen der Bewilligung des Antrages und den Bemerkungen von Jaurès bestehen? Es handelt sich keineswegs darum, in die Ferien zu gehen, ohne die finanziellen Maßnahmen bewilligt zu haben, welche die Deckung für die Militärvorlage bedeuten. Wir werden in die Diskussion unmittelbar nach der Abstimmung über die Dienstdauer eintreten. (Beifall.) Bereits jetzt sage ich, daß die besonders schweren Opfer, die durch die Verlängerung des Militärdienstes auferlegt werden, als unvermeidliche Folge eine Steuer auf erworbenen Reichtum haben werden, die nicht auf der armen Klasse lastet, sondern die Wohlhabenden und Reichen betreffen wird, die sie zu erlegen haben werden. (Lebhafte Beifall in der Mitte, auf der Rechten und äußersten Linken.) Die Regierung verlangt vom ganzen Lande ein Opfer, das für die nationale Verteidigung notwendig ist, aber diejenigen, für die die Militärvorlage die Wirkung haben wird, ihre Lage und ihre Interessen zu verteidigen, müssen das Opfer bringen, das die Regierung von ihnen verlangen wird. Der Ministerpräsident schloß mit den Worten: „Diese Erklärungen sind sicherlich ausreichend, außer, wenn es sich um einen Versuch handeln sollte, Obstruktion zu machen.“ (Fast allgemeiner Beifall.)

Jaurès nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Kammer nicht eher auseinandergehen würde, bevor nicht die Mittel zur Deckung der militärischen Ausgaben bewilligt sein würden. Der Vorsitzende der Budgetkommission Cocheris erklärte, die Budgetkommission sei einstimmig der Ansicht, daß die Deckungsmittel von den Besitzenden zu verlangen seien. (Beifall.) Jaurès zog

hierauf seinen Verlangungsantrag zurück. Das siebente Budgetgesetz wurde sodann, wie bereits gemeldet, mit 477 gegen 93 Stimmen bewilligt.

Das Ergebnis der Wahlen in Holland.

Amsterdam, 26. Juni. (Eig. Ber.)

Der Stichwahltag war wieder ein Freudentag für das holländische Proletariat. Die Sozialdemokratie hat einen glänzenden Sieg erlangt und der Merkantilismus ist zerschmettert. Zu dem Aufstiege von 82 000 auf 144 000 Stimmen ist jetzt bei den Stichwahlen der Aufstiege von 7 auf 18 Mandate gekommen. Während die Merkantile Rechte von ihnen 60 Mandaten nur 45 gerettet hat, worunter noch drei sind, die in Opposition gegen die offizielle Rechte gewählt wurden und damit für die Merkantile Politik höchst unzuverlässig sind.

Die Zusammenstellung der neuen Kammer ist jetzt folgende:

	Bestand	Gewinn	Verlust
Katholischen	25	—	1
Antirevolutionären	11	—	9
Christlich-historischen	9	—	4
Freiliberalen	10	6	—
Unionliberalen	20	—	1
Freisinn-Demokraten	7	—	2
Sozialdemokraten	18	11	—

Die drei erstgenannten Parteien bilden zusammen die Rechte. Von ihnen ist am härtesten getroffen die antirevolutionäre, kleinbürgerlich-protestantische Partei, die Partei des ergreaktionären Exministers Dr. Kuyper, die den Kern der Merkantilen Reaktion ausmacht. Sie stellte im jetzt abtönenden Kabinett vier von den acht Ministern. Von der bürgerlichen Linken hat sonderbarerweise am besten abgeschnitten die konservativ gefärbte freiliberale Partei der Groß-Industriellen, deren Interessen besonders von der protektionistischen Zolltarifvorlage bedroht waren. Ihr Konservatismus ist aber in zwei Hauptpunkten weniger schädlich geworden, da sich ihre Kandidaten bis auf eine Ausnahme sämtlich auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen verpflichten mußten.

Uebrigens haben Liberale und Sozialisten einander in den Stichwahlen fast föhentlich unterstützt. Der gemeinsame Wunsch vom reaktionären Merkantilismus befreit zu werden, führte sie, nachdem die Hauptschlacht geschlagen war, zusammen. Viel weniger gut hielten sich die Merkantilen an ihre Parole, die da lautete: Stimmhaltung zwischen Liberal und Sozialist. Von den sechs Mandaten, die wir gegen einen Liberalen erobert haben, sind wenigstens vier dadurch gewonnen, daß die christlichen Arbeiter in der Stichwahl sozialdemokratisch stimmten. Eine höchst erfreuliche Erscheinung aus den Hauptwahlen hat sich damit festgesetzt.

Die Mandatgalt, die unsere Partei erreicht hat, deckt sich fast genau mit der Prozentzahl der abgegebenen Stimmen, die sie in den Hauptwahlen erreichte; wir hatten fast 19 Proz. der Stimmen, wir haben jetzt 18 von den 100 Mandaten. Unsere Fraktion wird durch viele ausgezeichnete Kräfte verstärkt. Der bekannte Rechtsanwält Dr. Mendels, der Unfallversicherungsratssekretär Dr. Sannes, der ehemalige Schriftleiter Spiekman, der Direktor der Amsterdamer Arbeitsbörse Albarde, die alle auch in agitatorischer Hinsicht sehr tätige Genossen sind, werden die Schlagkraft unserer Fraktion sehr verstärken.

Reiter sehen wir jetzt, da Twelstra und Wendels doppelt, Spiekman sogar dreifach gewählt ist — eine Folge des Umstandes, daß wir Kreise gewonnen haben, auf die wir noch vor kurzem nicht rechnen konnten, vor die Raaswahlen. Glücklicherweise sind deren drei und ganz sicher.

Unsere Mandate haben sich übrigens besonders in den Großstädten vermehrt. Hätten wir in der alten Kammer von den 19 Mandaten aus den vier großen Städten nur 3 inne, so haben wir jetzt deren 9 erobert.

Ueber die Regierungsänderung, die die Wahlen uns bringen werden, ist kaum zu reden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß zwar der Merkantilismus in die Minorität gedrängt ist, daß aber auch der Liberalismus nur ein gutes Drittel der Mandate besitzt und die Sozialdemokratie jede ministerielle Verantwortung glatt ablehnt. Am wahrscheinlichsten ist die Bildung eines sogenannten Geschäftskabinetts, welches Kabinett aber auch kommen mag, es wird binnen kurzem das all-

gemeine Wahrecht und die unenigeltliche Arbeiterpensionierung zu bringen haben, aber es steht ihm die härteste Befehdung der mächtig erstarkten Sozialdemokratie bevor.

Strafendemonstrationen.

Amsterdam, 26. Juni. (Eig. Ber.)

Bekanntlich kam es anlässlich des Wahlfestes der Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe von Städten und Orten wieder zu großartigen, spontanen Strafendemonstrationen. In Rotterdam zog eine vieltausendköpfige Menge, mit der roten Fahne voran, durch die Stadt und brachte den erwählten Sozialdemokraten begeisterte Ovationen. In Haag kam es abends 10 Uhr zu einem Massenmeeting auf dem „Binnenhof“ vor dem Parlamentsgebäude, wo der eben gewählte Abgeordnete Ter Laan zu der Menge redete, auf demselben Platze, der im vergangenen Jahre am „roten Dienstag“ militärisch für unsere Demonstration gesperrt war. Auch in Utrecht, Arnheim, Haarlem, Jaandam usw. eroberten die Arbeiter stürmisch die Straßen. In Amsterdam kam es am Spätabend auf dem Hauptplatz zu einem scharfen Zusammenstoß mit der Polizei, die die heranziehenden Tausende, die aus unseren Versammlungen kamen, mit Säbeln und Knütteln auseinandertrieb, was die größte Erbitterung hervorrief. In allen Versammlungen ließen sich Hunderte von neuen Mitgliedern in die Partei einschreiben. Eine mächtige Welle der Begeisterung durchzieht das holländische Proletariat.

Demission des Ministeriums.

Wielboorn, 27. Juni. Nach seiner Audienz bei der Königin erklärte der Ministerpräsident einem Korrespondenten des Handelsblat, daß das Kabinett zurückgetreten sei.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiten des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß am Freitag, die dritte Lesung der Heeresvorlage und des Beitrags auf die Tagesordnung vom Sonnabend zu setzen. Die Vermögensvorlage wird erst Montag zur Verhandlung kommen, da die Sozialdemokraten die Wahrung der Geschäftsbildungsmäßigen Frist verlangen. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, möglichst nach Beendigung der dritten Lesungen der genannten Vorlagen noch Wahlprüfungen zu erledigen. Voraussichtlich wird sich der Reichstag erst am Dienstag vertagen.

Dem Reichstag ist der Antrag der Regierung zugegangen, die Zustimmung zur Vertagung des Reichstages bis zum 20. November d. J. zu erteilen.

Der fällige Spionageprozeß.

Am Freitag fand vor dem Reichsgericht in Leipzig wieder ein Spionageprozeß statt, und zwar gegen den Zeichnerlehrling Rudolf Köhler aus Offen a. Ruhr. Der Angeklagte wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon ihm 2 Monate der Firma Krupp mit dem Kopieren von Zeichnungen beschäftigt war, hatte sich 11 Zeichnungen angeeignet und sie Frankreich, England, Rußland und Oesterreich zum Verkauf angeboten in der Annahme, daß sie geheim zu haltende Konstruktionen enthielten. Köhler hatte nur von Frankreich für zwei solche Zeichnungen zusammen 70 M. erhalten. Nur zwei von den elf Zeichnungen waren geheim zu halten, während der Angeklagte der Meinung war, daß alle entwendeten Zeichnungen geheim zu haltende Konstruktionen aufwiesen. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in guten Verhältnissen lebte und über seine Tat keine Reue zeigte, wurden ihm mildernde Umstände versagt.

Die Firma Krupp hält auf Ordnung in ihren Bureaus, wenn es sich um einen unreifen Zeichnerlehrling handelt. Handelt es sich aber darum, im eigenen Interesse Geschäftsgeheimnisse anderer Firmen zu erlangen, ist sie sehr weitherzig.

Der Tod in der Militärschwimmanstalt.

Das Kriegsgericht der 1. Garde-Division verhandelte am Freitag gegen den Major von Drefow vom 4. Garde-Reg-

Scharnhorst.

1813 — 28. Juni — 1913.

Am 28. Juni 1813, in der ersten Morgenstunde, starb Scharnhorst zu Prag, an der Schwelle jener Ereignisse, die seinem rastlosen Leben die Früchte bringen sollten. Nicht nur ein lauterer Herz, ein selbstloser edler Charakter, ein scharfer, durchdringender Geist schied mit ihm, sondern auch die Seele der preussischen Heeresreorganisation, die sich auf den Schlachtfeldern dieses Jahres erprobte.

Auch Scharnhorsts Tod war nur eine Folge des glühenden Eifers, den er an seine Sache setzte. In der Schlacht von Bautzen am 2. Mai war er am Fuße verletzt worden. Die an sich nicht schwere Wunde wäre in vier Wochen geheilt gewesen, bei völliger Ruhe und Schonung. Aber wo so viel auf dem Spiel stand, kannte er nicht Ruhe noch Schonung. Er machte sich auf nach Wien, um den österreichischen Staatsmännern, die ein Bündnis zugesagt hatten, den Rücken zu steifen, damit sie nicht von neuem zu Napoleon abfielen. Aber Metternich hielt ihn unterwegs hin, auch verschlimmerte sich die Wunde zusehends — so mußte Scharnhorst in Prag bleiben. Von Bozheim aus schrieb er am 21. Mai an seine Tochter einen Brief, der wohl der bitteren Grundstimmung all der letzten Jahre Worte ließ: „Ich will nichts von der ganzen Welt; was mir wert ist, gibt sie mir ohnehin nicht. Könnte ich das Ganze kommandieren, so wäre mir daran viel gelegen, ich halte mich in aller Vergleichung ganz dazu fähig. Da ich das aber nicht kann, so ist mir alles gleich; in der Schlacht finde ich ohnehin bald einen Platz. An Distinktionen ist mir nichts gelegen; da ich die nicht erhalte, welche ich verdiene, so ist mir jede andere eine Verteidigung, und ich würde mich verachten, wenn ich anders dächte. Alle sieben Orden und mein Leben gäbe ich für das Kommando eines Tages.“ Dieser Sehnsucht ward keine Erfüllung mehr, und er schied schweren Herzens aus dem Leben, da er mit dem Waffentillstand zu Prischwitz, den er wie alle Welt für den Vorläufer eines faulen und schändlichen Friedens hielt, den Untergang der edelsten Sache vor Augen sah.

Scharnhorst war alles andere als ein Junker, die auch nach der Meinung monder Zeitgenossen des Jahres 1913 das Monopol auf militärisches Genie besitzen. Der geniale Reorganisator des preussischen Heeres war sogar so wenig wie der Verwaltungsreformer Freiherr vom Stein ein geborener

Breuer. Im Hannoverschen stand seine Wiege. Der Großvater scharwerkte als Kleinbauer, der Vater hatte, erst als Soldat, dann als Korporal und Wachtmeister, dem Kalbfehl gefolgt, und war dann durch eine günstige Heirat in den Besitz eines größeren Landgutes gekommen. Am 12. Februar 1755 wurde ihm, zu Vordenau an der Leine, ein Sohn geboren, der in der Laufe die Vornamen Gerhard Johann David erhielt und schon früh den lebhaften Wunsch äußerte, Offizier zu werden. Mit zähem Eifer mußte er sich zu diesem Ende die Pforten zu den elementarsten Wissenschaften selbst aufbrechen: als Kind im Elternhause erhielt er keinerlei mündlichen Unterricht und war ein Autodakt im wahren Sinne des Wortes. Im Jahre 1773 gelang es ihm, in die Militärschule aufgenommen zu werden, die der Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe auf einer Insel mitten im Steinhuder Meer errichtet hatte, obwohl er nur über eine Kriegsmacht von noch nicht zwölfhundert Mann verfügte. Als diese Schule, auf der Scharnhorst hauptsächlich in den Artilleriewissenschaften unterrichtet wurde und auch manche Anregung zu seinen späteren Anschauungen über Heeresverfassung erhielt, mit dem Tode des Grafen eingang, nahm er in der hannoverschen Armee Kriegsdienste, erst als Fähnrich bei dem Dragonerregiment in Northelm, dann im gleichen Rang als Lehrer an der Artillerieschule zu Hannover. Hier rückte er zum Leutnant und Kapitän auf, heiratete ein unbedeutendes Mädchen und erregte schon durch seinen bürgerlichen Umgang das Mäherimpfen der hannoverschen Junker, die im Lande wie in der Armee die unbefruchteten Herren waren und an Dummheit, Rohheit und Unwissenheit ihre ostelbischen Klassengenossen schier noch überboten. Zurückhaltung und Unbill in steigendem Maße hatte Scharnhorst von diesem Junkerpad zu erdulden, und als er während des kontinentalen Kreuzzugs gegen die französische Republik im Jahre 1793 die gleichen Erfahrungen machte, fürchtete er: „Wir werden von Aristokraten zurückgesetzt und streiten für Aristokraten!“ Kein Wunder, daß es ihm in dieser Umgebung nicht länger litt und daß er, freilich nach manchem Bedenken, einschlug, als ihm eine Stelle in dem preussischen Heer angeboten wurde. Aber auch in Berlin ließ er, der mit seiner bescheidenen, zurückhaltenden Gelehrtennatur so gar nichts vom soldatischen Dramat ab an sich hatte, auf den schnarrenden Uebermut der Junker; man warf ihm vor, die Wachtparade schlecht zu kommandieren, und ein besonders schneidiger Stabsoffizier meinte, es gebe keinen Unteroffizier in der Armee, der in dienstlicher Beziehung nicht über ihm stehe.

Scharnhorst, der schon seit langem durch militärwissenschaftliche Arbeiten sich in Fachkreisen einen Ruf erworben hatte und auch in Berlin Gelegenheit fand, sich auszuzeichnen, ließ dieses Unwesen geduldig über sich ergehen. Nur mandmal schoß ihm die Galle ins Blut, wie 1805, als er seinen Sohn, der bei der Mobilisierung gebeten hatte, mitfechten zu dürfen, brieflich wegen seines Mutes und seines Patriotismus lobte, aber mit äußerster Bitterkeit forschte: „Verne, mein Sohn, diese Tugenden früh besiegen; sie haben mir von jeher, und vorzüglich auch in diesem Augenblicke, mehr Kummer als irgendein Laster gemacht.“ Es kam denn 1806, wie er das trüben Blicks vorausgesehen: die Junker, die Wachtparaden so vorzüglich zu kommandieren wußten, verlagten auf dem Schlachtfeld jämmerlich. Heer und Staat brachen in wenigen Tagen zusammen. Aus einer Wunde blutend und mehr noch blutenden Herzens verließ Scharnhorst, damals Oberst und Generalstabschef des Rüchel'schen Armeekorps, mit einer aufgelesenen Flinte wie ein gemeiner Soldat bewaffnet, als einer der letzten das Schlachtfeld von Auerstädt. Nachdem er sich als Blücher's Stabschef bei der Verteidigung von Lübeck herborgetan, wurde er nach dem Frieden von Tilsit zum Generalmajor befördert und in die neugeschaffene Militärreorganisationskommission beordert. Das Feld seiner eigentlichen Wirksamkeit lag jetzt vor ihm.

Wenn etwas Scharnhorst aus den historischen Umständen heraushebt und seiner Persönlichkeit gegenwartsbedeutend verleiht, ist es seine Stellung zur Miliz. Schon sein erster militärischer Lehrherr, der Graf von Schaumburg, hatte von einer Art Volksbewaffnung geschwärmt und, ganz im Gegensatz zu der rohen Disziplin Preußens, das sein Kriegsvolk nur mit dem Stock zusammenhalten zu können glaubte, einen Staat dann für unüberwindlich betrachtet, wenn die Bürger ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung ihrer Verfassung nehmen. Aber als zwanzig Jahre nach seinem Aufbruch auf der Militärschule die Opposition gegen die stehenden Heere allgemein um sich griff und namentlich Berenhorsts Betrachtungen gegen die „Wissenschaft des Erwoürgens nach Regeln“ in allen Wachtstuben mit Feuereifer verschlungen wurden, brach ganz im Sinne der freiderikanischen Anschauung Scharnhorst eine Lanze für die stehenden Heere. Wie anders, als er im April 1805, nachdem er abermals ein Jahrzehnt aus dem Gang der Ereignisse gelernt hatte, der preussischen Heeresleitung eine Denkschrift vorlegte, in der er die Errichtung einer Miliz verlangte und forderte, „daß man die ganze Masse des Volkes bewaffnet“, Voraussetzung dazu war für

giment und gegen den Leutnant von Schack vom 2. Garde-Regiment z. F. Die Grundlage der Anklage bildete der Tod des Grenadiers Schmitz von der 1. Komp. des 4. Garde-Regiments. Schmitz fand beim Freischwimmen im Flöhensee den Tod in den Fluten. Die Anklage legte beiden Offizieren zur Last, durch Fahrlässigkeit an dem Tode des Mannes schuld zu sein. Am 3. Juni fand das erste diesjährige Freischwimmen statt. Es beteiligten sich zunächst fünfzig Schwimmer daran. Der Angeklagte von Schack führte die Aufsicht. Von einem Floß aus sprangen die Schwimmer auf Befehl des Leutnants in die offene See, jedoch nicht, wie dies vorgeschrieben ist, in das Bassin. Auch trug keiner der Schwimmer eine Leine. Der Grenadier Schmitz blieb hinter den andern etwas zurück. Plötzlich riefen mehrere Grenadiere, die auf einem begleitenden Rettungsboot saßen: „Da hinten geht einer unter!“ Im nächsten Moment sah man, etwa zwanzig Meter von dem einen Rettungsboot entfernt, wie einer der Schwimmer die Arme aus dem Wasser herausstreckte und dann in der Tiefe verschwand. Sofort sprangen mehrere Offiziere und auch der Angeklagte nach, um den Verunglückten zu retten, doch es war nutzlos. Schmitz war bereits untergegangen und ertrunken. Erst vierzehn Tage später wurde seine Leiche geborgen und auf dem Garnisonfriedhof beigesetzt.

Leutnant von Schack, als der Hauptbeschuldigte, mußte zugeben, daß er gegen die Bestimmungen verstoßen hat. Als dem Angeklagten vom Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Hierholzer, die Vorhaltung gemacht wurde, daß durch die Nichtbeachtung der Vorschriften der Tod des Grenadiers Schmitz herbeigeführt worden sei, erklärte Leutnant von Schack, er glaube sicher, daß Schack einen Herzschlag erlitten habe, und daß er diesen auch im Bassin bekommen haben würde. Eine Fahrlässigkeit an dem Tode könne man ihm also wohl nicht beimeessen.

Major von Dresow verteidigte sich damit, daß er angeblich der Vorstand der Militärschwimmanstalt sei jedoch nach den bestehenden Bestimmungen keineswegs verpflichtet, stets anwesend zu sein. Am fraglichen Tage ließ er sich vom Feldwebel das Vorschriftenbuch geben, und während er darin blätterte, ertönte plötzlich der Ruf: „Da geht einer unter!“ Als Vorstand einer Militärschwimmanstalt habe der Angeklagte noch keine praktische Erfahrung gehabt, und er habe geglaubt, daß Leutnant von Schack mit allem gut Bescheid wisse.

Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Festungshaft, gegen Major von Dresow vier Wochen Stubenarrest. Formell müsse er die Anklage wegen fahrlässiger Tötung fallen lassen. Das Urteil lautete gegen Leutnant von Schack auf sechs Wochen und einen Tag Festungshaft, gegen Major von Dresow auf drei Tage Stubenarrest.

Ein militärischer „Schwerverbrecher“.

Gelegentlich einer Unterhaltung am Bierisch während der Reichstagswahlen äußerte ein Sergeant der vierten Schwadron des Königsjägerregiments in Polen, daß die sozialdemokratischen Stimmzettel seiner Meinung nach die einzigen richtigen sind, die bei der Reichstagswahl abzugeben sind. Auf Denunziation des eigenen Schiegersvaters erhielt das Regiment Kenntnis davon, das daraufhin ein hochnotpeinliches Verfahren gegen den „uniformierten Umstürzer“ eröffnete. Das Kriegsgericht Glogau verurteilte den Sergeanten wegen Gefährdung der Disziplin zu einer Woche Mittelarrest.

Ein tüchtiger Unteroffizier.

Der Unteroffizier Dulaich vom Regiment 11 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht angeklagt der Mißhandlung und vorschriftswidrigen Behandlung Untergeordneter. Eine große Anzahl von Rekruten sind von ihm geschlagen, gestoßen und getreten worden. Der Unteroffizier gab alles zu. Die Ausbildung der Rekruten sei ihm als junger Unteroffizier ohne Hilfe schwer gefallen. Unachtsamkeit und Nachlässigkeit der Leute habe ihn erregt und im Dienste habe er zu den Mitteln gegriffen. Der Anklagebetreuer beantragte bei Annahme von 14 Fällen „minderer Schwere Art“ der Mißhandlung, wovon 13 im Dienst, und bei zwei noch gleichzeitig vorschriftswidrige Behandlung sechs Wochen Mittelarrest. Der Verteidiger, ein Offizier, plädiert auf möglichste Milde, damit diesem tüchtigen Unteroffizier, der zu den besten Hoffnungen berechtigte, die Laufbahn nicht abgebrochen wird. Das Kriegsgericht hielt die Anklage in vollem Umfang erwiesen, sah aber kein rohes Verhalten und nimmt auch nur minder-

ihn freilich ein Krieg, „wo jeder einen großen Anteil an dem glücklichen Ausgange hat, wo die Nation für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kauft“. An diese Gedanken, die damals natürlich Saat auf fettem Boden waren, knüpfte er an, als er in der Militär-Reorganisations-Kommission saß. Was, ungeachtet aller Anfeindungen der Anhänger des Alten, Scharnhorst dem König vorschlug, war die Trennung der Wehrfähigen in stehendes Heer und Miliz. Der Miliz sollte ein Geist der Freiheit und Selbständigkeit innewohnen, deshalb sollten ihre Angehörigen nicht etwa vorher das stehende Heer passieren, auch hatte die Wahl der Offiziere, die allerdings eine gewisse Bildung nachweisen mußten, durch die Mannschaft zu erfolgen. Zur Ausbildung waren jährlich vier, in der ersten Zeit acht Wochen in Aussicht genommen. Zu diesem Ende sollte der Unterrichtsplan der bestehenden Stadtschulen so erweitert werden, daß sie schon der Jugend militärische Eigenschaften vermitteln. In den Erholungsstunden sollte ein Exerziermeister die Knaben im Gebrauch der Waffen üben. Jede Schule formierte sich in Kompagnien, die ihre Offiziere selber wählten. Leibesübungen wie Fechten, Schwimmen und Voltigieren stärkten die Körper, die Kadettenanstalten als privilegierte Schlupfwinkel des jungerlichen Nachwuchses sollten ebenso wegfallen wie das Vorrecht des Adels auf die Offiziersstellen im Heere und die entehrenden Leibesstrafen bei den Soldaten. Aber mit seinen Milizplänen drang Scharnhorst bei Friedrich Wilhelm III. nicht durch, der mit Genuß über den auffallend demokratischen, echt revolutionären Geist zürnen mochte, der in den Büreaux der Kommission waltete. Es wurde lediglich ein Befehl über die allgemeine Wehrpflicht in Aussicht gestellt, und damit hatte es sein Bewenden. Dieser Abneigung des Königs trug Scharnhorst wohl Rechnung, denn was er 1813 auf die Weine brachte, die milizähnliche Landwehr, über deren Wesen in diesem Blatte schon in anderem Zusammenhange gesprochen wurde, war für das konservative Breiten noch vollständig genug, aber lange nicht so vollständig wie seine Vorschläge von 1808. Auch das Werk von 1813 war durch Scharnhorst's Gedanken belebt, aber nicht alle seine Gedanken lebten darin.

Die sogenannten Patrioten von 1813 werden deshalb, an diesem hundertsten Todestag, nur der Verdienste Scharnhorst's im Jahre 1813 gedenken, denn was er 1808 ins Auge gefaßt hatte, war mit demselben Wasser getauft wie die Forderungen, die die Sozialdemokratie heute auf dem Felde der Landesverteidigung erhebt.

schwere Fälle an. Der Unteroffizier habe im Affekt gehandelt, im „Dienstesinteresse“ wolle er die Korporalschaft hoch bringen, wobei er leider dort seine Hand erhoben, wo er dies hätte bleiben lassen sollen. Da er unbefristet, seien für die 14 Fälle sechs Wochen Mittelarrest angemessene Strafe.

Konservative Geständnisse.

Noch einmal geben die Agrarier ihrer Mut und ihrem Schmerz darüber Ausdruck, daß die Lasten für die neuen Seeresvorlagen nicht den Besitzlosen auferlegt werden. Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrats erklärt in einer Resolution, daß er „grundsätzlich und mit Entschiedenheit an den steuerlichen Grundlagen der Reichsverfassung festhalte, nach welchen die Ausgaben des Reichs durch direkte Steuern zu decken“ sein. Und besonders schlecht ist der Landwirtschaftsrat darauf zu sprechen, daß der saubere Plan der Regierung, die Deckung den Dreiklassenlandtagen zu überlassen, gescheitert ist. Und ähnlich klagt die „Konservative Korrespondenz“, die schließlich erklärt:

„Für das jetzt in Aussicht genommene Kompromiß, welches nur dem Namen nach ein Kompromiß ist, in der Sache aber unter Billigung und mindestens stillschweigender Mitwirkung der Sozialdemokraten die Einführung einer mittelbaren Reichssteuer bedeutet, kann die konservative Partei aber die Verantwortung nicht übernehmen. Diese ruht im wesentlichen auf den verbündeten Regierungen, den Parteien der Linken und dem Zentrum.“

Wenn die Konservativen wirklich gegen die Vermögenszuwachssteuer stimmen werden, so wird hoffentlich auch der letzte Wähler im Lande begreifen, was er allerdings schon wissen mußte, wem er bitterten Feind die besitzlosen Klassen in dieser Partei haben. Und er wird aus dieser Erklärung zugleich die denkbar stärkste Bestätigung dafür erhalten, daß es einzig und allein die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion ist, der das deutsche Volk verdankt, daß diesmal nicht die arbeitenden Klassen, sondern die Reichen in erster Linie die Lasten zu tragen haben.

Der fürsorgliche Reichstagsabgeordnete.

Bürgerliche Blätter berichten: Rechtsanwalt Dr. Semler in Hamburg, der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Aurich-Wittmund, hat 30 Volkshilfer und Schülerinnen aus seinem Wahlkreise, Kinder unbemittelter Eltern, zu einer achtstägigen Ferienreise eingeladen. Die Kinder werden von den Lehrern ausgewählt und an einem noch zu bestimmenden Tage in Leer von zwei Hamburger Lehrern abgeholt. Unter deren Führung sollen sie an den beiden ersten Tagen die Sehenswürdigkeiten Hamburgs besichtigen. Die verbleibenden sechs Tage sollen die Kinder in Wohldorf auf dem Landgute Dr. Semlers verbringen.

Den armen Familien, deren Kinder der national-liberale Abgeordnete Dr. Semler pflegen will, würde tausendfach mehr gebient sein, wenn er und seine Fraktion wirkliche Arbeiterpolitik treiben würden.

Die neue Balkankrise.

Obwohl über das Ergebnis der Geheimnisung der serbischen Stupichtina nichts bekannt geworden ist, läßt alles auf eine friedliche Lösung des Konflikts schließen. Auch der österreichische Ministerpräsident Graf Stürsk gab im Herrenhaus eine optimistische Auffassung Ausdruck. Das serbische Ministerium Paschitch bleibt im Amte.

Die Situation in Serbien.

Belgrad, 26. Juni. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung wird über die heutige geheime Sitzung der Stupichtina kein Bericht veröffentlicht werden. Die Erklärungen, die Paschitch in der geheimen Sitzung abgegeben hat, bewirkten nämlich eine günstigere Auffassung von dem Stande des serbisch-bulgarischen Konflikts. Es verlautet, Paschitch werde im Laufe der Woche nach Petersburg abreisen.

Ein bulgarisches Dementi.

Sofia, 26. Juni. Die „Agence Bulgare“ meldet: Die Belgrader Nachrichten über einen bedeutenden Kampf beim Flusse Platowo entsprechen nicht der Wahrheit. Es hat vorgestern nacht bei dem von den Serben besetzten Dorfe Platowo ein Gefecht stattgefunden zwischen serbischen Truppen und einer von Abazow befehligten bulgarischen Bande, welche eine aus 70 serbischen Soldaten bestehende Abteilung von den benachbarten Höhen auf dem rechten Ufer des Flusses vertrieb. Das Gefecht begann gestern von neuem. Die Serben feuerten etwa 20 Granaten in der Richtung gegen Jitip ab. — Die im Auslande verbreitete Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien ist ebenfalls un wahr.

Oesterreich.

Zur Abschaffung des Arbeitsbuchs.

Oesterreich ist das einzige Land, das noch für die gewerblichen Arbeiter das Arbeitsbuch vorschreibt. Seit Jahrzehnten fordern die Arbeiter die Beseitigung dieser entwürdigenden Einrichtung, die sie sozial herabdrückt und der Wahrgeltung mit gebundenen Händen überliefert. Der Regierungsvorsteher hatte im Sozialpolitischen Ausschuss versprochen, die Regierung werde, wenn das Abgeordnetenhaus einen entsprechenden Antrag annehme, einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Abschaffung dieses vormärzlichen Ueberrestes, der durch das Schwarzlistenwesen der Unternehmerverbände heute besonders gefährlich geworden ist, ausführt. So lag dem Hause die Frage des Ausschusses, ob es eine solche Vorlage wünsche, zur Verantwortung vor. Mit 145 gegen 87 Stimmen wurde sie, nachdem namentlich Genosse Seich mit Entschiedenheit dafür eingetreten war, bejahend beantwortet.

Kennzeichen für den politischen Tiefstand der Deutschbürgerlichen war es, daß neben den Sozialdemokraten die bürgerlichen Parteien der verschiedenen Nationen mit wenigen Ausnahmen für die Abschaffung, ungeachtet aber die Deutsch-, Freireichlichen, gleichfalls mit Ausnahme eines halben Dutzends Nationalverbändler und einiger Wilder, nahezu geschlossen für Aufrechterhaltung des Arbeitsbuchs stimmten. Tschechen, Polen, Südslawen, Ruthenen, Italiener: sie alle bewiesen mehr sozialpolitische Einsicht, weniger Klassenhoch gegen das Proletariat, als die Christlich-sozialen, Agrarier, Radikalen (unseren Antisemiten entsprechend) und Liberalen deutscher Junge.

Rußland.

Ein Verleumdungsfeldzug.

Von Schredt aus Petersburg: Vor einigen Tagen ging durch die bürgerliche Presse die sensationelle Nachricht, der lettische sozialdemokratische Abgeordnete der zweiten Reichsduma, Dhsol, und der lettische sozialdemokratische

Schriftsteller Janson (Braun) seien als Polizeispion entlarvt worden. Es ist begreiflich, daß diese Nachricht in Anbetracht der traurigen russischen Wirklichkeit einiges Aufsehen erregte. Zum Glück stellt sich aber heraus, daß an dieser Sensation kein Wort wahr ist. (Was Janson anbetrifft, stellen wir das schon in Nr. 153 des „Vorwärts“ fest.)

In der Angelegenheit Dhsol erklärt im Petersburger Arbeiterblatt „Lutsk“ der sozialdemokratische Deputierte G. D. Tschenteli, daß der sozialdemokratischen Dumafraktion nichts Ehrenrühriges über Dhsol bekannt sei. Niemand von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Dumafraktion zweifle an der politischen Ehrlichkeit des Genossen Dhsol. Die sensationellen Berichte der lettischen Reaktionspresse seien demnach in bezug auf Janson ebenso unbegründet, wie sie es in bezug auf Genossen Dhsol sind.

Genosse Janson ist einer der Pioniere der lettischen Arbeiterbewegung und einer der angesehensten Vertreter der lettischen Sozialdemokratie. Die feile lettische Reaktionspresse wird durch ihre giftigen Verleumdungen das feste Vertrauen der lettischen organisierten Arbeiterschaft zu ihren leitenden Genossen nicht erschüttert haben. Die baltischen Barone, die die Niederdrückung der lettischen und estländischen demokratischen Bestrebungen und speziell die Ausrottung der baltischen Arbeiterbewegung als ihre vornehmste „Kultur“aufgabe betrachten, haben schon vor sechs Jahren einen ersten Versuch gemacht, Dhsol — der damals als Mitglied der zweiten Duma sehr populär war — zu verleumden. Diesen edlen Auftrag übertrugen sie ihrem Berliner Wortführer, Prof. Theodor Schiemann — selbst ein baltischer Junker —, der in seinem Buch über die lettische Revolution die Behauptung aufstellte, Dhsol hätte Parteigelber verkleudert. Genosse Dhsol hielt es unter seiner Würde, das Geschreibsel der kurischen Barone ernst zu nehmen und darauf öffentlich zu reagieren.

Frankreich.

Noch mehr verurteilte Demonstranten.

Châlons-sur-Marne, 26. Juni. Das Kriegsgericht des 6. Korps hat zwei Soldaten, die an den Kundgebungen gegen die dreijährige Dienstzeit beteiligt waren, zu einem bzw. zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Spanien.

Aufhebung der Versammlungsfreiheit.

Paris, 27. Juni. Aus Madrid wird gemeldet: Die Regierung verweigerte den Sozialisten die Erlaubnis, die von ihnen für nächsten Sonntag anberaumten Protestkundgebungen gegen den marokkanischen Feldzug abzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in der Steglitzer Straße.

Gestern abend kurz nach 10 Uhr brach in der Steglitzer Str. 76 ein gewaltiger Dachstuhlbrand aus. Die Feuerwehr eilte unter Führung des Branddirektors mit drei Löschzügen herbei und griff das Feuer mit fünf Schlauchleitungen an. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Feuerwehr noch mehrere Stunden zu tun.

Automobilunglück.

Der Fahrradhändler Lütke unternahm gestern nachmittag mit seiner Frau, einem älteren Herrn und einer jungen Dame seiner Bekanntschaft eine Automobilspazierfahrt. Zwischen Wamsee und Potsdam in der Nähe des sogenannten Kilometerbergs geriet der Wagen aus der Richtung, anscheinend infolge Versagens der Steuerung, und saufe in den Chauffeegraben. Zu diesem Augenblick passierte ein Direktor H. aus Friedenau die Unglücksstelle. Er nahm sich der vier Verunglückten an und brachte Lütke nach dem Oberlinkonzenhause in Kowames, wo er mit sehr schweren Verletzungen Aufnahme fand. Nach Ausspruch der Ärzte dürfte er die Nacht kaum überleben. Frau Lütke sowie die beiden anderen Insassen des Wagens sind mit Paulabschürfungen und leichteren Schnittwunden davongekommen.

Aufbruch und Überbanden in China.

Peking, 27. Juni. (W. Z. B.) Der Bischof von Taiyuanfu hat der spanischen Gesandtschaft Mitteilung von der Ermordung des spanischen Missionars Bernat in Kichow (Provinz Schensi) gemacht, wo sich 2000 Chinesen im Aufbruch befinden. Die dort stehenden 200 Mann Truppen sind machtlos. Die chinesische Regierung hat energische Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe und Bestrafung der Schuldigen versprochen. — Chinesische Truppen haben kürzlich die berüchtigten Banditen, die unter dem Namen „Weiher Wolf“ bekannt sind und schon lange die Provinz Honan im Schrecken setzten, überrascht und fast vollständig aufgetrieben. 600 Banditen wurden getötet und 80 gefangen genommen.

Eine notwendige Reform.

Rom, 27. Juni. (P. G.) Ein heute morgen den Telephonistinnen zur Kenntnis gebrachtes Dekret gibt ihnen für die Zukunft die Erlaubnis, sich zu verheiraten. Den besten Beweis dafür, daß diese Entschlieung wirklich einem Bedürfnis entsprach, bildet die Tatsache, daß im Laufe des heutigen Tages nicht weniger als 300 Telephonistinnen um den Heiratskonsens eingekommen sind.

Ausland englischer Dockarbeiter.

Leith, 27. Juni. (W. Z. B.) Infolge des Ausstandes der Dockarbeiter kann keine Entladung der Fahrgänge stattfinden. Die Eisenbahngesellschaften erklären, sie seien für die Verzögerung in der Ablieferung der Schiffsgüter nicht verantwortlich. 180 Kohlentrimmer haben sich den Ausständigen angeschlossen. Die Polizeimannschaft wurde verstärkt.

Weberstreik in Rußisch-Polen.

Łódz, 27. Juni. (W. Z. B.) In der Baumwollspinnerei Scheibler sind heute 2500 Weber in den Ausstand getreten und fordern höhere Löhne. Die Schließung aller Manufakturwerke steht bevor.

Internationale Ballonfahrt.

Strasbourg i. El., 27. Juni. (W. Z. B.) Donnerstag, den 3. Juli 1913, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es folgen Drachen, bemannte und unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Beobachtung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig dirigiert und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Saison-Ausverkauf

Heute
u. folgende Tage

Ausverkaufs-Angebote zur Reise

Sämtliche Restbestände sollen geräumt werden

Heute
u. folgende Tage

Jackett-Anzüge für Herren

Serie I 14.25 Serie II 20.50
Serie III 33.50 Serie IV 45.75

Ulster und Paletots für Herren

Serie I 16.25 Serie II 23.50
Serie III 35.50 Serie IV 44.50

Hosen für Herren

Serie I 2.85 Serie II 4.90
Serie III 6.95 Serie IV 9.75

Touristen-Anzüge für Herren

Jacketts, teilweise Joppenformen
Serie I 12.50 Serie II 20.50
Serie III 26.50 Serie IV 32.50

Bozener Loden-Mäntel

Serie I 15.75 Serie II 19.50

Bast-Anzüge, imit., für Herren

Serie I 11.75 Serie II 16.75

Bast-Jacketts, imit., für Herren

Serie I 4.35 Serie II 7.20

Lüster-Jacketts für Herren

Serie I 2.65 Serie II 5.20
Serie III 7.50 Serie IV 10.80

Weißer Hosen für Herren

Serie I 2.35 Serie II 5.25
Serie III 7.10 Serie IV 10.90

Loden-Pelerinen für Herren u. Damen

Serie I 120-130 cm lg. 6.65 Serie II 120-130 cm lg. 14.75

Loden-Pelerinen f. Knaben u. Mädchen

Serie III 70-90 cm lg. 3.85 Serie IV 70-90 cm lg. 6.80
Serie V 100-110 cm lg. 5.35 Serie VI 100-110 cm lg. 9.60

Stoff-Anzüge für Knaben von 3-8 Jahren

Sport- und Blasenformen
Serie I . Einheitspr. 3.95 Serie II . Einheitspr. 5.75
„ III . Einheitspr. 6.90 „ IV . Einheitspr. 9.35

Wasch-Anzüge für Knaben v. 3-8 Jahren

Blusen-Anzüge 5.25 4.10 2.65 1.65 55 Pf.
Kieler und Prinz-Heinrich-Anzüge
5.50 4.15 3.10 2.75

Schul-Anzüge für 7-12 Jahre

4.85 3.60 2.10 1.45
Sport-Hosen blau Satin, 3-8 Jahre 1.35 9-15 Jahre 1.55

Sport-Anzüge für Knaben von 7-14 Jahren

Serie I 9.50 Serie II 14.50

Jackett-Anzüge für Knaben von 7-12 Jahren

Serie I 6.95 Serie II 10.50

Gummi-Mäntel für Herren

Serie I 9.75 Serie II 18.25

Jünglings-Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw. sind den obigen Preisen entsprechend herabgesetzt.

Wäsche □ Krawatten □ Hüte □ Strohhüte □ Gamaschen □ Oeltuch-Kleidung
sind teilweise im Preise bedeutend herabgesetzt

Prompter Versand nach außerhalb

BaerSohn

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29/30 □ BERLIN □ 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Gelegenheitsposten

Damen-Gummi-Mäntel
Moderne Farben und Macharten in allen Größen.
Serie I ^{sonst 16.-} jetzt 11.75
Serie II ^{sonst 21.-} jetzt 14.25
Serie III ^{sonst 24.-} jetzt 17.50
Serie IV ^{sonst 30.-} jetzt 21.50
Änderungen müssen der niedrigen Preise wegen extra berechnet werden.

ca. 1000
flanellart. Jacketts
gestreift, in allen Größen,
wenig gelitten 2.40
ca. 1000
flanellartige Hosen
in allen Längen, wenig
gelitten 1.85
ca. 1000
flanellartig. Westen
in allen Größen, wenig
gelitten 75 Pf.

Sonntags nur von 8-10 geöffnet! Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei! Sonntags nur von 8-10 geöffnet!

Theater.

Sonnabend, 29. Juni 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. In den Dolomiten.
Schiller O. Der Leibgardist.
Schiller-Charlottenburg. Casemanns Töchter.
Lefkus. Alt-Bien.
Berliner. Filmzauber.
Kroll-Oper. Mignon.
Montis Operetten. Der lachende Gemann.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Martha.
Thalia. Puppen.
Metropol. Die Rino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Romdielehaus. Hochherzogliche Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kalabu.
Hoffe. Tagebuch einer Verlorenen.
Luffen. Die Altvordern.
Vollies Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampfsche.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. König Krause.
Deutsches. Die Schiffbrüchigen.
Deutsches Schauspielhaus. Eine Bergangenheit.
Theater am Nollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Berliner.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Montag, abends 8 Uhr:
Freiwild.
Theater am Nollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr: Burleske Spiele.
Der Mann mit der grünen Maske.
-Varieté- -Kino-

Deutsches Schauspielhaus

8 1/2 Uhr: Eine Bergangenheit.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Deutsches Theater.
Abendstück um 8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel:
Die Schiffbrüchigen.
Kroll-Oper
8 Uhr:
Mignon.
Gastspiel: Ethel Hansa.
Sonntag:
Lohengrin.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Nordstr. 1141.
Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann.
8 Uhr: Der lachende Gemann.
POSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Dedak-Lutz-Ensemble-Gastsp.
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
Anfang 4 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum

Die 3 Schwestern Liliput
die kleinste Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
Alles ohne Extra-Entree!

LPARK

Heute Sonnabend:
Elite-Tag
mit
grandiosen Feuerwerk.
Japan, Wimming, Waves,
Oceana, Tanzrad usw.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg

Morgen Sonntag, den 29. Juni 1913, im Volkshaus, Rosinenstraße No. 3:
Großes Sommerfest.
Konzert, Spezialitäten, Gesang, turnerische Aufführungen
Blumenverlosung
Fackelzug für Kinder □ Preisgeln und Preisschießen.
Einlaß 2 Uhr. Konzertbeginn 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.
Von 5 Uhr ab TANZ. Herren zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist von zwei Uhr an geöffnet.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor. Tel.: Ernst Liebig.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

Von der Michaelbrücke am Stadtbahnhof.
Heute Sonnabend: Große Sommernachts-Promenaden-
fahrt mit Musik nach Schmöckwitz, Restaurant
Seddensee. Dasselbst große Tanz-Reunion. Abfahrt
9 1/2 Uhr abends. Preis hin und zurück 50 Pf. Ferner Sonntag:
9 1/2 Uhr: Extrafahrt nach Neue Mühle, Wollersdorfer Schleuse, Kramp-
enburg, Schmöckwitz, Freibad Grünau, Prinzengarten und Neu-Helgoland.
Preis: Einfache Fahrt 40 Pf. Außerdem Montag und Dienstag
9 u. 2 1/2 Uhr mit Musik nach Wollersdorfer Schleuse. Preis hin und
zurück 30 Pf. [109/1] Reederei Zachow. Tel. Kgst. 6965.

Reederei Kahnt & Hertzner

Fernsprecher: Königst. 2062.
Billige Extrafahrten ab: **Walsenbrücke**
Täglich nach **Neue Mühle** Abfahrt 10 Uhr. Hin und zurück
Bogenf. 50 Pf. Sonntags 1 Pf.
Jeden Montag u. Donnerstag nach **Wenden-
schloß-Grünau-Krampenburg** Abfahrt 2 Uhr.
Jeden Dienstag und Freitag nach **Wollersd. Schleuse** hin u.
N.-Ahlbeck, Friedrichshagen zurück
Jeden Mittwoch nach **Wendenschloß-
Grünau-Krampenburg** 50 Pf.
Jeden Mittwoch nach **Teupitz** (Tornow) Abfahrt 8 Uhr.
idyll hin u. zurück 2 Pf.
Son Café Alsen (Zölef. Brücke) Abfahrt je 1/4 Stunde später.
Ab **Neukölln-Wildenbruchbrücke:**
Jeden Montag und Donnerstag nach **Neu-Helgoland** Abfahrt
N.-Ahlbeck-Friedrichshagen. 1 1/2 Uhr.
Jeden Dienstag u. Freitag nach **Wenden-
schloß-Grünau-Walddiell** hin u.
Jeden Mittwoch nach **Wenden-
schloß-Grünau-Krampenburg** zurück
Ab Café Alsen (Zölefische Brücke) Abfahrt ca. 1/2 Stunde später.
Dampfer sind an Vereine ufm. billig zu vergeben.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Rino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Montminy.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Admiralpalast - Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Abendstück
das gr. erfolgreiche Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute:
Monster-Konzert
5 Kapellen.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Abends: Große Fest-Beleuchtung.

Voigt-Theater

Badstraße 58.
Heute:
Der Bettelstudent.
Vollstück mit Gesang und Tanz
in 5 Akten.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Schauspiel 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Säng.
Zum Schluß:
„Künstler der
Landstraße“.
Eine
Musikanten-
Burleske
von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitätenvorstellung.
Mutterregen.
Schauspiel mit Musik in 5 Akten.
Dazu: das brillante Spezialität-
Prog.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Auf nach Veltten zum Arbeiter-Sommerfest!!!

am 6. Juli in dem herrlich am Salbe gelegenen Restaurant
Geibefrag. Inh. Otto Dietel, veranstaltet von sämtlichen
Arbeitervereinen am Ort, als:
Turner, Radfahrer, Sänger und Dilettanten etc.,
welche durch Aufführungen und Belustigungen aller Art
die beste Unterhaltung gewährleisten.
Tanz im Saal und Pariser Tanzzeit.
Abmarsch zum Festlokal nachmittags 2 Uhr von Luisenstr. 17.
286/18 (Siehe auch Lokalnotiz)
Um recht zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.
NB. Bzgl. Brudervereine wollen ihren werten Besuch an-
melden bei Rob. Heinrich, Mühlenstr. 19. Oberst Schaubuden-
besitzer, welche dort aufbauen wollen, bei Rosyerte Theater
erwünscht.

Das Massenstreikproblem.

IV.

In einem der „Mannheimer Volksstimme“ aus Karlsruhe zugegangenen Artikel heißt es:

Die absolute Mehrheit (im preussischen Abgeordnetenhaus) beträgt 222. Fortschrittler, Nationalliberale, Polen, Dänen und Sozialdemokraten zählen zusammen 136. Wie soll es die Sozialdemokratie anfangen, die fehlenden 84 „Wahlrechtsfreunde“ in den Bundtag zu lancieren? Und wenn diese Arbeit geleistet ist, ist dann das Ziel erreicht? Man vergesse doch nicht, daß im allergeringsten Fall der ausschlaggebende Teil dieser „wahlrechtsfreundlichen“ Mehrheit aus Nationalliberalen bestände, aus Nationalliberalen der preussischen Landtagsart! Wer leistet die Herkulesarbeit, diese Herren „vorwärts zu peitschen“? Ist es aber hier noch eine Utopie, zu glauben, man könne im Wahlrechtskampf unter dem gegenwärtigen Wahlrecht eine wahlrechtsfreundliche Mehrheit erzielen, was soll es uns dann nützen, wenn es uns auf dem vom Genossen Kolb angegebenen Weg wirklich gelingen sollte, den Liberalismus zu einer energischeren Verfechtung der Wahlrechtsforderung zu treiben?

Wie oft haben wir gerade aus dem Munde des Realpolitikers Kolb die Lehre vernommen, daß mit bloßen Reden nichts erreicht wird! Der Kampf einer Minorität aber erschöpft sich nun einmal ausschließlich im Reden. Und gesetzt auch den Fall: der empfohlene Weg führe in ferner, ferner Zeit zum Ziel. Soll man die Arbeiterschaft auf so fern liegende Hoffnungen verweisen? Ist es doch gerade der Reformismus, der uns stets die Lehre predigt, die Arbeiterschaft wolle gegenwärtige greifbare Vorteile, von Zukunftsvisionen werde sie nicht satt. Nun denn, so greife man zu Maßnahmen, die schneller zum Ziele führen. Von diesem Standpunkt kann ich dem Genossen Dr. Franz nur beipflichten, wenn er den Massenstreik empfiehlt. Die Gründe, die Genosse Kolb dafür anführt, daß, was in Belgien ging, in Preußen nicht gehe, überzeugen durchaus nicht. Auf die Sympathie des Bürgertums mit dem Mittel als solchem kommt es nicht an. Durch den Massenstreik soll das Bürgertum aus seinen eigenen egoistischen Interessen heraus an der Wahlrechtsfrage beteiligt werden, soll es aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden. Bezweungen, die katastrophalen Wirkungen des Massenstreiks auf das Wirtschaftsleben abzumenden, bezweungen, den gefährdeten Geldbeutel zu verteidigen, soll und wird es selbst die privilegierten Kreise zum Nachgeben zwingen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß wir den einzigen Erfolg, der bisher im Wahlrechtskampf erzwungen wurde, die f. Zt. eingebrachte Wahlrechtsvorlage ausschließlich den vorangegangenen Massendemonstrationen zu verdanken haben.

Selbstverständlich darf man nicht gewalttätig zum Massenstreik treiben, man darf nicht heben. Der Streik kann nur gelingen, wenn die erforderliche Stimmung in den Massen vorhanden ist. Und ob das der Fall ist, kann man von hier aus schwer beurteilen. Aber ebenso verkehrt wäre es, angesichts der gegebenen Situation, die etwa vorhandene Stimmung zu dämpfen und durch unndrige Schwarzmalerei die vorhandene Hoffnungslosigkeit und Siegesüberdacht zu ertöten. Wenn je eine Idee es wert war, daß man um ihrerwillen das Aeußerste wage, so ist sie hier gegeben. Und wenn je Grund vorhanden war, auf die siegreiche Kraft einer gerechten Forderung zu vertrauen, so ist es die, daß der ausschlaggebende Staat des Deutschen Reiches von dem auf ihm lastenden Druke halbabsolutistischer Barbarei befreit werde.

In der „Mannheimer Volksstimme“ vertreten die zwei Redakteure des Blattes zwei entgegengesetzte Ansichten. Genosse Vartels trat für die Notwendigkeit und die Propagierung des Massenstreiks ein, während Genosse Kabsch diesen Standpunkt bekämpfte. Letzterer schrieb u. a.:

Die Massen, die zur erfolgreichen Durchführung eines etwaigen Massenstreiks notwendig sind wie das Salz zum Brot, befinden sich zurzeit in einer Erschlaffung, die in Anbetracht der gespannten inner- und auherpolitischen Verhältnisse und in Anbetracht der ungeheuren Belastung durch die neue Militärvorlage, die doch letzten Endes die erwachsene Bevölkerung zu tragen haben wird, kaum zu verstehen ist.

Und da von einem „Willen zum Massenstreik“ reden, — da sich plötzlich ins Zeug legen und den Massenstreik als das zurzeit wichtigste und notwendigste Kampfmittel propagieren; als das Mittel, das das preussische Volk allein aus seiner jahrhundertelangen Anrechtlosigkeit reihen und der so lang ersehnten Freiheit entgegenführen könne? Mir dünkt, als würde hier mit einer Waffe gespielt, die man am besten in der Kustkammer läßt und erst dann hervorholt, wenn es der Ernst der politischen Situation erheißt...

Der Massenstreikgedanke, der gegenwärtig aufsteigt, ist durchaus unrealer Natur; er ist so wenig durch die gegebene Situation bedingt, wie selten zuvor. Er kommt mir vor, wie ein plötzlich aufloderndes Strohfeuer, das durch einen ungeahnten Windstoß entfacht wird, eine Flunderflamme gibt und sofort wieder verlöscht, wenn der Wind nachläßt. Der Wind, der in diesem Falle das Feuer angefangen hat, kommt aus Belgien. Er blies schon einmal, und zwar ungleich heftiger; aber das macht: damals kam der Wind aus Rußland.

Ob es sich nun aber um Rußland oder um Belgien handelt — es sind importierte Gedanken, die in Preußen-Deutschland in die Tat umgesetzt werden sollen, — Gedanken, die nicht den realen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprechen, — Gedanken, die auch nicht der impulsiven Begeisterung der Masse entsprungen, weil eben diese Masse und eben diese Begeisterung einfallen noch nicht da sind und auch nicht von heute auf morgen zu beschaffen sind.

Bescheidenerweise muß man erfahren, daß jetzt der Massenstreikgedanke auch von Genossen propagiert wird, die noch vor nicht allzulanger Zeit sich etwas darauf zugute taten, den Evidenzen des Vorschlags als das Wunderding zu empfinden, das uns aus den Fesseln der preussischen Reaktion befreien könne...

Wie alle sieben voller Bewunderung vor den Kämpfen des russischen und belgischen Proletariats. Aber es darf nicht vergessen werden, daß in beiden Ländern ganz andere Voraussetzungen für den Massenstreik bestanden, als es bei uns zurzeit der Fall ist...

Der so oft und so gern erhobene Einwand: wir wollen den Massenstreik ja gar nicht propagieren, sondern die Massen nur das Mittel des Massenstreiks gebrauchen lehren, fällt in sich zusammen. Was will man den Massen denn eigentlich lehren? Einen regelrechten Streikplan entwerfen — ihnen erzählen, wie sie sich bei einem etwaigen Streik zu verhalten haben —, welche Mittel zur erfolgreichen Durchführung eines Massenstreiks notwendig sind?

Das wäre die gleiche Utopie, wie die vorher angeführte Utopie einer Koalition mit dem Bürgertum. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verhalten sich in einem fort. Keine Gewerkschaft kann im voraus einen Plan festlegen, nach dem ein etwaiger späterer Streik zu führen sei. Immer muß abgewartet werden, welche Verhältnisse in dem Augenblick vorliegen, wo mit dem Streik begonnen werden soll; kurz gesagt: nicht der Plan macht den Streik, sondern die Verhältnisse bestimmen ihn — sein Erfolg hängt von der Gunst des Augenblicks ab, den die wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen haben. Ein Massenstreik, der das gesamte Wirtschaftsleben lähmen soll, läßt sich natürlich noch um viel weniger nach einer vorher festgesetzten Maßlinie durchführen; er muß der Begeisterung der Massen entspringen; er kann ebensowenig gemacht werden wie eine Revolution...

Nach meinem Dafürhalten brauchen wir keine Propaganda für den Massenstreik, sondern eine klare und prinzipielle Aufklärung im Sinne der Lehren des proletarischen Klassenkampfes. Keine Verherrlichung unserer Ideen im bürgerlichen Sinne, sondern wirkliche Schulung der Massen nach den Ergebnissen der sozialistischen Welt-

anschauung. Haben wir da schon alles getan und wird das Verfaßte nachgeholt werden durch die Propaganda für den Massenstreik? Nein!

In einem Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ suchte dann Genosse Dr. Breitscheid den Nachweis zu erbringen, daß sich der Großblockgedanke sehr wohl mit der Massenstreikpropaganda vereinigen lasse. Es heißt da u. a.:

„Aber so lange es eine sozialdemokratische Partei gibt, hat sie, zum mindesten in der Praxis, niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß es nicht in der „einen reaktionären Masse“ Bestandteile gibt, mit denen man im Interesse der Erreichung des sozialdemokratischen Endzieles so oder so vorübergehende Verbindungen treffen könnte. Wir haben die größeren oder geringfügigeren Gegensätze zwischen den einzelnen bürgerlichen Schichten benutzt, um für die Arbeiterschaft Vorteile herauszuschlagen. Daß dabei gelegentlich Fehler gemacht worden sind, wird niemand leugnen wollen. Jedoch es handelt sich hier um das Prinzip, und das Prinzip ist so lange unbedingt richtig, als seine Anwendung das Bewußtsein des Klassenkampfes nicht trübt...“

Die Sache könnte erst dann bedenklich werden, wenn in unseren Reihen die Auffassung erlärte, als gebe es eine Art von natürlichen Bündnis zwischen uns und dem Liberalismus oder auch zwischen uns und irgend einer anderen bürgerlichen Partei. Die Ueberzeugung muß selbstverständlich noch gehalten werden, daß jede Gemeinsamkeit mit den Bürgerlichen nur so lange einen Sinn und eine Rechtfertigung besitzt, als mit ihrer Hilfe Siege für das Proletariat erfochten werden können und als wir durch sie jeweils im entscheidenden Augenblicke nicht an der Anwendung solcher Mittel gehindert werden, die sich direkt gegen die Interessen der bürgerlichen Klassen wenden.

Daß der Massenstreik zu diesen Mitteln gehört, ist klar. Aber gerade der Umstand, daß er in der fraglichen Versammlung von einem Manne empfohlen wurde, der, wenigstens für seine engere Heimat, die Taktik des Großblocks empfiehlt, beweist die Grundlosigkeit der Befürchtung, es könne das taktische Zusammengehen mit Bürgerlichen und mit dem Liberalismus insbesondere die Neigung zum Gebrauch der schärferen Waffen des Klassenkampfes verringern. Und auch die Behauptung trifft nicht zu, daß, wenn nicht bei den Führern, so doch bei den Massen die Kampflust und die Kampfbereitschaft eingeschlärft werde. Wir wissen, daß es in den Reihen der Sozialdemokratie nicht ganz wenige gibt, die gegen eine Propagierung des Massenstreiks allerlei oder mehr oder weniger starke Bedenken geltend machen. Aber die Gegnerschaft hat doch nur bei einem sehr kleinen Teile ihren Grund in der Sorge, daß man die Liberalen, daß man das Bürgertum vor den Kopf stoßen könne. Zahlreiche von denen, die dem Gedanken des politischen Massenstreiks ablehnend gegenüberstehen, und über die Agitation zu seinen Gunsten nicht erfreut sind, wollen ebensowenig von einem systematischen Zusammengehen mit den Liberalen zur Erreichung des Wahlrechts in Preußen etwas wissen. Es sind die verschiedensten Gründe, aus denen heraus sie die Streikidee verweigern. Die einen halten noch nicht alle übrigen Mittel für erschöpft, andere verweisen auf den deutschen Nationalcharakter und die relative Schwerfälligkeit der deutschen Arbeiterschaft; wieder andere zweifeln am Erfolg und scheuen die Kosten, und die letzten verprechen sich alles von der Agitation und der Organisation, wobei sie Gefahr laufen, Dinge zum Selbstzweck zu machen, die doch nur Mittel zum Zweck sind.

Dagegen wird man auf der anderen Seite unter den Anhängern des Massenstreiks sehr viele finden, die sich auch nicht gescheut haben, bei Gelegenheiten einem Partnern mit bürgerlichen Parteien innerhalb und außerhalb des Parlaments das Wort zu reden. Das hat seinen Grund darin, daß schließlich doch die eine wie die andere Form des Vorgehens nur ein Teil der großen politischen Aktion für die Erreichung der sozialdemokratischen Ziele ist. Für energische und entschlossene Taten des Klassenkampfes wird derjenige noch immer im ehesten und leichtesten zu haben sein, der sich überhaupt daran gewöhnt hat, die Politik unter dem Gesichtspunkt der Tat zu betrachten, und der erkannt hat, daß die Entwidlung die Form ist, der der taubereite Wille des Menschen den Inhalt geben muß.

So heißt es durchaus nicht die einseitige Taktik des Klassenkampfes zerstören, wenn man den Massenstreik empfiehlt und doch prinzipiell einem Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien zustimmt.

Reichstag.

171. Sitzung. Freitag, den 27. Juni 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Rahn.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. v. Gerlach (3.)

weist darauf hin, daß in Eßfeld in Westfalen einige Paters der Gesellschaft Jesu Exerzitionen abgehalten haben und daß der Regierungspräsident von Münster die Eßfelder Geistlichkeit aufgefordert habe, mit unwillkürlicher Verschleierung diese verbotswidrige Tätigkeit der Jesuitenpaters zu verhindern. Dieses Vorgehen des Regierungspräsidenten stehe im Widerspruch mit der Erklärung des Reichskanzlers, daß eine Aenderung der bisherigen Praxis nicht herbeigeführt werden solle.

Ministerialdirektor Caspar:

Eine völlig einseitige Handhabung des Verfahrens in allen Teilen des Reiches herbeizuführen, ist schwer. (Lachen im Zentrum.) Ein Vortourist kann dem Regierungspräsidenten in Münster nicht gemacht werden, selbst wenn der vorliegende Fall von einer früheren Praxis abzuweichen würde. (Erneutes Lachen im Zentrum.) Inwiefern das der Fall ist, bedarf noch der Aufklärung. Der Reichskanzler ist nach wie vor der Ansicht, daß Verfügungen der früheren Praxis vermieden werden müssen. Der Reichskanzler hat den vorliegenden Fall zum Anlaß genommen, erneut mit dem Minister des Innern die Sachlage zu prüfen, damit eine gleichmäßige, mit der früheren Handhabung übereinstimmende Praxis für Preußen gesichert wird.

Abg. Drey (Soz.):

fragt, ob dem Reichskanzler die Ursachen der zahlreichen Erkrankungen der Mannschaften im 78. Infanterieregiment zu Osnaabrück bekannt sind und welche Anordnungen getroffen sind, um Wiederholungen solcher Erkrankungen vorzubeugen?

Generaloberarzt Schulz:

Im 1. Bataillon des 78. Regiments sind 298, im 2. Bataillon 49 Mann erkrankt. Mit Ausnahme zweier Fälle von Herzschwäche war der Verlauf der Erkrankungen ein leichter. Die Ursache der Erkrankungen hat sich bisher nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Als vermutliche Ursache wird der Genuß von Fleisch angesehen, das nach tierärztlicher Untersuchung als gesund erschien. Auch in der Bürgerkriegszeit sind einige Erkrankungen vorgekommen. Erkrankt ist auch ein Major, der das Mannschaftsbesitzen gelostet und geprüft hat. Eine Metallvergiftung kann nach dem Verlauf der Krankheit als ausgeschlossen betrachtet werden. Das Tier, dessen Fleisch die Erkrankung hervorgerufen haben könnte, hatte ein gesundes Aussehen, eine Kotfäkalung war nicht vorgenommen worden. Auch eine Vergiftung des Schlachthauses zeigte ein durchaus einwandfreies Ergebnis. Die gesetzlichen Vorschriften sind damit erfüllt. Wenn trotzdem das Fleisch die Gesundheitsschädigung hervorgerufen hat, so liegt hier ein Fall vor, der nach dem gegenwärtigen

Stand der Wissenschaft trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht behütet werden konnte.

Abg. Dr. Weill (Soz.) fragt:

Ist der Reichskanzler in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob die in der französischen Presse verbreitete Nachricht zutrifft, daß neuerdings deutsche Truppen in Kamerun ein verlustreiches Gefecht gehabt haben?

Direktor im Reichskolonialamt Dr. Weim:

Von einem Zusammenstoß, wie ihn die französischen Blätter gemeldet haben, ist weder beim Kolonialamt noch beim Gouvernement von Kamerun, von dem sofort telegraphischer Bericht eingefordert wurde, etwas bekannt. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Verwechslung mit einem früheren Gefecht vorliegt, in dem am 17. April der Unteroffizier Siebertsen gefallen ist. Diese Nachricht war doch bereits anfangs Mai hier verbreitet.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Was hat der Reichskanzler zur Ausführung des in der Reichstagsitzung vom 23. April d. J. gefaßten Beschlusses betr. Berufung einer Kommission zur Prüfung der Ausführungslieferungen veranlaßt? Wie wird die Kommission im einzelnen zusammengesetzt sein? Wann soll sie zusammentreten?

Geheimrat Lehmann:

Der Reichskanzler hat den Staatssekretär des Innern mit den Vorbereitungen für die Bildung der Kommission und demnächst mit der Leitung ihrer Verhandlungen beauftragt. Der Staatssekretär hat sich mit den Parteien wegen der Auswahl der Mitglieder in Verbindung gesetzt. Ueber die Zusammenlegung der Kommission schweben zurzeit noch die Erörterungen der beteiligten Ressorts. Die Kommission wird voraussichtlich nach Ende des Sommerurlaubs im Herbst zusammentreten.

Ein von allen Parteien des Hauses eingebrachter Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Lehrer und Erzieher, die privaten Einzelunterricht erteilen, mit dem im Versicherungsgesetz für Angestellte Berücksichtigten Lehrern und Erziehern an nichtöffentlichen Schulen oder Anstalten wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage gegen den Abg. Dr. Blund (Sp.) wegen Verleumdung wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsausschusskommission nicht erteilt.

Deckungsvorlagen.

Es liegt ein Antrag des Grafen Westarp (L.) vor, die von der Kommission gestrichelten ersten beiden Paragraphen des Finanzgesetzes wiederherzustellen. Es handelt sich dabei darum, die Vermögenssteuer durch eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge aufzubringen, und zwar sollten die Bundesstaaten den auf sie entfallenden Anteil durch eine allgemeine Besteuerung des Vermögens, des Einkommens oder der Erbschaften allein oder nebeneinander bei sich einführen, oder wenn sie derartige Steuern schon haben, sie eventuell erhöhen.

Abg. Baffermann (natl.):

Meine politischen Freunde werden dem Vermögensgesetz, wie es von der Kommission angenommen ist, ihre Zustimmung geben. Es war ja von vornherein klar, daß nicht nur der Wehrbeitrag, sondern die laufende Deckung die größten Schwierigkeiten bieten werde. Auf dem Boden der Matrilinearbeiträge, wie die Regierungsvorlage sie fordert, konnten wir uns nicht stellen; nicht etwa, weil wir den Gedanken der Veredelung der Matrilinearbeiträge an sich verwerfen. Aber wir wollen nicht, daß das Reich Kostenträger bei den Bundesstaaten wird; auch wäre hierdurch keine Deckung gegeben, sondern die Deckung wäre vom Reich auf die Einzelstaaten abgewälzt worden, die unter den größten Schwierigkeiten genötigt werden sollten, neue Finanzgesetze zu machen. Es wäre auch ein starker Eingriff in die finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten, denen reichsrechtlich vorgeschrieben werden sollte, wie die Landesgesetze gemacht werden sollen; der Bundesrat sollte entscheiden, ob ein Landesgesetz des Reichsgesetzes entspricht. Diese Kontrolle der Reiches hätte sich sehr unliebsam bemerkbar gemacht. Eine Stärkung des Reichsgedankens wäre dadurch nicht herbeigeführt worden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Bei der großen nationalen Aufgabe der Herredverklärung mußte aber der Versuch einer Einigung herbeigeführt werden. An die Stelle der veredelten Matrilinearbeiträge konnte die Erbschaftsteuer mit einem Betrag von 80 Millionen Mark gesetzt werden. Aber über die anderen 120 Millionen wurde eine befriedigende Einigung nicht erzielt. Unsere Verhandlungsversuche bewegten sich naturgemäß zunächst auf dem Gebiete der Reichsvermögenssteuer. Hier standen wir dem „Unannehmbar“ des Reichskanzlers gegenüber. Deshalb kamen wir zu diesem Vermögensgesetz, gegen dessen Nachteile wir keineswegs blind sind. Ein Teil meiner Freunde kann auch nur dafür stimmen, weil dieses Vermögenswachstumssteuer ein Teil der ganzen Deckungsvorlage ist. Weiter haben wir in einer Resolution den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß nach der Feststellung des Ergebnisses des Wehrbeitrages dem Reichstag eine Ueberdacht vorgelegt wird, wie die Lasten hieraus sich verteilen. Die Aufhebung des Scheckstempels und die Verfestigung der den Grundstücksverkehr lähmenden Wertwachstumssteuer sind Vorteile dieser Vorlage. In der großen nationalen Frage der Herredverklärung ist es eine vaterländische Pflicht, bei der Deckung den verbitterten Parteistreit zu vermeiden und dem Inn- und Ausland zu zeigen, daß eine entschiedene Mehrheit unseres Volkes dieser patriotischen Notwendigkeit Rechnung tragen will. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Diesen letzten Worten gegenüber stelle ich nochmals fest, daß wir in der Wehrvorlage nicht ein Werk zur Sicherung des Vaterlandes sehen, sondern im Gegenteil eine neue Gefahr für das Vaterland. Wir werden deshalb nach wie vor aus richtig verstandenem Patriotismus gegen die Wehrvorlage stimmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben von Anfang erklärt, daß, wenn es uns mit aller und zu Gebote stehenden Kraft nicht möglich ist, die Wehrvorlage zu verhindern, wir dann alles daran setzen werden, wenigstens bei der Deckung dafür zu sorgen, daß die Lasten der neuen Herredverklärung den bestehenden Klassen auferlegt werden, die nicht müde werden, nach neuen Wehrvorlagen zu streifen, und die es bisher verstanden hatten, alle aus den Klagen entspringenden Lasten mittels der indirekten Steuern und Matrilinearbeiträge auf die Widerbemittelten zu überwälzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Wir sind gewiß, die §§ 1 und 2 des Finanzgesetzes abzuwehren, die veredelten Matrilinearbeiträge zu verwerfen und damit den Weg frei zu machen für die

Besteuerung des Viehes.

Die unendlich vielen Schäden der Matrilinearbeiträge hätten längst ihre Abschaffung erfordert, das einzige, was für die Aufrechterhaltung dieses Systems sprechen könnte, ist ein wenigstens scheinbares Einnahmehöhenvermögen des Reichstags. Alles andere aber spricht dagegen, namentlich der Charakter der Matrilinearbeiträge als eine reich und arm mit denselben Beiträgen belastende Kopfsteuer. Freilich wollte man jetzt die veredelten Matrilinearbeiträge einführen. (Infolge der zahlreichen Privatgespräche, namentlich auf der Meiden, herrscht so starke Unruhe, daß der Redner die sich Unterhaltenden mit folgenden Worten apostrophiert: Den Herren, die es so eilig haben, nach vor dem Schluß der Session ihre Privatgespräche zu erledigen, möchte ich mitteilen, daß Sie

so schnell, wie Sie denken, doch nicht nach Hause kommen werden und ihre Privatgespräche also ganz ruhig noch auf den Sonntag aufpassen können! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Präsident Kämpf sieht sich jetzt auch veronkelt, durch Lachen zur Ruhe zu mahnen.) Auch die vorbereiteten Ratifikationsbeiträge können nicht auf unsere Zustimmung rechnen; wenn sie auch einen etwas besseren Maßstab für die Umlegung erhalten sollten, als bisher, so steht doch ihrer Einführung das große Bedenken entgegen, daß sie den Weg zu einer wirklich direkten Vermögenssteuer durch eine quosifizierte Steuer mehr veriperten als öffnen. Deshalb müssen sie zunächst aus dem Wege geschafft werden, damit wir einfache Verhältnisse im Reich bekommen, die für die Zukunft die direkte Vermögenssteuer ermöglichen. (Zustimmung links.)

Unsere alte Forderung einer direkten Reichs-Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer ist in dieser Vorlage nicht in ihrem vollen Umfang erfüllt worden; aber wir verkennen nicht, daß sie in gewissem Umfang allerdings dem Rechnung trägt, wofür wir viele Jahre lang hier und im Lande eingetreten sind. Es ist der Einfluß unserer 110 Mandate und der 1/2-Million sozialdemokratischer Wähler, der es dahin gebracht hat, daß die Deckungsvorlage in ihrer Gestalt von der Regierung präsentiert wurde, und noch viel mehr scheint uns das der Fall zu sein bei den Beschlüssen der Kommission. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) In der Regierungsvorlage war nämlich die Besteuerung des Kindesverdienstes doch nur faktisch eingeführt, während wir als gerechte und den Verhältnissen entsprechende Besteuerung die Erbfallsteuer ansehen müssen. Die Kommissionsbeschlüsse bewegen sich auf dem Weg nach diesem Ziel, das zu erreichen durch die Beschlüsse des Hauses von 1909 vereitelt wurde. Das Zentrum hat seinen Stellungswandel in der Frage der Besteuerung des Kindesverdienstes in Artikeln der Zentralpresse begründet, die an Gliedervertreter aller Klassen, was man verlangen konnte. (Heiterkeit links.) Es geht daraus hervor, daß das Zentrum gegen die Besteuerung des Kindesverdienstes gewesen ist nicht, weil die von ihm dargelegten sozialen und volkswirtschaftlichen Gründe wirklich ausschlaggebend wären, sondern weil es aus der politischen Situation jener Tage heraus

die Regierung härzen wollte,

die die Erbschaftsteuer vorgeschlagen hatte. Nun, wenn eine große Partei von diesem Standpunkte ausgeht, so ist das ihr gutes Recht; aber jetzt in diesem Augenblick stellt sich das Zentrum anders; und zwar doch nicht um der schönen Augen der Regierung willen, sondern offenbar unter dem Eindruck, daß man gegen den außerordentlichen Druck, der sich verkörpert in dem Anwachsen der Sozialdemokratie, mit einer dauernden Ablehnung der Besteuerung auch des Kindesverdienstes nicht werde weiter spinnen können. (Lachen im Zentrum, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Wassermann hat erklärt, wenn auch das Kompromiß der Kommissionsbeschlüsse nicht befriedigend sei, so habe sich doch etwas anderes nicht schaffen lassen. Es sei zwar zweifellos eine Mehrheit für die Vermögens- und Erbschaftsteuer vorhanden, aber die Nebenbedingungen dafür konnten nicht der dazu vorhandenen Mehrheit nicht erfüllt werden. Demgegenüber stehe ich fest, daß wenn wir in diesem Augenblick nicht zur reinen Vermögenssteuer im Reich kommen, dies in erster Linie nur die Schuld der Partei des Abg. Wassermann, der Nationalliberalen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es hätte sich eine Mehrheit mit den Nationalliberalen für eine Vermögens- und namentlich auch für eine Erbschaftsteuer bilden lassen, die, ohne ersessene Forderungen anzustellen, doch den Bedarf, der jetzt zu decken ist, wirklich gedeckt haben würde. Das ist an der nationalliberalen Partei gescheitert und das ist ihre Schuld!

Die Lösung, die die Kommission durch die Zuwachsbesteuerung gefunden hat, befriedigt uns nicht. Wir verkennen durchaus nicht die Bedenken, die dafür sprechen, das Vermögen selbst von der Besteuerung freizulassen und den Vermögenszuwachs zu treffen. Wir wissen sehr wohl, daß sonst zuerst die wirklich vorwärtstreibenden volkswirtschaftlichen Elemente und die städtische Bevölkerung härter getroffen worden wären als die ländliche. Aber gegen alle diese Bedenken, die wir teilen, habe ich festzustellen: was an dieser Vermögenssteuer uns sozial ist, fällt uns nicht zur Last, was an ihr gut ist, können wir auf unser Konto schreiben. (Großes Gelächter rechts und im Zentrum.) Es liegt auf der Hand, daß nur

unter dem Druck der Sozialdemokratie

die Vermögenssteuer jetzt möglich geworden ist. Daher ist der Grundgedanke uns zuzuschreiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Beizeugtes sehr richtig! rechts.) Es liegt weiter auf der Hand, daß wenn nicht ein Teil der zu bildenden Mehrheit für die Vermögens- und Erbschaftsteuer versagt hätte, wir die reine Vermögens- und Erbschaftsteuer bekommen hätten, also die sozialen Elemente in diesem Gesetz lassen anderen Leuten zur Last, nicht uns, und ich bin daher berechtigt, daß für meine Partei zu reklamieren, was ich fordern für sie in Anspruch genommen habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Hört! hört! rechts.)

Wie brauchen aber auch das, was wir erreicht haben, durchaus nicht allzu gering einzuschätzen. Es antisozial die Kommissionsbeschlüsse auch sind, so bergen sie doch den Keim der Verbesserung in sich. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Die Regierung, von heute an, das Kompromiß bedeutet die Einführung einer multiplen Reichsvermögens-, Reichseinkommens-, und Reichserbschaftsteuer. (Sehr wahr! rechts, sehr gut! links.) Die Deutsche Tageszeitung sagte gestern abend noch, daß die schärfsten und tiefempfundener Bedenken sich nicht nur gegen die steuerliche Erlassung des Kindesverdienstes und die Kapitalbesteuerung der auf entfernte Verwandte oder Kindesverwandte übergehenden Erbschaften richten, sondern in erster Linie auf praktisch-rechtlichem Gebiet liegen. Die Vermögenszuwachssteuer sei tatsächlich der erste Schritt zu einem allgemeinen Reichsvermögenssteuergesetz und auch zu einem Reichseinkommenssteuergesetz. (Sehr richtig! rechts, Bravo! links.) Am Abend vorher hatte dieselbe „Deutsche Tageszeitung“ ganz felsenfest ausdendel ihren Artikel begonnen: „So ist es denn geschehen! Communismus est! Die Budgetkommission des Reichstages hat die Besteuerung des Kindesverdienstes beschlossen.“ (Abg. Dr. Dertel nicht zustimmend.) Das sind doch (auf Dr. Dertel meidend) gewichtige Zeugnisse (Große Heiterkeit zur Bekräftigung dessen, was ich gesagt habe. In bloßem Geheiß ist allerdings

ein Wandel in der Finanzgebarung des Reiches

festzustellen (Lebhaftes sehr richtig! rechts), eine Abkehr von unserer früheren Finanzpolitik (Erneute lebhaftes Zustimmung rechts und bei den Sozialdemokraten), die Kosten ausschließlich auf die Schulden zu werfen, die Lasten derselben Geheiß, die die Verpflichtenden in erster Linie verlangen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Widerspruch rechts.)

Was in den langen Jahrzehnten der deutschen Finanzgeschichte meine Partei erstrebt hat: die direkte Besteuerung des Vermögens, des Einkommens und des Kindesverdienstes, ist jetzt zwar noch nicht ausreichend, aber allerdings in einem Teil und vorgeschlagen: „So ist es denn geschehen!“ (Große Heiterkeit, lebhaftes Zustimmung links, Hört! Hört! rechts.) Aber für uns kann das nur der Anfang sein, die sozialen Momente müssen heraus, von der Zuwachssteuer müssen wir zu Vermögenssteuer kommen, und als meine besten Bundesgenossen auf diesem Wege sehe ich die führenden Kreise, namentlich auch des städtischen Bürgers an. (Abg. Kretsch: Panikhaud!) Die werden dafür sorgen, daß der Gedanke der direkten Vermögensbesteuerung, der im wesentlichen bisher nur von meiner Partei propagiert wurde, in ganz anderer Weise in den Vordergrund der politischen Erörterung geschoben, zur Frage des politischen Kampfes wird, und daß schon die nächsten Reichstagswahlen sich unter dem Zeichen abspielen werden: Umwandlung oder Weiterbildung der Zuwachssteuer in eine reine Vermögenssteuer mit der Ergänzung durch die Erbschaftsteuer, um jeder Steuerhinterziehung ein Ende zu bereiten! (Hört! Hört! rechts.) Wer die direkte Besteuerung im Reich will, der darf nicht dem kon-

servativen Antrag Graf Westarp zustimmen, denn die Beseitigung der vorbereiteten Ratifikationsbeiträge allein öffnet den Weg zur direkten Besteuerung. Aber der konservativen Antrag hat auch noch die Bedeutung, daß er das Märchen zerstört von einem einheitlichen Kompromiß der bürgerlichen Parteien. So bitte ich Sie denn, unter dem Vorbehalt weiterer Ausführungen zur Vermögenssteuer, zunächst unter Anerkennung des Grundgedankens, daß wir in der Zuwachssteuer die Einführung der direkten Vermögensbesteuerung im Reich erkennen, den konservativen Antrag abzulehnen und es bei dem Beschluß der Kommission zu belassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein konservativer Antrag auf namentliche Abstimmung wird ausreichend unterstützt.

Abg. Graf Schwerin-Sönitz (L.):

Wir bedauern, daß die Vorlage der Regierung, von ihren Vertretern selbst bisher nicht mit der nötigen Entschiedenheit vertreten worden ist. (Sehr gut! rechts.) Artikel 75 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Ausgaben des Reichs in erster Linie durch die Bundesstaaten und durch die Zölle aufzubringen sind. Ob die bisherige Erbschaftsteuer eine Durchbrechung dieses Prinzips gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat die Regierung diese Steuer damals als indirekte Steuer bezeichnet. Niemand aber haben die Regierungen den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß eine direkte Reichsvermögens- und Reichseinkommenssteuer die Wurzel unserer Reichsverfassung treffen würde. (Sehr richtig! rechts.) Und bei Einbringung dieser Vorlage sind sie jedenfalls auch noch von diesem Standpunkt ausgegangen. Daran, daß eine so große Schwere lediglich durch eine Vermögenssteuer gedeckt werden müsse, hat seinerzeit bei dem Vermögenssteuer-Druck Wasser- und Erzberger niemand gedacht. (Sehr wahr! rechts.) Herr Wasser- und Erzberger würde nicht dem Bismarck-Bismarck entsprechen, daß das Reich Kostgänger der Einzelstaaten sei. Aber noch viel weniger ist es im Sinne Bismarcks, wenn das Reich die Steuerquellen der Einzelstaaten selbst anfaßt. Auch gegen die subsidiäre Vermögenssteuer, wie sie die Vorlage enthält, haben wir schwere Bedenken, aber wir sind bereit, ihr zuzustimmen und die ganzen Kosten auf den Besitz zu nehmen. Aber es geht über das Maß hinaus, wenn man jetzt in die Grundlagen der Verfassung und die Selbständigkeit der Einzelstaaten eingreift und ebenso das über das Maß dessen hinausgeht, was die Regierung zugehen kann. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Man soll sich doch nicht über den Charakter der jetzt vorgeschlagenen Vermögenssteuer täuschen. Schon die freudige Zustimmung, die sie bei den Sozialdemokraten findet, zeigt, wozu sie führt, und der Berechner hat vollkommen recht, sie ist nichts als eine Kombination von Reichseinkommens- und Reichsvermögenssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Dazu kommt, daß die Vermögenszuwachssteuer eine Besteuerung der Sparbarkeit bedeutet. Was bestimmt die Verbündeten Regierungen, die eine Reichsvermögenssteuer stets für unannehmbar erklärt haben, diesem Kompromiß zuzustimmen? In meiner mehr als zwanzigjährigen Praxis ist noch nie eine Regierungsvorlage so schwach von der Regierung selbst vertreten worden; es machte von vornherein den Eindruck, als sei es der Regierung selbst nicht recht ernst mit der Vorlage. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Ich gebe ja die Hoffnung auch heute noch nicht auf (Große Heiterkeit rechts), daß der Reichsanwalt wenigstens heute noch eine Lanze für seine Vorlage einlegt wird — denn, die unter Ihnen noch gewillt sind, an der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches nicht rütteln zu lassen, möchte ich noch einmal in letzter Stunde die volle Tragweite ihrer Entschließung zu bedenken geben. Die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben wird durch das Kompromiß der Bundesstaaten unmöglich gemacht zu Gunsten einer unwillkürlichen Tendenz wie sie nur im Sinne der Sozialdemokratie liegt. Nehmen Sie meinen Antrag an, dann lehnen wir unerschrocken jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen ab, welche die Preisgabe der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches mit Naturnotwendigkeit nach sich ziehen muß. (Stürmisches Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Kühn:

Die Regierungen haben dem Vermögenssteuergesetz Wasser- und Erzberger zugestimmt und müssen jetzt die Konsequenzen daraus ziehen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Bundesstaaten trotz aller Bedenken auf den Weg treten würden, der jetzt von der Kommission vorgezeichnet wird, so würden sie das tun, weil sie das große Werk, das jetzt seiner Vollendung entgegengeht, soweit möglich, mit allseitiger Zustimmung zustande bringen möchten. Sie würden das tun in voller Anerkennung, die dem Reichstag als anderem Faktor der Gesetzgebung zukommt. (Bravo! links.) Sie würden das allerdings auch in der Voraussetzung tun, daß sie namentlich in Bezug auf die Steuergebiete, die ihnen verbleiben, nicht weiter eingengt werden. (Wahres Bedenken rechts.) Wir stehen hier vor unangenehm ersuchen Dingen. (Sehr richtig! links.) Die Lasten, die die deutsche Nation jetzt auf sich laden will, sind so ungeheuer, sie drücken von jedem ihrer Mitglieder gefühlt werden, ob er direkt zur Steuer herangezogen wird oder nicht. Wenn der Reichstag den Beschlüssen der Kommission zustimmen sollte, und sich auf dieser Grundlage die Aussicht eröffnen sollte, daß wir zu einer befriedigenden Lösung der großen und obliegenden Arbeit gelangen, wird die Regierung in eine erneute Prüfung ihrer ersten Bedenken eintreten. Ueberrischt hat mich, daß der sozialdemokratische Redner der Vermögenssteuer als das Werk seiner Partei hinstellt. Die Vorlage der Vermögenszuwachssteuer ist Ihnen vom Bundesrat vorgelegt worden, der dabei allerdings soziale, aber nicht sozialdemokratische Tendenzen verfolgt hat. (Heiterkeit.) Der letzte Redner hat sich mit großer Schärfe gegen die Haltung der Regierung in der Kommission gewandt. Nach meiner langen, mehr als zwanzigjährigen Praxis kam ich hier feststellen, daß noch niemals an einem großen Steuergesetz so einmütig und so bereitwillig von allen Seiten mitgearbeitet worden ist wie an den vorliegenden Gesetzen, und (mit erheblicher Stimme) das ist ein Moment, mit dem die Vertreter der Regierungen auch zu rechnen haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Payer (Rp.):

Wir haben der Regierungsvorlage nicht fremdlich, wie Herr Wasser- und Erzberger, angefaßt, sondern weil wir es für unsere vaterländische Pflicht hielten. Jedenfalls mußten wir dann auch für die Deckung sorgen. Für die Erbschaftsteuer, die ja wohl eine Wahrheit hier gefunden hätte, eingetreten, hatte gewiß parlamentarischer Reiz. Aber die Maßnahme auf die Sache selbst war doch wichtiger. Im Übrigen ist die Erbschaftsteuer ja auch in dem Kompromiß enthalten; das Ziel unserer Kampfs ist also erreicht. Die Reichsvermögenssteuer konnten wir nicht einführen, weil die Zustimmung der Regierung dazu nicht zu haben war. Ich bezweifle es, daß die Bundesstaaten wenigstens den jetzt vorliegenden Kompromißvorläufen zuzustimmen gedenken, trotzdem auch diese einen gewissen Eingriff in ihre Selbständigkeit enthalten. Die Rede des Grafen Schwerin hat uns erst recht gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind. (Bravo! links.) — Daß die Verbesserungen der Vorlage ausschließlich im Verdienst der Sozialdemokraten seien, muß ich aber zurückweisen. Wir anderen haben auch gewußt, was wir wollten, auch wir waren bestrebt, die Vorlage im sozialen Sinn und im Sinne der Gerechtigkeit auszugestalten. (Bravo! bei der Volkspartei.) — Aber individuellen Beschränkungen der Steuerzahler kann eine Vermögenssteuer nie Rechnung tragen und noch weniger ein so kleines Einkommen der Vermögenssteuer, wie wir es jetzt einführen. Die starke Kritik gegen den Entwurf ist zu einem großen Teil nicht genügend vorbereitet worden konnte. Aber wir wollen hierfür mit der Regierung nicht zu stark ins Gewicht gehen, schon um sie zu härten gegen die Angriffe von der rechten Seite, die sich bis zu der Drohung steigerten, man werde den konservativen Ein-

fluß schon bemerkbar machen, wenn die Regierung nicht pater potavari sage. Freilich muß man im Bundesrat jetzt Sparbarkeit walten lassen und darf nicht im nächsten Jahre wieder mit einer Marinevorlage kommen, dann wieder mit einer Militärvorlage; darin sind wir jetzt an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Sollten trotzdem neue Vorlagen kommen, so werden wir mit Rückhalt nicht mehr auskommen, dann wird der Eingriff in die Selbständigkeit der Bundesstaaten eintreten müssen, von dem die Konservativen heute schon sprechen. Das Erfreulichste an dem Kompromiß ist, daß die Konservativen, die bisher unserer Steuerpolitik den Stempel aufgedrückt haben, es diesmal nicht tun konnten; dies bedeutet einen Wendepunkt in unserer Steuerpolitik, den wir nicht der Regierung verdanken, sondern uns selbst. Ziehen wir daraus den Schluß, uns stets auf die eigene Kraft zu verlassen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Schulz (Rp.):

Das Kennzeichen der Situation ist die begeisterte Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Beschlüssen der Kommission. Nur scheinbar handelt es sich um ein nationalliberales Kompromiß, in Wirklichkeit ist die Sozialdemokratie Siegerin auf der ganzen Linie. (Heiterkeit links.) Im Lande hat die Vermögenszuwachssteuer eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen, gerade auch in liberalen Kreisen. (Sehr wahr! rechts.) Im Lande ist allgegenwärtig der Eindruck, daß diese Vermögenszuwachssteuer eine Steuer auf den Sparrer ist. Auch über die Ergebnisse der Steuer gibt man sich Äußerungen hin; alle schönen Berechnungen werden bei abflauerender Konjunktur über den Haufen geworfen werden. (Sehr richtig! rechts.) Sehr bedauerlich ist, daß die Finanzminister der Einzelstaaten nicht mehr die Kraft haben, dem unheilvollen Beginn zu widerstehen! Wer hätte das noch im Jahre 1909 gedacht! (Heiterkeit links.) Die Regierung hat ihre Vorlage leichten Herzens lassen, weder in der Kommission noch hier hat sie sie energisch verteidigt; deshalb fürchte ich, daß sie nicht die Kraft haben wird, auf der abschüssigen Bahn Halt zu machen. (Zustimmung rechts.) Herr Payer freute sich, daß die Rechte bei der Finanzpolitik ausgeglichen wird und erblickte hierin einen Wendepunkt auch für unsere Wirtschaftspolitik. Wir haben die bewährte Bismarcksche Wirtschaftspolitik vertreten und werden das auch in Zukunft tun. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Herr Payer sagte, das Verdienst um alle Verbesserungen in diesem Gesetz habe ich für die Sozialdemokratie in Anspruch genommen. Ich habe lediglich betont: der Grundgedanke der Vermögenssteuer ist von uns nicht nur jahrzehntelang propagiert, sondern auch durch diese Propagierung so stark geworden, daß er in die Wirklichkeit übergeführt werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir ihn nicht so durchführen können, mit einer Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer, wie wir es wollen, verdanken wir dem Umstand, daß wir nicht über die Mehrheit verfügen, sondern das andere Parteien mitwirken mußten, daß wir eben noch einen Erdbeben zu tragen haben. Der Gedanke der Vermögenssteuer gehört uns, seine schärfste Ausführung, den anderen Parteien. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In England hat man bei Debatten, bei denen sozialistische Maßnahmen in Frage kamen, immer erklärt, die Maßnahmen ist gar nicht sozialistisch, sondern sozial. Allmählich aber wußte man, daß der Sozialismus härter wurde, die Taktik ändern, und Harcourt sagte, bei solcher Gelegenheit, wir sind ja alle Sozialisten. Vielleicht können auch unsere Minister noch einmal dazu, zu sagen, wir sind ja alle ein bißchen Sozialisten. (Große Heiterkeit.) Auf keinen Fall hat der Staatssekretär recht, wenn er meint, diesem Gesetz liege kein sozialdemokratischer, sondern nur ein sozialer Gedanke zugrunde. Nein, diese Vermögenssteuer ist

ein ganz richtiger sozialdemokratischer Gedanke.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und rechts.) Er steht in unserem Programm. Und wir haben ihn jahrzehntelang propagiert. Die Ausführungen des Grafen Schwerin waren zum Teil maßlos übertrieben. Er sagte, den Eingriff in die Steuerhoheit der Einzelstaaten konnte keine Partei nicht mitmachen. Aber im Jahre 1911 war Graf Westarp der eifrigste Befürworter des Reichsvermögenssteuergesetzes. Dies Argument ist also nicht das wahre Motiv des Widerstandes der Konservativen gegen das Gesetz. Das wahre Motiv ist wohl aus einer Äußerung des Herrn v. Heydebrand zu erkennen, die mir noch in den Ohren klingt, daß man nämlich dem aus einem demokratischen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag nicht das Verfügungsrecht über das Wortesommen der Befugnisse geben darf. Das ist der wirkliche Grund der Konservativen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Sie haben die Regierung und die anderen Parteien schief zu machen, indem Sie prophezeien, es habe ein Stillbestehen in der Sache, damit die anderen Ihnen helfen, daß es bleibt wie bisher, daß Sie die Ausgaben bewilligen und das arbeitende Volk sie bezahlt. Herr Schulz hat etwas gedämpft nur das selbe gesagt, wie Graf Schwerin. Manche seiner finanziellen Bedenken teilen wir; deshalb haben wir uns auch keineswegs als Sieger angefühl. Richtig ist, daß er sagte: Wer hätte 1909 noch gedacht, daß es so kommen würde? Ja, zwischen 1909 und 1913 liegt eben 1912, und 1912 hat die Zeitgeschichte gebracht, vor denen wir jetzt leben. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es noch uns ginge, wird Herr Schulz noch mehr solcher blauer Wunder erleben, denn der uns liegt auch noch die Reorganisation unserer Handelspolitik. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Kühn

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schulz; wenn das Gesetz untereinander wäre mit dem Wohlergehen des Reiches, würden die Bundesregierungen und die Reichsleitung ihm niemals ihre Zustimmung geben.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Graf Westarp auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 91 Stimmen bei 2 Stimmentzückungen abgelehnt.

Rach 9a wird das Gesetz über die spätere Ermächtigung der Zuckersteuer aufgehoben.

Abg. Rietze (natl.):

Die Regierung hat die Aufhebung der Zuckersteuer ausdrücklich versprochen. Herr Spahn hat das als einen Kardinalpunkt für das Zentrum bezeichnet und wenn das Zentrum von einem „Kardinalpunkt“ spricht (Heiterkeit), so dürfte daran nicht zu rütteln sein. Jetzt will man dies Versprechen nicht einhalten und dabei soll die Zuckerkonvention beibehalten werden. Redner geht ausschließlich auf die Zuckerkonvention ein und wird dabei von dem Vizepräsidenten Dove wiederholt zur Sache gerufen. — Mit 75 Prozent wird der Zucker besteuert, die Zuckersteuer ist geradezu die ideale Steuer für den Zuckerfabrikanten. Lassen Sie von dem föderalistischen Standpunkt ab, der die Zuckerindustrie schwer schädigt.

Abg. Warm (Soz.):

Der Zuckerindustrie ist nur durch Beseitigung der Zuckersteuer zu helfen. Ausbaurämien wird der Zuckerindustrie nicht mehr bewilligt, wie sie früher bestanden und der Zuckerindustrie Millionen zugeführt haben. Die Konvention ist nur eine Folge ihrer Bräunepolitik gewesen, die die Zuckerfabrikanten in die Lage versetzte, den Zucker zu Schmelzpreisen zu verkaufen. Das young die ausländischen Staaten zu Strahlen und so mußte die Konvention geschlossen werden, die es Ausländern ermöglichte, auch seine Ware auf dem Markt zu bringen. Wäre die Zuckerindustrie nicht damals künstlich großgefüttert worden auf Kosten der heimischen Bevölkerung, so wäre es zu diesen Zuständen nicht gekommen. Noch heute ist die Arbeiterfamilie

mit 10 Mark jährlich durch die Zuckersteuer belastet.

Die Verteuerung des Zuckers durch die Steuer hindert die Vergrößerung des Zuckerbedarfs. Als sie ermäßigt war, ist der Konsum von 13 auf 19 Kilogramm pro Kopf gestiegen. Daß der Zucker die körperliche Widerstandskraft durch Erleichterung der Atmung erhöht, hat auch die Heeresverwaltung anerkannt, indem sie den Soldaten bei Wärschen Zucker gibt. Drei Fünftel der deutschen Zuckerproduktion sind heute auf den Auslandsmarkt angewiesen. Und dieser wird uns immer mehr abgekauft durch die Konkurrenz Italiens, Rußlands, mit dem Zucker aus Zypern, der auf Kuba gewonnen wird. Dieser naturgemäßen Konkurrenz gegenüber wird sich die künstliche Herstellung des Zuckers aus Rüben nicht halten können. Der Vordredner hat nur die Interessen der Zuckerindustrie vertreten. Er will Wiederherstellung des Kartells, damit die Industrie die Konsumenten wieder ungeschädigt ausbeuten kann. (Sehr richtig! l. u. d. Soz.) Es ist ja scandalös, wie hier im Reichstag mit der Zuckersteuer umgegangen wird. Er ist hier, sie solle 1907 aufgehoben werden; bei der Finanzreform von 1909 wurde festgelegt, geleglich festgelegt, daß sie 1915 aufgehoben wird, und jetzt wird das Versprechen wieder gebrochen. Der Vordredner sagte, das geschieht aus Patriotismus. Dieser Patriotismus hat aber einen sehr metallischen Beigeschmack; denn die 40 Millionen müßten sonst auf anderem Wege, und zwar aus dem Portemonnaie der Besitzenden, aufgebracht werden. Wir betrachten den Zucker nicht als Luxus, sondern als ein notwendiges Nahrungsmittel. Den Herren rechts verschlingt das natürlich nichts; sie verteuern ja unbedenklich die notwendigen Nahrungsmittel. Wir verlangen, daß das, was geleglich festgelegt ist bei der Finanzreform von 1909, bei diesem Gesetz nicht wieder aufgehoben wird; wir verlangen

Einlösung des Versprechens,

damit das Volk endlich billigeren Zucker erhalte. Wir beantragen daher die Streichung des § 8a. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Carmer-Ziefertwig (l.)

Beantwortet einen Antrag, die Herabsetzung der Zuckersteuer am 1. April 1918 eintreten zu lassen. Wir können es nicht verantworten, daß der Gedanke der Herabsetzung der Zuckersteuer gänzlich fallen gelassen wird. Ein Ausfall an Einnahmen würde durch solche Herabsetzung allerdings gar nicht eintreten, da der Konsum sich erheblich steigern würde.

Abg. v. Meding (Welfe)

tritt für die Herabsetzung der Zuckersteuer ein; die Sozialdemokraten hätten sehr wohl die Macht gehabt, dies zu erzwingen.

Abg. Meyne (natl.):

Die internationalen Sozialdemokraten sollten dafür sorgen, daß der Zucker in allen Staaten gleich behandelt werde, vor allem in Rußland ebenso wie bei uns; dann brauchten wir keine Kartelle, damit unsere Zuckerindustrie über die Rußlands siegt. In Amerika werden wir freilich die Konkurrenz mit dem kubanischen Zucker nicht aufnehmen können.

Abg. Wurm (Soz.):

Ich quittiere mit Vergnügen, daß die Welfen und National-Liberalen uns zu Hilfe rufen zur Beseitigung einer der Volkswirtschaft ruinierten Politik. Wir werden uns die größte Mühe dazu geben. Hoffentlich helfen Sie uns dann aber; speziell der Vordredner sollte seinen Freund Haase, der ja mit sich selbst in an der Zuckersteuergesetzgebung, an der Prämienwirtschaft, dazu bewegen. So lange wir die Mehrheit nicht haben, können wir allein die Gesetze nicht machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Unter Ablehnung der gestellten Anträge wird § 8a aufrecht erhalten.

§ 4 sieht die Erhöhung des Kriegsschatzes durch Prägung weiterer 120 Millionen Silbermünzen vor.

Abg. Dr. Krendt (Rp.):

Ich möchte dringend warnen vor dieser Verschlechterung des Goldankaufes. Sehr bedenklich ist auch die im nächsten Paragraphen vorgesehene Ausgabe von 120 Millionen weiterer Reichsschatzscheine zu 5 und 10 M. Bedauerlich ist die geringe Ausprägung der Jubiläumsmünzen, die, so häufig sie sind, doch sehr verlangt werden.

Abg. Wolkensühr (Soz.):

Wir halten diesen Paragraphen für eine Schädigung unseres Wirtschaftslebens. Es wird von dem hohen Bankdiskont stark bedroht. Der Grund dieses hohen Diskontsatzes ist, daß die Goldansammlungen nicht Schritt halten mit der industriellen Entwicklung und dem dadurch steigenden Geldbedarf. Es wird behauptet, daß das meiste Gold die Massen im Portemonnaie tragen. Deshalb wurden kleine Kassenscheine ausgegeben um das Gold in die Banke zu ziehen. Jetzt soll nun wieder die Goldreserve um über 100 Millionen verringert werden. Das wird den Diskont wieder erhöhen. Wenn man sagt, man werde im Kriegsfall das Gold in der Banke zurückhalten, so heißt das nichts weiter als daß das Münzgesetz dann aufgehoben werden soll, wonach jeder Anspruch hat, Summen über 20 M. in Gold zu erhalten. Wir werden gegen diesen Paragraphen stimmen.

§ 4 wird angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen.

Vermögenszuwachssteuergesetz.

Abg. Krafftadt (konj.):

Beantwortet einen Antrag, das Rindererbe aus der Besteuerung herauszulassen. Es ist dies nur der erste Schritt zur Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten. (Sehr richtig! l. u. d. Soz.) Das muß zur Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes und zum Ruin unseres Bauernstandes führen. (Gelächter links.) Wenn die Steuer auch noch so abgeschwächt ist, so müssen wir sie doch grundsätzlich ablehnen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Klagegeplänge, die Schmerzlage der Reichen, die wir bisher gehört haben, rühren eigentlich nur von dieser Besteuerung des Rindererbes her. (Sehr richtig! rechts.) Der Vordredner meinte, das Rindererbe sei gar kein Vermögenszuwachs. Also wenn ein Vater sein Kind enterbt, geht diesem nichts verloren, das ist Ihre Logik. (Große Heiterkeit.) Es rächt sich hier das Verhalten der Konservativen und des Zentrums vom Jahre 1900, als Sie den Reichslangler v. Willow über die Klage sprangen ließen wegen des Rindererbes. Der Vordredner sagte, damals wäre das Rindererbe gar nicht so scharf herangezogen worden. Sehen Sie, nachträglich kommt Ihnen jetzt die Reue (Heiterkeit), daß Sie damals nicht das mildere Gesetz angenommen haben. Hier kommt jetzt

die Sühne für jene Tat.

Uebrigens entpringt auch der Gedanke des Rindererbes einer sozialdemokratischen Anregung. Wir hatten das Rindererbe 1906 beim Erbschaftsteuergesetz schon beantragt. Damals haben die Mehrheitsparteien diesen unseren Antrag abgelehnt. 1909 wurde dieser 1906 abgelehnte sozialdemokratische Antrag als Regierungsvorlage eingebracht. (Jura rechts; Heiterkeit.) Im Sinne der Berechtigung gewiß nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch 1909 haben Sie diesen Antrag abgelehnt, heute werden Sie es nicht wieder tun. Wir haben 1906 und 1909 auch Anträge auf Erhöhung der Erbschaftsteuerhöhe bei Seitenverwandten gestellt, die Sie ablehnten, heute haben Sie sie annehmen müssen. Das muß festgestellt werden. Für Willow sprach von den phantastischen Anträgen der Sozialdemokratie, die keiner ernst nehmen könne, die Sozialdemokratie sage immer nur nein, und könne nichts erreichen. Hier habe ich Ihnen gleich eine Reihe von Dingen gezeigt, die wir erreicht haben. 1907 waren Sie voller

Triumph, da fiel das Wort von den Niedergerittenen, die man ausgehallet, deren Einfluß man gebrochen habe. Heute sitzen die Niedergerittenen auf der rechten Seite, und zwar sind Sie niedergeritten, weil Sie Ihren Mandatsgewinn von 1907 ausgenutzt haben zu einer Steuergesetzgebung, die das Gegenteil von Gerechtigkeit war. (Sehr richtig! links.) Der Vordredner sprach mit etwas verächtlichem Tonfall vom Fiskus, der beim Übergang des Erbes vom Vater auf den Sohn einen Teil wegnehmen wolle. Der Fiskus stellt die Gesamtheit dar, unter deren Schutz überhaupt erst geordnete Wirtschaftsverhältnisse möglich sind. Der Fiskus hat daher ein gutes Recht auf diese Steuer (Zustimmung links). Der Schatzsekretär fragte, was Herr Schulz denn für neue Steuern vorschlagen wolle. Würden Herr Schulz und seine Freunde hier die Mehrheit haben, so würden Sie neue indirekte Steuern vorschlagen. Sie appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl erst, wenn die Besitzenden zahlen sollen, aber nie fragen Sie bei Steuerentwürfen, ob sie für die Beschäftigten erträglich sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratischen Forderungen haben sich Anerkennung erlangt, weil sie der Sache nach gerecht und notwendig sind. Wozu die Forderungen töricht, so hätten wir sie mit aller Beredsamkeit nicht durchsetzen können. (Sehr richtig! links.) Und noch eines: Die größten Mächtigkeiten sitzen in den Reihen der Freikonservativen, von denen wir heute so bewegliche Klagen gehört haben. Gerade diese Herren sind in erster Reihe schuld daran, wenn immer neue und neue Steuern gemacht werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (Rp.):

Herr Krafftadt hat wieder das Lied vom kleinen Bauern gesungen. Dabei sind Erbverordnungen in das Gesetz aufgenommen worden, die dazu führen, daß die Bauern gar nicht von dem Gesetz betroffen werden. — Dieser Paragraph ist nicht nur für die Reichen, sondern auch für uns der irrendste Punkt. Bei der Wehrvorlage erklärte die Rechte, es müsse eine Verständigung auch bei der Deduktion herbeigeführt werden. Wir haben an dieser Verständigung ernstlich mitgearbeitet. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen aber haben die schlimmsten Forderungen von Handel und Verkehr beantragt. Nun soll hier auch mal der alte besessene Grundbesitz durch die Besteuerung des Rindererbes herangezogen werden und da sagen die Konservativen mit ihrem ganzen Widerstand ein, nachdem wir im Interesse des Ganzen auf die weitere Ausdehnung der Erbschaftsteuer verzichtet haben. Den Konservativen wäre es vielleicht ganz recht gewesen, wenn die ganze Heredesvermehrung und Deduktionsfrage an diesem Punkte zusammengebrochen wäre, damit sie daran ihre Parteilippe lösen konnten. (Sehr wahr! links.) Uns ist die Frage der Heredesvermehrung dazu zu ernst, wir sind bereit, im Interesse des Vaterlandes ein Opfer zu bringen. (Bravo! links.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Westarp (l.) auf Befreiung der Besteuerung des Rindererbes ist namentlich. Der Antrag wird abgelehnt mit 207 Stimmen gegen 150 bei 10 Stimmenthaltungen. (Lebhafte Bravo! links.)

In § 17 beantragt die Kommission, das Reichszuwachssteuergesetz aufzuheben, nur die Gemeinden sollen den auf sie entfallenden Teil weiter erheben dürfen, so lange nicht die Regierung des zuständigen Bundesstaates Widerspruch erhebt.

Die Sozialdemokraten beantragen statt dessen die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach der Wertzuwachs, von dem die Wertzuwachssteuer entrichtet oder zu entrichten ist, von dem der Vermögenszuwachssteuer zugrunde liegenden Vermögenszuwachs abzuziehen ist.

Abg. Dr. Jaeger (Rp.) beantragt, daß vor dem Wirksamwerden des Vermögenszuwachssteuergesetzes dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welches die Härten und Unstimmigkeiten des Reichszuwachssteuergesetzes beseitigt werden.

Ein weiterer von den bürgerlichen Parteien eingebrachter Kompromißantrag verlangt, daß bei der Wertzuwachssteuer der Reichsanteil nicht mehr erhoben, aber in den einschlägigen Gemeinden, das sind diejenigen, die die Zuwachssteuer schon vor dem Reichsgesetz eingeführt hatten, diesen zufallen soll.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß im Falle der Annahme dieses Antrages der Anteil des Reiches allen Gemeinden zufallen soll.

Reichsschatzsekretär Kühn

äußert Bedenken gegen diesen Kompromißantrag, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Haase (Soz.):

Wir haben seinerzeit das Zuwachssteuergesetz abgelehnt, obwohl wir seinem Grundgedanken zustimmten, weil uns die Befreiung des Gesetzes nicht anstand. Es ist nun eine eigentümliche Erscheinung, daß dieselben Parteien, die damals das Gesetz geschaffen haben und in die Welt hinausposaunten, daß sie damit dem deutschen Volke ein Kleinod beschert hätten, das jetzt wieder abschaffen wollen. Geradezu ungeheuerlich ist die Bestimmung, wonach die Aufhebung eines Reichsgesetzes nicht laut Reichsgesetz erfolgt, sondern der Landesgesetzgebung überlassen ist, ein Vorgang wie er in der Gesetzgebung der ganzen Welt nicht wieder vorkommen dürfte. Damit soll dem Volke vorgepiegelt werden, als ob das Gesetz aufrechterhalten werde. Was soll man im übrigen sagen von Gesetzgebern, die jetzt selbst die Art an die Wurzel ihres vor kurzem geschaffenen Wertes legen, die so ganz im Vorübergehen, ohne die Konsequenzen im einzelnen zu bedenken, ein so wichtiges Gesetz aus der Welt schaffen! Die größte Beunruhigung bringen Sie mit diesem Antrag in das Finanzwesen der Gemeinden, wenn diese Befürchtungen müssen, daß ihnen das, was sie heute haben, jeden Augenblick genommen werden kann. Der Wertzuwachs ist im weitestlichen herbeigeführt durch Einrichtungen, vor allem der Gemeinden. Daher haben wir beantragt, daß zum mindesten die Erträge aus dem Gesetz, wenn nicht dem Reich, so den Gemeinden zufallen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jaeger (Rp.)

(auf der Tribüne unverständlich) beantwortet den von ihm eingebrachten Antrag.

Abg. Dr. Blund (Rp.)

begründet einen Antrag, wonach bei Annahme des Kompromißantrages in den einschlägigen Gemeinden die fällige bei ihnen geltende Wertzuwachssteuerordnung wieder in Kraft gesetzt werden kann.

Abg. Schiffer (natl.):

Das Vermögenszuwachssteuergesetz ist keine Abgabe an den Gedanken des Wertzuwachssteuergesetzes, sondern es stellt diesen Gedanken auf eine breitere Basis. Der Gedanke der Wertzuwachssteuer hat unter der Herrschaft dieses Gesetzes also einen Siegeslauf angetreten, so daß jetzt jeder Vermögenszuwachs besteuert werden kann. Bei dieser Gelegenheit sollen aber die technischen Mängel des Reichszuwachssteuergesetzes beseitigt werden; die Sonderbesteuerung des Wertzuwachses an Grund und Boden soll da vorgenommen werden, wo sie praktisch ausgeführt werden kann, in den Gemeinden. Damit wird die unpraktische Schematisierung beseitigt.

Es läuft ein Antrag Albrecht (Soz.) ein, über den Abfall des Kompromißantrages Wasser mann, der der Landesgesetzgebung eine andere Regelung vorbehält, gesondert abzustimmen.

Abg. Wasser mann (natl.)

widerspricht als Antragsteller auf Grund der Geschäftsordnung dieser Zeitung seines Antrages.

Abg. Haase (Soz.):

Es muß immer möglich sein, über einen neuen Teil eines Antrages gesonderte Abstimmung zu verlangen. (Widerspruch.) Im

übrigen brauchen wir uns mit dieser Quisquilie nicht aufzuhalten, wir können dasselbe Ziel erreichen, wenn wir den Antrag Wasser mann ohne den betreffenden Absatz erneut selbst einbringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vogt-Hall (l.)

spricht sich für den Kompromißantrag aus.

Inzwischen läuft der vom Abg. Haase eben angeforderte Antrag Albrecht (Soz.) ein.

Abg. Haase (Soz.):

Wie richtig unser Antrag ist, beweist das kämpferische Bemühen des Abg. Wasser mann, auf Grund der Geschäftsordnung die Streichung des betreffenden Absatzes zu verhindern. Durch unseren Antrag, für den ich getrennte Abstimmung über die einzelnen Teile beantrage, wird unser Zweck nun doch erreicht. Ferner haben wir noch die Streichung eines besonders charakteristischen Teiles aus dem Antrag Wasser mann beantragt. Er will die Vorschrift des § 1 Absatz 2 Satz 3 des Zuwachssteuergesetzes aufheben. Was bezweckt er damit? Nach dem jetzigen Gesetz sind die Spekulantengewinne von der Steuerfreiheit, die eintritt, falls bei bebauten Grundstücken der Wert des Grundstücks nicht mehr als 20 000 M. beträgt. Diese Bestimmung soll nun beseitigt werden, d. h. es sollen diejenigen, die den Zwischenhandel gewerbmäßig betreiben, von der Steuer frei bleiben ohne Rücksicht auf den Wert des Grundstücks. Wenn man diese Novelle mit dem richtigen Namen benennt, müßte sie heißen Leg Haberland. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.):

Den letzten Ausführungen des Abg. Haase kann ich nur zustimmen. Sie sind sehr bedeutungsvoll. Hier will man den Territorialverlust Millionen schenken, aber für die Aufhebung der Steuern, über die man früher so geschrien hat, ist offenbar kein Verständnis vorhanden.

Ein Regierungskommissar

bekämpft den Kompromißantrag; auf keinen Fall dürfe, wie die Sozialdemokraten beantragen, der letzte Absatz dieses Antrages gestrichen werden, es müsse die Möglichkeit gelassen werden, den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen.

Abg. Fegter (Rp.)

wendet sich gegen die Beibehaltung des erhöhten Umsatzstempels, dessen Ermäßigung bei Einführung der Wertzuwachssteuer versprochen wurde. Mit dieser ungerächtesten aller Steuern gehe es gerade so wie mit der Zuckersteuer.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Der Reichsschatzsekretär hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, für die Aufrechterhaltung des Wertzuwachssteuergesetzes gesprochen. Nach ihm trat ein preussischer Regierungskommissar auf und empfahl, das Reichsgesetz fallen zu lassen und die Entscheidung in die Gemeinden zu verlegen, d. h. in die Hände der Hausbesitzer. Welches die Meinung der Regierung ist, inobdem die Herren vielleicht aus. (Heiterkeit.)

Reichsschatzsekretär Kühn:

Ich habe die Bedenken gegen die eingebrachten Anträge dargestellt. Der Kommissar, der nach mir gesprochen hat, wollte nur nachweisen, daß, wenn man auf die Anträge eingeht, es vorzuziehen wäre, den letzten Absatz beizubehalten, um den verschiedenen Verhältnissen in den Gemeinden Rechnung tragen zu können.

Damit schließt die Debatte.

Das Ergebnis der sehr verwickelten Abstimmung ist: Die geltende Wertzuwachssteuer bleibt bis 1916 erhalten. Von da an fällt der Reichsanteil (50 Proz.) fort. Der Bundesstaatenanteil bleibt erhalten, ebenso der Anteil der Gemeinde. Die Steuerregulierung der Wertzuwachssteuer bleibt Sache der Landesgesetzgebung, resp. der Gemeinden.

Bei § 20, der bestimmt, daß, wenn der Wert von Aktien nicht durch den Kurswert zu ermitteln ist, er das 100/100fache des Durchschnitts des Gewinnes der letzten drei Jahre ist, begründet

Abg. Gothein (Rp.)

einen von den Liberalen Parteien und dem Zentrum eingebrachten Antrag, den Wert der Aktien in solchen Fällen nach freiem Ermessen zu schätzen. Der Antrag wird angenommen.

Die Besitzsteuer der Bundesfürsten.

Bei § 43 liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) vor, einen neuen Absatz einzufügen: Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden.

Abg. Haase (Soz.):

Ob der Antrag angenommen wird oder nicht, ist für die materielle Steuerpflicht der Bundesfürsten nicht entscheidend. (Lebhafte Zustimmung!) Das ist befehlt, hat das Haus mit großer Mehrheit bereits anerkannt. Es wird auch zu wenig geachtet, daß nach dem preussischen Einkommensteuergesetz vom 23. April 1906 die Bundesfürsten in Preußen steuerpflichtig und zu den Realsteuern heranzuziehen sind. Auch gewerbesteuerpflichtig sind die Bundesfürsten. Wenn im Erbschaftsteuergesetz von 1906 eine besondere Ausnahmebestimmung enthalten war, so war auch damit zum Ausdruck gebracht, daß an sich die Steuerpflicht besteht. (Lebhafte Zustimmung!) Es ist aber gut, in Konsequenz der Haltung, die wir bei dem anderen Gesetz eingenommen haben, festzustellen, daß die Fürsten nicht aus ihrem besonderen Entgegenkommen steuerpflichtig sind. Beweisen Sie auch bei dieser Gelegenheit die Festigkeit und den Mut, den das Volk vom Reichstage erwartet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Kühn bittet um Ablehnung des Antrages.

Abg. Graf Westarp (l.): Wir teilen den Standpunkt, daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht, wenn nichts anderes in das Gesetz hineingeschrieben ist, nicht, sehen vielmehr auf dem entgegen-gesetzten Standpunkt.

Abg. Fischbeck (Rp.): Wir haben den Standpunkt vertreten, daß weder aus der Verfassung noch aus irgendeinem Gesetz die Steuerfreiheit der Fürsten herzuweisen ist. Wir sind der Meinung, daß, mag der Antrag angenommen werden oder nicht, die Steuerpflicht der Fürsten besteht. Da der Antrag gestellt ist, werden wir für ihn stimmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Polen und einem großen Teil des Zentrums angenommen.

Bei den Schlussvorarbeiten beantragen die Abgg. Böhm (Soz.) und die übrigen elastiischen Abgeordneten Einfügung eines § 77b, wonach bis 1910 den Bundesstaaten, die Erbschaften in gerade absteigender Linie besteuern und bis 1910 diese Steuer mit Rücksicht auf die Besitzsteuer ermäßigen, der Ausfall an Erbschaftsteuer ersetzt werden soll.

Abg. Dr. Kießin (Vf.) bittet, dem Antrage aus Billigkeitsgründen zuzustimmen.

Abg. Wurm (Soz.):

Auch wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, in die Eliaß-Vollbringen kommt. In der Kommission haben wir einen solchen Antrag abgelehnt, aus der Veranlassung, daß die veraltete Steuergesetzgebung Eliaß-Vollbringens durch eine solche Begünstigung noch weiter bestärken würde. Wenn wir aber müßten, daß die Eliaß-Vollbringende Regierung bereit ist, eine Einkommen- und Vermögenssteuer, wie eine solche Vorlage schon einmal voriag, zur Vollendung zu bringen, würden wir diesem Antrag zustimmen. Ich richte deshalb an den Vertreter der Eliaß-Vollbringenden Regierung die Frage, ob er namens der Regierung zuzugestimmt, daß in der kommenden Session ein solcher Steuergesetzentwurf dem Landtag vorgelegt werden wird?

Maß-Bohringischer Vertreter Dr. Kabis: Die der Vorredner andeutete, ist ein solcher Entwurf schon vor 1 1/2 Jahren dem Landtag vorgelegt worden. Er enthielt den Uebergang zur allgemeinen progressiven Einkommensteuer und Ergänzungsteuer für fundierte Einkommen. Durch Schließung des Landtags sind die Vorlagen nicht zur Verabschiedung gelangt. Ich bin aber ermächtigt, ausdrücklich im Namen der Regierung der Reichsländer zu erklären, daß die Vorlage dem Landtage in der nächsten Session wieder vorgelegt werden wird; mit den Abänderungen, die die logische Konsequenz aus der Reichsgesetzgebung sind, die das hohe Haus im Begriffe ist zu verabschieden. Es besteht natürlich keine Möglichkeit die Verpflichtung einzugehen, daß das komplizierte Gesetzgebungswerk bis 1916 in beiden Kammern schon zur Verabschiedung gelangt, aber die Regierung wird alles tun, um die Vorlage möglichst schnell zu verabschieden. Im übrigen bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen, die reichsländische Bevölkerung wird Ihnen dafür danken. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wird mit großer Majorität — gegen die Stimmen der Nationalliberalen — angenommen. Damit ist die Deckungsvorlage erledigt. Es folgt der Bericht der Kommission über die

Initiativanträge zur Wohnungsfrage.

Die Kommission beantragt eine Resolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, der eine Ausgestaltung des Erbbaurechts für die Zwecke der Wohnungsfürsorge bringt.

Abg. Göhre (Soz.):

Die Resolution deckt sich wörtlich mit der im vorigen Jahre einstimmig angenommenen, nur ist die Aufnahme eines Reichsversicherungsausschusses fortgelassen. Nachdem dieser Stein des Anstoßes für die Regierung beseitigt ist, erwarten wir, daß von der Regierung energische Schritte getan werden zur Förderung der Wohnungsfürsorge. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution wird angenommen. Einige Petitionen werden debattelos nach den Vorschlägen der Petitionskommission erledigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Dritte Lesung der Wehrvorlage, des Wehrbeitrags, des Stempelgesetzes, kleinerer Vorlagen.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Die militaristische Jugend-Internationale.

Fast alle Jugendbewegungen der fremden Länder haben deutlich bewußt oder unbewußt das Bestreben, die Wehrfähigkeit der Jugend zu erhöhen.

Dr. v. Bohmer: „Jugend u. Wehrkraft“.

Die systematische, auf breiter Grundlage betriebene Erziehung der Schulklassen Jugend ist ein Produkt der jüngsten Zeit. Sie ist wie der Kapitalismus international und steht in fast allen Ländern unter der Obhut des Staates. Ihre Ursachen findet sie in den Anforderungen der großindustriellen Produktionsweise und des modernen Staatslebens mit seiner weitverzweigten Bürokratie. Außerdem ist sie als bürgerliche Jugendbewegung ein Gegengewicht gegen die stetig wachsende Macht der Arbeiterklasse und der von ihr betriebenen proletarischen Jugendpflege. Ihre kräftigsten Impulse aber empfängt sie unstrittig aus den Bedürfnissen des Militarismus, an denen sie sich auch im wesentlichen orientiert. Zwar richtet sich die militaristische Jugendziehung in ihren einzelnen Formen nach den Eigentümlichkeiten, den Traditionen und dem Stand der verschiedenen Länder; in ihren Grundgedanken aber erstrebt sie überall die körperliche und geistige Erziehung der Jugend zum Zwecke erhöhter militärischer Leistungsfähigkeit.

Deutschland, dessen militaristische Entwicklung rapid vorwärts geschritten ist und eine hohe Stufe der Vollkommenheit erklommen hat, hat die am planmäßigsten entwickelte und am konsequentesten durchgeführte Jugendziehung auf militaristischer Grundlage. Man sucht in anderen Ländern vergebens nach einer Organisation, die ähnlich dem Jungdeutschlandbund eine so umfassende und scharf ausgeprägte Tendenz zur Militarisierung der Jugend aufweise. Der Jungdeutschlandbund, der sich des Protektors des deutschen Kaisers erfreut, ist ein riesiger, raffiniert funktionierender Organismus, dessen weitverzweigtes Geäder im Militarismus als seinem Herzen zusammenläuft. Er genießt die Unterstützung sämtlicher Behörden, wird durch die Volksschule pro-

pagiert und aus dem Geldbeutel der Großfinanz gespeist. Ueber 100 000 Jugendliche zählt er bereits in seinen Reihen.

Im am nächsten kommt die militaristische Jugendziehung in Frankreich. Schule und Kaserne, Lehrer und Offiziere, Kultusministerium und Kriegsministerium arbeiten einander auch hier konsequent in die Hände. Verschiedene Gesellschaften betreiben die militärische Erziehung der Jugend zwischen Schule und Kaserne planmäßig. Als Bindeglied funktioniert das sogenannte Befähigungszeugnis, das von allen Gesellschaften erteilt wird und dem Inhaber wesentliche Vorteile, als Wahl der Truppe und Waffengattung, Bevorzugung bei der Beförderung und im Dienst und bei Kapitulationen, gewährt. Das Befähigungszeugnis steht als Reizmittel geradezu im Mittelpunkt der Tätigkeit der Gesellschaften, die als Turnvereine, Schießvereine und militärische Vorbereitungsvereine auftreten, abgesehen von einer ganzen Reihe inoffizieller Gesellschaften, die aber wie die übrigen sämtlich unter staatlicher Kontrolle stehen. Verfolgen die Turngesellschaften mehr die allgemein körperliche Ausbildung der Jugend, so pflegen die Schieß- und Vorbereitungsvereine lediglich die militärische Erziehung. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Ausbildung im Gebrauch der Waffe, auf Exerzier-, Marsch-, Fehschüßungen, im Kasernen-, wie im Felddienst wie im Kartenlesen. Die geistige Erziehung zielt auf die Uebung militärischer Disziplin; durch allerlei Belohnungen und andere Reizmittel sucht man die Jugend, durch Vergünstigungen die Offiziere und Lehrer für die Organisation zu interessieren. Die Oberaufsicht über sämtliche Gesellschaften führt der Divisionsgeneral des betreffenden Bezirks.

Raum hinter Frankreich zurück sieht Italien. Ein Zentralausschuß für nationale Schießweissen und körperliche Ausbildung zu militärischem Zweck untersteht unmittelbar dem Kriegsministerium, das außerdem noch das Protektorat über zwei Gesellschaften, die Nationale Kriegsgesellschaft und den freiwilligen Radfahr- und Automobilverein, zwei für die Zwecke des Krieges sehr wichtige Institutionen, führt. Durch dieses Protektorat wird die weitgehendste finanzielle Unterstützung und die Versorgung mit dem geeigneten Lehrpersonal garantiert. Die Verteilung des einjährig-freiwilligen Scheines wird von der Beteiligung an den Uebungen der Schießgesellschaft direkt abhängig gemacht.

Oesterreich hat die fakultative Ausbildung im Schießen in allen Mittelschulen beschlossen. Das militärische Schulprogramm sieht vor: Unterweisung über Wehrkraft, Kartenlesen, Geschichtsbelehrung, Einführung in die Tätigkeit der Feldtelegraphen, der Feldküchen, Befähigung von Gewehr- und Munitionsfabriken.

Auch Rußland betreibt die militaristische Jugendziehung durch Bildung von Jugendkompagnien, die teils mit Holzgewehren, teils mit Militärgewehren ausgerüstet sind und deren Uniformen denen der aktiven Truppen getreu nachgebildet sind.

Schließlich hat noch Japan eine ausgedehnte militaristische Erziehung der Jugend, die bis in die Volksschulen hineinragt.

England hat noch keine allgemeine Wehrpflicht. Durch planmäßige militarische Jugendziehung soll sie jedoch popularisiert und vorbereitet werden. Die Bobs-Scouts-Bewegung (Knaben- und Mädchenbewegung) verfolgt das Ziel der militärischen Erziehung durch entsprechende Uebungen im Freien, durch Wanderungen, Ueberwinden von Strapazen, Uebungen im Küstenschuß, Entwicklung des Gehorsams und der Disziplin, Stärkung der Selbstständigkeit und des Verantwortungsgefühls. Besondere Fortbildungskurse pflegen die Kolonialschwärmerei und unterweisen in der Theorie und Praxis des Ansetzungswezens. Man arbeitet auch hier auf eine Zentralisierung der bis jetzt noch getrennten Bestrebungen hin.

Weitere Darstellungen über alle diese Bewegungen finden sich in der oben zitierten Schrift des Grafen Bohmer sowie in der Arbeit des Obersten R. Risch „Erziehung zur Wehrpflicht“.

So sehen wir überall eine starke Tendenz zur Militarisierung der Jugend, die in dem Maße fortschreiten wird, in dem die imperialistische Politik sich in den verschiedenen Ländern entwickelt und die Rüstungen nötig macht, in demselben Maße aber auch, in dem die Arbeiterbewegung dem Militarismus auch schon in ihren Jugendorganisationen einen starken Widerstand entgegenstellt.

Angeichts der Internationalisierung der militaristischen Jugendbewegung aber erhebt sich für die Arbeiterklasse aller Länder die Notwendigkeit einer intensiv betriebenen proletarischen Jugendziehung.

Die städtischen Ferienspielplätze

sind wieder in den kommenden Ferien und zwar vom 7. Juli bis 9. August geöffnet. Es sind 21 Plätze, 6 Außen- und 15 Innen-spielplätze. Die Außenspielplätze befinden sich: 1. im Grunewald, umweit der Försterei Eichlamp; 2. im Plänterwald in Treptow, der große Platz an den vier Ringen; 3. in Wartenberg; 4. in Wuch, das Waldgebiet um die Försterei; 5. und 6. in Blankensee, die großen Kieflerwiesen hinter Nordend. Die Ausflüge nach diesen Plätzen finden werktäglich bei gutem Wetter statt. Das Recht der Beteiligung an denselben haben sämtliche Berliner Volksschüler und -schülerinnen (also nicht auch die Kinder der Vororte). Jedes Kind hat täglich für „alles“ 20 Pf. (nach „Wuch“ 30 Pf.) zu entrichten. Freikarten können erhalten: alle Waisenkinder, die Halbwaisen, Kinder ehelicher Mütter, Pflegekinder und alle diejenigen, welche sonst von der Schule Speisemarken erhalten. Beteiligten sich am Ausfluge drei und mehr Kinder „ein und derselben Familie“, so ist das 3., 4. usw. Kind auch frei, wenn die beiden ersten bezahlt haben. Wichtig ist, daß die Eltern wissen, wohin sie morgens ihre Kinder zu schicken haben. Diese versammeln sich um 7 Uhr auf den „Sammelstellen“; das sind folgende 42 Schulhöfe:

1. Für Grunewald: Bremer Straße 13-17, Turmstr. 86, Sneyenaustr. 7, Culmstr. 15, Derfflingerstr. 18a, Levetowstr. 26 und Kofoder Straße 32.
2. Für Plänterwald: Brandelstr. 128, Naglerstr. 6, Schlesiische Straße 4, Priker Straße 17-18, Reichenberger Straße 131-132, Schmidtstr. 38 und Alte Jakobstr. 127.
3. Für Wuch: Adlerstr. 28a, Besselfstr. 3, Schulstr. 99-100, Tegeler Straße 18-20, Müllerstr. 48, Quibuser Straße 23 und Bankstr. 20-22.
4. Für Wartenberg: Markusstr. 49, Koppenstr. 84, Remeler Straße 25, Rigaer Straße 81-82, Strahmannstr. 6, Pöschkestr. 34-35 und Olsberstr. 19.
5. Für Blankensee I: Keibelstr. 81-82, Prenzlauer Allee 227-228, Christburger Straße 14, Senefelder Straße 6-7, Greifenhagener Straße 26, Sonnenburger Straße 21 und Driefener Straße 22.
6. Für Blankensee II: Gipsstr. 28a, Gartenstr. 107a, Straßander Straße 64, Prinzenallee 8, Christianiastr. 36-39, Oederberger Straße 67-69 und Hannoverische Straße 20.

Von diesen Sammelstellen aus marschieren die Kinder in geschlossenen Rügen unter Begleitung von Lehrern und Lehrerinnen bis zu den Abfahrtsstellen der Bahnen und werden mit Sonderzügen bis zu den Spielplätzen befördert. Dieselben liegen abseits von jedem Verkehr, sind für das Publikum gesperrt und entscheiden die Kinder allen Gefahren der Großstadt. Die Kinder dürfen sich hier — in erlaubten Grenzen — frei tummeln und werden andererseits zu geordnetem, regelrechten Spiel und gegenseitiger Verträglichkeit erzogen. Zum Frühstück bekommt jedes Kind einen halben Liter frischer Milch, zum Mittag Maggissuppe in beliebiger Menge, nachmittags Kaffee und 2 Stück frischer Wadware. Gegen 6 Uhr erfolgt der Aufbruch; die Zurückbeförderung geschieht in derselben Weise wie morgens, so daß die Kinder alle rechtzeitig wieder in der elterlichen Wohnung sein können. Die den Plänterwald besuchenden Kinder gehen täglich nach dem Kaiserbad baden, ohne daß ihnen Kosten entstehen. — Haben Eltern übrigens versäumt, sich „vor den Ferien“ beim Rektor ihrer Kinder für diese sich Freikarten zu erbitten, so sind solche auch auf den Außenspielplätzen beim Oberleiter „durch schriftliches Gesuch“ erhältlich.

Für alle die Kinder, welche aus irgendwelchen Gründen an den täglichen Ausflügen nicht teilnehmen können, sind die „Innenspielplätze“ gedacht. Dazu sind große, schattige Schulhöfe auszuweisen und zwar folgende:

1. Wassertorstr. 31, Schmidtstr. 38, Skalitzer Straße 55-56, Krautstraße 43, Petersburger Straße 4, Strahmannstr. 6, Schönhauser Allee 166a, Reddenider Straße 17-18, Ruppiner Straße 47-48, Gartenstr. 107-107a, Pflugstr. 12, Ruheplatzstr. 5-7, Quibusstr. 115, der Platz am Urban und der große Spielplatz in der Bremer Straße.

Diese Plätze sind werktäglich bei gutem Wetter vormittags von 9-12, nachmittags von 3-7 Uhr geöffnet. Auch hier dürfen sich die Kinder frei bewegen. Sie finden zum Spielen Geräte in genügender Anzahl vor, wie Bälle jeder Art, Lamburine, Seile usw. Müssen Kinder ihre noch nicht schulpflichtigen Geschwisterchen beaufsichtigen, so sollen sie sich mit einer Bitte an den Lehrer auf dem Innenplatz wenden.

Tritt Regentwetter ein, so brauchen sich die Eltern wegen ihrer Kinder, die sich auf den Außenspielplätzen befinden, keine Sorgen machen. Es ist daselbst durch große Unterkunftsstellen für Schutz in ausreichendem Maße gesorgt.

Stiller

Gegr.
1867



Halbschuh-Neuheiten

■ für Damen ■

Leinen-Schuhe

Strand-Schuhe

■ Sandalen ■

Derbe Kinder-Stiefel

Für das Gebirge

Vor Antritt Ihrer Gebirgsreise sollten Sie nicht veräumen eine Besichtigung unserer erprobten und bewährten

Berg- und Touren-Stiefel

vorzunehmen, denn dieses Gebiet von Schuhwaren bildet seit Jahren eine besondere Spezialität unseres Hauses. * * Wir bieten darin eine unübertroffene Auswahl aller Arten, von ersten Sportsleuten empfohlenen, Gebirgs-Stiefel.

Zentrale: Berlin C., Jerusalemer Straße 32-35, am Dönhoff-Platz
 Potsdamer Straße Nr. 2 | Friedrich - Straße Nr. 75 | Oranien - Straße Nr. 101 | Schönebg., Haupt-Str. 146
 Tauentzien - Straße 19 a | König - Straße Nr. 25-26 | Gr. Frankfurter Str. 123 | Neukölln, Berg-Str. 25
 Tauentzien - Straße 7 b | Rosenhaler Straße Nr. 5 | Chaussee-Str. Nr. 114-115 | Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Zweig-Niederlassungen: Magdeburg · Halle · Cassel · Posen · Danzig · Königsberg i. Pr.

Gewerkschaftliches.

Strikte Ablehnung der Straßenbahnerwünsche!

In überfüllter Versammlung legten am vergangenen Donnerstag die Straßenbahner energischen Protest gegen das scharfmacherische Verhalten der Großen Berliner Straßenbahn ein. Hiller, vom Deutschen Transportarbeiterverband, führte aus, daß die Straßenbahner wieder um eine Enttäuschung reicher geworden seien. In der Konferenz der Vertrauensmänner lehnte die Direktion der Großen Berliner die geringen Forderungen ab. Nun hat die Große Berliner noch nie etwas freiwillig gegeben, im Gegenteil hat der Direktor W u s s o w feinerzeit erklärt: der Druck der Angestellten war es, der eine Lohnaufbesserung nötig machte. Dieser Druck fehlt aber unter den Angestellten. Wenn sich auch die Vertrauensleute der gelben Organisation, „des Vereins der Angestellten“, mitunter radikal gebärden, so ist das eitel Spiegelfechterei. Dieser Verein kann und wird niemals einen Druck ausüben, er will es auch nicht. Haben doch diese Herren es abgelehnt, für Wahlkouveurs zu den Vertrauensmännerwahlen zu stimmen. Sie wußten genau warum. Können haben wir die Ablehnung unserer Wünsche zu verdanken. Zweifel, daß die miserabile Lage verbessert werden muß, herrscht wohl nirgends. Wenn auch die Direktion mit Zahlen operiert, daß die Angestellten im ersten Jahre 1546 Mark, im fünften Jahre 1761 M., im zehnten Jahre 1901 M. verdienen, so sind das eben Zahlen der Direktion. Darin sind nämlich mit einbegriffen 70 M. für Uniform (1), 36 M. für Fahrgeld (1), ja sogar der Verkauf von Fahrplänen (Verdienst pro Stück 5 Pf.) figuriert in diesen Summen. In Wirklichkeit stellt sich der Lohn für diesen nervenzerrütenden Dienst im ersten Jahre auf 1260 M. und steigt nach 18 Jahren auf 1680 M. Hierbei werden noch monatliche Kassenabzüge von 8 bis 11 M. gemacht. Trotz alledem aber schrieb der „Volkswagen“, das Gehalt entspreche dem eines mittleren Beamten. Nicht besser entlohnt werden die Arbeiter und Handwerker. Da verdienen die letzteren pro Tag 4,25 M., das macht pro Jahr 1330,25 M., die Wagenwäscher haben sogar nur einen Lohn von 3,20 M. pro Tag. Das wären im Jahr 1001,60 M. Hiermit nicht genug, verweigert man dieser Kategorie von Arbeitern auch noch die Vertrauensmänner.

Da muß die Frage aufgeworfen werden: Ist eine Besserung möglich? Ist die Große Berliner in der Lage, Zugeständnisse zu machen? Das muß bejaht werden!

Verteilt sie doch an die Aufsichtsratsmitglieder eine Lantime, die die Summe von 500 Jahresgehältern der höchsten Klasse ausmacht. Kommt der nötige Druck von unten, so wird auch der gelbe Verein mit seinen vielen Mitgliedern der Gesellschaft keine Liebesdienste mehr leisten können. Nur durch Stärkung des Transportarbeiterverbandes werden Erfolge errungen werden. (Beih. Beifall.)

An der Diskussion beteiligte sich auch Herr B i e h s c h, Tempelhof, 4. Vorsitzender des gelben Vereins. In der komischsten Pose wollte er den Anwesenden Glauben machen, daß er voll und ganz mit den Ausführungen Hillers einverstanden sei. Aus vollem Herzen unterschreibe er dies, wenn, ja wenn?? Unter stürmischem Beifall fertigte R i e d e l diesen Herrn ab, indem er ihn an seine Sünden in der Frage der Ruhegehaltskasse erinnerte. Einstimmig wurde sodann folgende Resolution angenommen.

Die am Donnerstag, den 26. Juni 1913 im Marinehaus tagende Versammlung der Straßenbahn-Angestellten, Handwerker und Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die ablehnende Haltung der Direktion in der letzten Vertrauensmänner-Konferenz betreffs Aufbesserung

der Lohnverhältnisse. Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Gesellschaft wohl in der Lage ist, den beschiedenen Wünschen des Personals Rechnung tragen zu können, ohne dabei in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten.

Die Versammelten sind der Meinung, daß es Pflicht des gesamten Personals sei, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Straßenbahner, Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband, anzuschließen, um dadurch in Zukunft ihren Wünschen mehr Nachdruck verleihen zu können.

Ortmann referierte darauf über die Ruhegehaltskasse und ihre Verschlechterungen durch die letzten Satzungsänderungen. Die Indifferenz der Kollegenschaft auszunutzen, gelang es der Direktion, einen Klauselparagrafen in das Statut hineinzubringen. Durch diesen Paragraphen ist es möglich, daß Arbeiter, die nicht mehr in der Lage sind, bei der Gesellschaft zu arbeiten, aber noch 50 Proz. und mehr der Arbeitskraft besitzen, sich eine 20 Prozent, ja eine 35 Prozent Kürzung ihres geringen Ruhegehaltes gefallen lassen müssen. Besonders ein Fall von vielen sei erwähnt. Der Fahrer Albrecht, 19 Jahre im Dienst, überfährt einen Knaben und wird durch die Aufregung nerbenkrank. Mit 58 M. monatlich wird er pensioniert. Nach einem Jahre setzt man die Rente auf 35 M. herunter, mit dem Bemerkten, für die Gesellschaft sei er zwar nicht mehr zu gebrauchen, doch habe er jetzt wieder 75 Prozent Arbeitsfähigkeit. Das Schiedsgericht entschied zu ungunsten des Klägers. Das sonderbare ist nun hierbei noch, daß Neurosenarzt Dr. Plehner 40 Prozent der Erwerbsfähigkeit feststellt, Herr Dr. Schwarze, Vertrauensarzt, ein dem Plehnerschen Attest ganz entgegengehetes erbringt. Die beste Charakterisierung des Schwarzgesichtes ist wohl eine Mitteilung der Berufsgenossenschaft, an Albrecht, er möge schleunigst aufs Land gehen, da der Stadtaufenthalt für ihn gesundheitsschädlich sei. So leben die Wohlfahrtseinrichtungen der Großen Berliner aus. Man könnte einwerfen, es seien keine Mittel vorhanden. Doch ist Geld in der Ruhegehaltskasse in Hülle und Fülle vorhanden. Bei der letzten Abrechnung war ein Vermögen von 11 141 713 M. vorhanden. Daraus gabt wurden für Unterstütuungen 383 145 M., allein an Zinsen schludt die Kasse 419 540 M., das ist den Unterstütuungsausgaben gegenüber ein Mehr von 36 395 M. Hier Änderung zu schaffen ist eine Hauptaufgabe. (Beih. Beifall.) Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Durch die letzten Satzungsänderungen bei der Ruhegehaltskasse sind Verschlechterungen eingeführt worden, die gerade diejenigen Angestellten, Handwerker und Arbeiter am schwersten treffen, die ihre Gesundheit im Dienste der Großen Berliner Straßenbahn gelassen haben. Die Einrichtung der Teil- und Teilpension bei der Ruhegehaltskasse ist lediglich deshalb geschaffen worden, um die Kasse zu schonen und um andererseits der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, als wäre man besorgt, auch den weniger Erwerbsfähigen die Wohlthaten der Ruhegehaltskasse zugute kommen zu lassen.

Die Angestellten, Handwerker und Arbeiter sehen aber aus der Praxis, daß die Einrichtung der stufenmäßigen Pensionierung ihnen nur zum Schaden gereichen muß und verlangen die Abschaffung derselben.

Die heute versammelten Angestellten, Handwerker und Arbeiter erwarten, daß die vom Vorsitzenden der Ruhegehaltskasse schon längst versprochene Zusammenkunft der Delegierten baldmöglichst eintreffen wird, damit eine den Wünschen des Personals entsprechende Umgestaltung der Satzungen der Ruhegehaltskasse in die Wege geleitet werden kann.

Sollte dies wider Erwarten nicht geschehen, so verpflichten sich die Versammelten alle Ruhegehaltskassenmitglieder darüber aufzuklären, daß nur dann die Gesellschaft zu Reformen bereit sein wird, wenn die Angestellten, Handwerker und Arbeiter eine starke Organisation hinter sich haben.

Darauf schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Berlin und Umgegend.

Die Schlichtungskommission für das Berliner Rohrlegergewerbe.

In überfüllter Versammlung nahmen am vergangenen Mittwoch die an dem neuen Vertrag beteiligten Rohrleger und Helfer Stellung zum Tarifabschluß und zur Wahl der Schlichtungskommission. Diese vom Allgemeinen Verband, bemerkte in seinem Bericht, daß Biesenhal noch in den letzten Stunden den Tarifvertrag zu verhindern suchte, was ihm jedoch nicht gelang. Der abgeschlossene Vertrag, der drei Jahre Gültigkeit hat, brachte unter anderem auch eine Regelung des Arbeitsnachweises. Nach hartem Kampf wurde erreicht, daß nur vormittags vermittelt wird. Der Vertrag ist es einmal mit dem Deutschen und mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband abgeschlossen. Um nun ein geregelteres Arbeiten zu erzielen und Biesenhal jede Möglichkeit zu neuen Querstreichen zu nehmen, schlage er vor, nur eine Schlichtungskommission für das ganze Gewerbe zu wählen. Es komme darauf an, die Tarifgemeinschaft immer dichter zu schließen, um so dem Wohl der ganzen Branche zu dienen.

Siering (Deutscher Metallarbeiterverband) erklärt, daß er dem Verdict nichts hinzuzufügen habe. Nur auf einige Mißverständnisse möchte er hinweisen. Um alle Objektivität zu wahren, habe er seinerzeit in einer kurzen „Vorwärts“-notiz darauf hingewiesen, daß zwei Vertragkontrahenten, nämlich der Allgemeine und der Deutsche Metallarbeiterverband, für den Abschluß in Frage kommen. Ebenso stellte Siering noch eine technisch-organisatorische Frage (Versammlungsangelegenheit und Einbindung) richtig und ersuchte, alles möglichst objektiv zu betrachten. Weiterhin ermahnte er die Anwesenden, sich nicht von Leuten, die ein großes Interesse an der Zerplitterung der Rohrlegerbewegung haben, den Kopf verteilen zu lassen.

Dannenberg, Allgemeiner Verband: Das Mißtrauen, das aufgetaucht ist, sei durch die Erklärung Sierings gefallen; die Sache habe sich in Wohlgefallen aufgelöst. Daß bei einer dorartigen Tarifbewegung Mißverständnisse austauschen können, sei klar. Doch trotz allem hoffe er, daß das Zusammenarbeiten von Dauer sein werde.

Der allgemeine Verband glaube wegen seiner Mitgliederzahl ein Recht zu haben, 4 aktive und 4 Ersatzleute (je 8 bilden die Kommission) in der Schlichtungskommission beanspruchen zu können. Es entspreche dies, so wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, auch der Demokratie. Von anderer Seite wurde dagegen, besonders von Siering, geltend gemacht, daß dies ja keine Prinzipienfrage sei. Siering ist von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes beauftragt, zu erklären, daß sie die Kommission gleichmäßig besetzt wünschten, fernermaßen man ja bis jetzt auch gemeinsam gearbeitet habe. Doch würden die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich als gute Demokraten auch nicht aufhängen, wenn die Versammlung anders beschließt. Dannenberg war ebenfalls der Meinung, daß deswegen keine Eifersüchteleien entstehen mögen. Auch die Angehörigen des Allgemeinen Verbandes würden sich dem Majoritätsbeschlusse ohne weiteres fügen.

Die Anwesenden beschlossen sodann, daß das Verhältnis in der Kommission 3 zu 3 sein solle. Es wurden vom Allgemeinen Verband als aktive Mitglieder gewählt: Biese, Jüngling und Landes; als Ersatzleute fungieren Klein, Fritsch Schulz und F. Fiedl. Vom Deutschen Metallarbeiterverband wurden Friedrich, Gedaly, Siering, Freibusch, O. Ficus und Koch gewählt. Die drei erstgenannten sind aktive Mitglieder, die letzteren sind Ersatzleute.

Aktung, Töpler! In der Berliner Volkszeitung vom 26. Juni steht die Firma Pregel in Köln a. Rh. Offener zum Tagelohn von 8,50 M. Wir weisen darauf hin, daß der tarifmäßige Tagelohn für Köln a. Rh. 7,50 M. beträgt. Die Firma Pregel will also den Tarif drücken. Wir ersuchen, das Arbeitsangebot außer acht zu lassen, denn wer zu den von der Firma gestellten Bedingungen dort in Arbeit tritt, macht sich des Tarifbruchs schuldig. Im übrigen könnte auch ein Kollege mit 6,50 M. Tagelohn im teuren Köln kaum existieren; unmöglich wäre es, wenn er Familie hat und diese auch noch von diesem Gelde ernähren sollte. Die Verbandsleitung.

Ein Großbetrieb im Barbiergewerbe.

Wenn auch im Friseurgewerbe ein Großunternehmertum wie in anderen Berufen nicht vorhanden ist, so bietet darin doch eine

Kleines Feuilleton.

Die ein Hohenzoller das Theater förderte. Unter den vielen ergötzlichen Kapiteln von den Hohenzollern und der Kunst ist jenes nicht das schlechteste, das von Friedrich Wilhelm I. handelt. Dieser König wollte vom Theater nichts wissen, das er lediglich als eine Gelegenheit zur Verschwendung ansah. Eine Ausnahme machte er mit dem Direktor Johann Carl v. Edenberg, genannt der „Storke Mann“, dem der Diebhaber der „langen Kerle“ 1717 ein Privilegium erteilte. 1781 erhielt Edenberg dann die Erlaubnis, auf dem Neuen Markt eine Bude aufzuschlagen, doch unter der Bedingung, „honette Sachen, keineswegs aber scandaleuse Saugoten und länderhafte Reden und Actiones zu spielen“. Man sieht, die Zensur des Friedrich Wilhelm war in einem Punkte noch strenger als die der heutigen preussischen Polizei, denn diese verbietet doch nur die „länderhaften Reden“, d. h. die politisch mißliebigen, während sie gegen die „scandalösen Saugoten“ der Lebemanntheater wenig oder gar nichts einzuwenden hat.

Die Kunst Friedrich Wilhelms gegen Edenberg ging so weit, daß er dem Direktor auf eine echt hohenzollerische Art höhere Einnahmen zuschickte: Er sollte nicht etwa selber eine Subvention oder dergleichen, sondern verfügte 1792, als Edenberg in das „Hoftheater“ in der Dreiecksstraße übergesiedelt war, daß die Berliner Beamten Willems zur Komödie zu lösen und täglich einige Vertreter zum Besuch des Schauspielers abzuordnen hätten. Edenberg erhielt sogar in Anbetracht vieler von ihm abgelegten guten Proben“ den Titel Hofkomödiant und die Erlaubnis, ein eigenes Theater zu bauen.

Es versteht sich eigentlich von selbst, daß der Spielplan dieses Hohenzollernspielplans aus dem edelsten und gemeinsten Zeug bestand, das die ohnehin so erbärmliche deutsche Literatur jener Zeit aufzuweisen hatte. Parabeln und „Staatsaktionen“ waren so recht nach dem Geschmack jenes königlichen Gönners. Edenberg durfte sich auch jahrelang ungestraft die größten Hohenheiten gegen sein Personal erlauben, durfte Schulden machen wie ein Baron und sich jeder Anschuldigung hingeben. Erst als er aus irgendwelchen besonderen Gründen in Ungnade fiel, mußte er Berlin verlassen. Unter Friedrich II. kam er wieder, konnte sich aber gegen den mächtigen und ernst gestimmten Schönemann nicht halten. Der neue König bedeutete infolgedessen einen Fortschritt für die Kunstpflege, als er wenigstens die deutsche Kunst in Ruhe ließ. Wollte Gott, das hätten andere Hohenzollern auch!

Eine Stadt ohne Kaiserjubiläum. Aus dem Rheinlande wird einer bürgerlichen Korrespondenz geschrieben: Man sollte es kaum für möglich halten, daß in Deutschland eine Stadt von einigen 80 000 Einwohnern existiert, die vergessen hat, das Regierungsjubiläum des Kaisers zu feiern. Und doch ist dem so. Die Stadt heißt Dillig und liegt im Rheinland an der Köln-Erfelder Eisenbahnstraße. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der üblicher Verweisung die Unterlassungsgründe vorgehalten, und auf die Frage eines Stadtvaters nach den Gründen vermachte der Vorsitzende der Versammlung zu seinem Bedauern eine Auskunft nicht

zu erteilen. Für ihn äußerte sich dann der Stadtschreiber dahin, daß solche Feiern — Vereinsangelegenheiten seien. Zudem sei an die Stadt keine Anregung zur Veranstaltung einer solchen Feier ergangen. Infolgedessen seien auch keine Mittel zu der Jubiläumsfeier bereitgestellt worden.

Glückliches Dillig!

Ein Bronzemann. Glücklicherweise einer, der exportiert werden wird. Die Norweger sollen ihn haben, den Anaben Fridtjof nämlich, den der Kaiser ihnen zum Dank für die Schönheiten des Nordens schenken möchte. Es ist ein richtig gehender, ganz naturgetreue skulpturierter Opertänzer; er hat ein Wärenfell über die Brust geknotet und trägt die edle Rechte auf das Schwert. Dies Schwert wiederum bohrt sich in einen Stein. Es ist alles da und alles wie in der Stegallee. Hoffentlich wird der Name des Sponsors recht deutlich angezeichnet; es wäre einigermaßen peinlich, wenn die Nordleute meinen könnten, dieses 14 000 Kilogramm bronzene Panoptikum wäre ein Wahrzeichen deutscher Kultur. Br.

Zu Fuß von Asien nach Amerika. Als erster Weißer hat, wie die in Christiania erscheinenden „Asienposten“ jetzt melden, der norwegische Zoologe Johann Koren die Beringstraße, jene Meerenge, die Asien und Amerika an jener Stelle scheidet, wo sich die beiden Erdteile am nächsten kommen, zu Fuß durchquert. Das Forschungsgebiet Korens ist besonders das nordöstliche Sibirien, über das die Wissenschaft ihm schon reichen Aufschluß verdankt. Auf seiner ersten sibirischen Expedition im Jahre 1908 verdammt ihn infolge des Todes seines einzigen Begleiters ein hartes Schicksal dazu, monatelang als Einsiedler in der Eiswüste zu leben. Damals hat er sich den Beinamen: „Der norwegische Robinson Crusoe“ erworben. Diesmal war es wieder ein unglücklicher Zufall, der ihn dazu verleitet, das tollkühne Wagnis einer Durchquerung der Beringstraße zu Fuß zu unternehmen. 40 Meilen von der Beringstraße entfernt erließen er und seine Gefährten im Oktober vorigen Jahres Schiffbruch. Es gelang ihnen jedoch, auf Hundeschlitten das Ostkap, die äußerste Spitze Sibiriens, zu erreichen. Dort wollten sie eine Gelegenheit abwarten, um die 92 Kilometer breite Beringstraße bis zum nordamerikanischen Prinz Wales-Kap zu durchqueren. Schwere Stürme machten aber dies Vorhaben lange Zeit unmöglich, und als endlich die Nebelfahrt in einem Eskimo-Walboot gemagt wurde, da kam man nur bis zu den Diomedesinseln. An der Weiterfahrt durch für jedes Schiff verderbliche Eismassen verhindert, mußten sie die Gastfreundschaft der Eskimos in Anspruch nehmen. Ein erster Versuch Korens, mit einem Gefährten zu Fuß über das Eis die Weisspitze der amerikanischen Küste zu erreichen, mißlang, weil Korens Begleiter einen schweren Unfall erlitt. Bald danach brach der Forscher noch einmal allein auf. Ein glütiges Geschick war ihm hold, und nach einem Tage schon erreichte er das Prinz Wales-Kap in Alaska. Auf Hundeschlitten gelangte er dann nach Nome City, wo man aber die tollkühne Leistung nicht wenig erstaunt war. Eingeborene sollen allerdings häufig schon mit Erfolg die Beringstraße gekreuzt haben.

Der Photographieautomat. Zu den mannigfaltigsten Automatenapparaten, die bereit sind, als stumme, immer gefällige Diener und die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse zu erleichtern, ist

nun auch noch der Photographieautomat gekommen. Sein Erfinder ist in junger Engländer, namens Harry Aiston Wolff. Der Automat präsentiert sich äußerlich als ein mächtiger Kasten, an dessen Vorderwand ein großes schwarzes Loch führt. Der sein Inneres Wünsche nimmt auf einem Stuhle vor dem Loch Platz und läßt ein Geldstück in den vorgesehenen Schlitze gleiten. Daraufhin hört er eine elektrische Glocke tönen und ein Schild erleuchtet sich, das ihm die freundliche Aufforderung zuruft: „Achtung, wenden Sie den Kopf nach rechts und lächeln Sie!“ Das künstliche Licht — um unabhängig von der Tagesbeleuchtung zu sein, arbeitet der Apparat mit künstlichem Licht — flammt auf und eine zweite Glocke zieht die Aufmerksamkeit auf den Satz: „Bewegen Sie sich nicht!“ Nach einigen Sekunden erlischt das Licht und drei Minuten später kann der Gephyre sein „wohlgelungenes Porträt“ in Empfang nehmen.

Was ist inzwischen im Innern des geheimnisvollen Apparates vorgegangen? Das eingeworfene Geldstück schließt im Falle den elektrischen Strom und damit tritt der Mechanismus in Tätigkeit. Dieser besteht nicht aus einem Uhrwerk — ein solches würde nicht mit der nötigen Exaktheit arbeiten —, seine 52 verschiedenen Bewegungen werden vielmehr durch einen Elektromagneten ausgelöst. Die auf eine Gelatine-Platte-Basis aufgenommene Photographie kommt zunächst in ein Entwicklungsbad. Nach 20 Sekunden Entwicklung wird der Herborufer nacheinander durch 7 andere Bäder erseht, die das ursprüngliche Negativbild in ein Positiv umwandeln, fixieren, auswässern usw. Für jede Aufnahme werden dabei frische und dabei immer gleich leistungsfähige Bäder genommen. Zuletzt kommt die Karte auf eine Platte, auf der sie durch Klammern festgehalten wird und die mit einer Geschwindigkeit von 5000 Touren in der Minute rotiert. Hier wird ihr durch die Zentrifugalkraft alles Wasser entzogen, worauf sie durch eine Öffnung aus dem Apparat herausfällt.

Notizen.

Friedmanns Serum. Die kanadische Herzvereinigung erklärt, die Versuche mit dem Serum Dr. Friedmanns hätten ein unbefriedigendes Ergebnis gehabt. (Die Berliner Ärzte haben zu ihm auch kein Vertrauen. In Amerika wird mit acht kapitalistischen Mitteln dafür Bekannde gemacht.)

Ein säkularer Naturist. In der sächsischen Schweiz war die malerische Felsenkante am Elbufer durch Sandsteinbrüche und Industrieanlagen vielfach gefährdet. Ein Verein will jetzt für die Naturschönheiten nicht nur von Fall zu Fall eintreten, sondern das ganze rechte Elbufer in einen Naturschutzpark verwandeln.

Die Dornbildung der Radelbäume. Nach den Untersuchungen von Prof. Lemström in Gelsingfors wirken die Radeln von Nadeln und Nadeln und verwandten Nadeln als Elektrizitätsleiter auf die Atmosphäre. Die Nadeln sind danach stets mit einer elektrischen Wolke umgeben, und insbesondere macht sich in ihrem Umkreis eine Anreicherung von Ozon bemerkbar. Dasselbe gilt auch von den Grannen des Getreides. Der Gelehrte nimmt an, daß auch sie Elektrizität erzeugen, die von der Pflanze zu ihrer eigenen Entwicklung verlangt wird.

Ausnahme Herr Paul Arndt, seines Zeichens Dentist, wohnhaft Dahlem, Unter den Eichen 94a. Herr Arndt als Inhaber dreier Feilenwerkzeuge, Bergmannstr. 112, Luisenufer 21 und Alexanderplatz 2, setzt sogenannte "Pächter" für seine Geschäfte ein. Für den Betrieb Alexanderplatz 2 ist dies ein Herr Krause, über Bergmannstr. 112 und Luisenufer 21 regiert Herr Martini. Leider ist es der Organisation nur möglich gewesen, auf die mehr von Arbeitern besetzten Geschäfte Bergmannstr. 112 und Luisenufer 21 Einfluss zu gewinnen. Hier hat auch Herr Martini als Pächter den Tarifvertrag der Organisation unterzeichnet. Weil nun ein neu eingestellter Verbandsgeschäft den Herren ein bißchen zu schief auf die Fingern sah, bestehende Mißstände der Organisation meldete, diese Mißstände auch in einer Betriebsversammlung unter Hinzuziehung der Herren Arndt-Martini klären wollte, wurde er sofort entlassen. Herr Martini engagierte nun mit großem Eifer unter Zustimmung des Herrn Arndt unorganisierte Gelehrte. Die Forderung des Organisationsvertreter, den Gemahregelten sofort wieder einzustellen, lehnte Herr Martini scharf ab, worauf die noch in den Betrieben Bergmannstr. 112 und Luisenufer 21 beschäftigten Verbandsglieder sich mit ihrem gemäßigten Kollegen solidarisch erklärten und die Arbeit sofort niederlegten. Inzwischen war Herr Arndt nicht müde und schaffte von dem Wirtshaus Alexandrinenstr. 80 der Automobil neue Arbeitskräfte heran. Um nun der überzeugten Arbeiterschaft nicht zuzumuten, sich von Nichtorganisierten raffen zu lassen, hat die Streikleitung in dem Hause Sellenstraße 75 eine Kasierstube errichtet. In der Nähe des Luisenufers 21 befinden sich außerdem folgende Tarifgeschäfte: Prieger Straße 14, Scheiber; Walfertstraße 38, Ruhmann.

Deutsches Reich.

In unserer Zeit betr. den Boykott über die Erzeugnisse der Firma Weich in Steint, in der wir unter anderem auch den "Kalobion-Nährsalz-Kaffee" als Fabrikat der Firma Weich bezeichnen, wird uns von der Kalobion-Nährsalz-Industrie Karl Schweitzer, Berlin-Halensee, mitgeteilt, daß jene Angaben unzutreffend seien. — Der Kalobion-Nährsalz-Kaffee wird seit jeher dauernd und ausschließlich in Berlin selbst erzeugt, während die Firma Weich nur ganz vorübergehend zu kleinen Ausschließungen herangezogen wurde. Die Richtigkeit dieser Angaben wurde uns durch vorgelegte Schriftstücke nachgewiesen. Das Steintener Gewerkschaftsblatt hat denn auch den Boykott über Kalobion-Nährsalz-Kaffee sofort aufgehoben.

Zum Polizeikampf gegen den Holzarbeiterverband.

Gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Bromberg des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bernau, wurde ein polizeilicher Strafbefehl erlassen, weil er es abgelehnt hatte, die den politischen Vereinen nach dem Reichsvereinsgesetz obliegenden Pflichten zu erfüllen. Bernau erhob gegen den Strafbefehl Widerspruch. Am 27. d. M. stand Termin vor dem Schöffengericht in Bromberg an. Bernau wurde von dem Rechtsanwalt Heine-mann-Berlin vertreten. Bernau lehnte es ab, für den nicht-politischen Charakter des Holzarbeiterverbandes Beweise anzuführen, er wartete vielmehr ab, was die Anklagebehörde vorzubringen in der Lage war, um nachzuweisen, daß die Zahlstelle Bromberg sich politisch betätigt habe. Dieser Nachweis aber fiel mehr als käuflich aus. Der vernommene Polizeikommissar vermochte lediglich zu bekunden, daß er aus ihm gemachten Aufzeichnungen auf den Charakter der Zahlstelle als eines politischen Vereins geschlossen habe. Genauer nach dem Inhalt dieser Verhörprotokolle befragt, erklärte er, daß er weder sagen könne, wie diese gelaunt hätten, noch wer sie gemacht habe, noch selbst, daß sie sich auf den Holzarbeiterverband bezogen hätten. Er habe daraus nur entnehmen zu können geglaubt, daß alle freien Gewerkschaften politische Vereine seien. Befragt, was er denn unter einem politischen Verein verstehe, meinte der Zeuge, dies wisse doch jedermann. Daß allerdings der Verband auf die Gesetzgebung einzuwirken bezwecke — bekanntlich das einzige Kriterium des politischen Vereins —, vermöge er nicht zu sagen. Er befandete vielmehr, daß er zu einer solchen Annahme keinen irgendwie durch Tatsachen belegten Grund habe. Er meinte nur, der Holzarbeiterverband trage einen "mehr politischen Charakter". Da der zweite vernommene Polizeibeamte noch weniger bekunden konnte, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, auf die das Gericht denn auch in Uebereinstimmung mit einem Urteil der Strafkammer in Thorn erkannte, das vor kurzem ebenfalls die dortige Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes als unpolitisch erklärt und deshalb auch auf Freisprechung erkannt hatte.

In diesen Tagen ist, wie wir hier hinzufügen, noch ein anderer sehr interessanter Rechtsstreit gegen den Holzarbeiterverband beendet worden, über den wir in der Nr. 89 vom 15. April d. J. eingehend berichtet hatten. Die Staatsanwaltschaft hatte versucht, die Zahlstelle Friedland in Schlesien des Deutschen Holzarbeiterverbandes für einen politischen Verein zu erklären. Dieser Versuch war auch in erster Instanz gescheit. Die Strafkammer in Waldenburg erkannte jedoch auf Freisprechung, indem sie die politische Natur der Zahlstelle verneinte. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Das Oberlandesgericht Breslau verwarf jedoch durch Urteil vom 25. d. M. die Revision des Staatsanwalts, so daß das freisprechende Urteil der Strafkammer die Rechtskraft beschritten hat.

Zu der geplanten Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werftarbeiter ist zu berichten, daß den Organisationsleitungen an den einzelnen Orten von den Werftarbeitern resp. den Geschäftsführern der Untergruppen der Arbeiterverbände die Mitteilung zugegangen ist, daß zunächst der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zu den eingereichten Vorschlägen Stellung nehmen muß. Die hierzu einberufene Sitzung findet in diesen Tagen statt. Nach der Sitzung soll den Organisationsleitungen weitere Mitteilung zugehen.

Ausland.

Der Turiner Metallarbeiterstreik beendet.

Nach mehr als dreimonatiger Dauer hat der Streik in der Turiner Automobilindustrie durch einen Vertrag sein Ende gefunden. Nach vor 14 Tagen haben die Unternehmer die Bedingungen zurückgewiesen, die sie sich jetzt anzuweihen entschließen mußten. Allerdings haben auch die Arbeiter von ihren ursprünglichen Forderungen wesentlich heruntergehen müssen. Die Arbeiter erzielen eine geringe Herabsetzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich im laufenden Jahr, zwei Stunden im nächsten und drei Stunden im übernächsten, in welchem der Tarifvertrag abläuft. Der Stundenlohn erhöht sich um 2 Centesimi. Die Unternehmer stellen alle Arbeiter wieder ein und erkennen der Gewerkschaft das Recht zu, bei allen Fragen und Unterhandlungen mit den Unternehmern als Vertreter der Arbeiterschaft aufzutreten. Die Tagesordnung, in der die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde, spricht all denen, die die Streikenden während ihres langen Kampfes unterstützt haben, und vor allem den deutschen Metallarbeitern, den Dank der Arbeiter der Automobilindustrie aus. Der Streik, der 8000 Arbeiter umfaßte, war einer der hartnäckigsten, den die italienische Metallindustrie mit gutem Ausgang ausgefochten hat.

Schutzleute unter der Anklage der Zuhälterei.

Dritter Verhandlungstag.

Am Freitag wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Erster Zeuge ist Ludwig Lohrer. Er war seinerzeit unter den 10 Kriminalbeamten, die vom Dienst entbunden wurden und gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet war. Der Zeuge hat seinen Dienst als Kriminal- bezw. Stenographen wieder aufgenommen.

Er wird haterst nicht bereidigt. Zeuge sagt aus: Die Ortmeier habe ihm erzählt, die Walter wollte Briefe von ihm an den Redakteur Karl Schmidt verkaufen, dieser habe das Material als belanglos bezeichnet, es später aber doch gekauft. Er, Zeuge, ist der Meinung, die W. habe sich an ihm nur rächen wollen. Zeuge war auch in der Friedrichstraße tätig. Von ihnen habe keiner gewußt, wo Thiede die Sachen herbekomme. Sie hätten wohl mal gefragt: „Na, schon wieder einen neuen Anzug?“ Da habe Thiede dann geantwortet: „Ja, ein Kellmeranzug.“ Zeuge kann keine plausible Erklärung geben, was damit gemeint war. Er habe nur dienstlich mit der Ortmeier und der Walter verkehrt, die beide ihn öfter belogen hätten.

Frl. Ortmeier sagt hierzu aus: Lohrer habe von ihr gesagt, sie möge doch sehen, daß sie die Briefe wieder von der Walter herausbekomme, so oder so.

Kriminalhauptmann Lübbe wird ebenfalls haterst nicht bereidigt. Auch er war in der Friedrichstraße im Dienst gewesen. Der Zeuge behauptet, daß Karl Schmidt Zeugen habe beeinflussen wollen, kann aber positive Angaben nicht machen.

Kriminalinspektor und Dr. med. Gith wird als Sachverständiger vernommen. Er ist seit 8 Jahren bei der Polizei tätig und gibt Auskunft, wie der Dienst der Sittenpolizei organisiert ist. Die Kontrolle der Prostituierten wird entsprechend dem Charakter der einzelnen Straßen ausgeübt. Für die Friedrichstraße existiert jedoch ein ganz besonderer Dienst, da von dort die Klagen über die Prostituierten sich sehr gehäuft hätten. Die Beamten haben dort nur ganz bestimmte und kleine Strecken zu beobachten, die sie nicht verlassen dürfen. Zur Verfolgung sind andere Beamten beordert. Die Geheuligkeit, sich der Mithilfe von Vigilanten zu bedienen, sei von der Kriminalpolizei auf die Sittenpolizei übergegangen. Ein strafes Dienstverhältnis mit Vigilanten bestehe aber nicht. Es werden bestimmte Personen, die dazu geeignet erscheinen und darauf geprüft werden, zu dieser Tätigkeit ausgesucht. Die Einrichtung ist getroffen, um Mädchen, die sich der Kontrolle entziehen, festzunehmen und somit Krankheitsüberbe zu verhindern. Die Beamten bedienen sich der Vigilantinnen in Fällen, wo sie selbst nichts erreichen können. Vore Auslagen werden erst, die Mädchen traten aber nie mit Forderungen heran. Sie täten es wohl, wie die Ortmeier gesagt habe, „aus Pöfson“. Auch spielt wohl der Brotneid eine große Rolle dabei. Gesagt werde den Vigilantinnen stets, daß sie auf Vorteile irgendwelcher Art nicht zu rechnen hätten. Wenn eine wieder einen anständigen Brotverdienst aufweisen könne, so werde sie von der Kontrolle befreit. Ein Beamter teile ihr dann dies mündlich und ganz unauffällig mit. Es sei bei der Behörde nicht bekannt gewesen, daß Beamte Geschenke annehmen. Es komme vielleicht vor, daß ein Beamter mal gelegentlich eine Zigarette oder ein Glas Bier erhalte, unzulässig sei es aber, Geschenke anzunehmen. Hebrigen habe nicht Karl Schmidt, sondern Thiede selbst durch seine Anzeige den Stein ins Rollen gebracht. Schmidt behaupte nämlich, daß er es gewesen sei, der die Angelegenheit in Fluß gebracht habe.

Vorsitzender: „Was Herr Schmidt behauptet, ist ja egal.“ Wenn Bachmann der Ortmeier Nachschläge erteilt habe, so sei er dazu allerdings nicht befugt gewesen.

Hier tritt die Zeugin Walter vor und sagt: Die Beamten haben uns erlaubt, auf den Streich zu geben, sie haben, wenn wir mit einem Herrn zusammen waren, so lange gewartet, bis wir fertig waren. Sie haben gefragt,

wieviel wir bekommen haben,

daben mit Kollegen Verkehr gepflegt, damit wir ungehindert arbeiten konnten.

Zeuge Gith, fortsetzend: Die drei Beamten seien sehr pflicht-eifrige Beamten, ganz besonders aber sei Thiede ein

forscher und klügender Beamter,

der positiv das meiste geleistet habe unter den Beamten. Vom medizinisch-psychologischen Standpunkte könne er die Prostituierten dahin charakterisieren: Halluziniertheit, ihr Leben einzurichten; Jügellosigkeit der Affekte und dann Lügenhaftigkeit. Eine wissenschaftliche Richtung vertritt die Ansicht, daß die Prostituierten durch ihre angeborene Minderwertigkeit zu ihrem Gewerbe prädestiniert seien. Daß sie durchweg hysterisch seien, treffe nicht zu, auch spreche dafür, daß selten mal eine turbulente Szene bei ihrer Vernehmung sich ereigne. Mit der Ortmeier sei er wenig zusammengekommen, er halte sie aber für hysterisch. Gewundert habe er sich allerdings über ihr außerordentlich ruhiges, sicheres und vorteilhaftes Auftreten hier vor Gericht. Im allgemeinen hätten die Beamten Weisung, an Schimpfereien, wie sie alljährlich vorkommen, vorbeizugehen, aber nur, soweit es nicht öffentlich geschehe oder darunter die Autorität der Beamten und der Behörde nicht leide. Es wäre im Falle Thiede richtiger gewesen, wenn er Anzeige erstattet hätte wegen der Beschimpfungen auf der Wache.

Kriminalwachtmeister Relis

behandelt über die Verhöre, die er mit den beiden Zeuginnen Ortmeier und Walter vorgenommen hat. Die Ortmeier sei direkt, ohne Vorladung und ohne die Anzeige, die Thiede gegen sie eingereicht, zu kennen, zu ihm gekommen und habe Thiede beschuldigt, u. a. morgens in ihre Wohnung gedrungen zu sein — und zwar in betrunkenem Zustande.

Hier bittet Thiede um das Wort, und wendet sich heftig gegen die Ortmeier. Diese wiederum gerät — zum ersten Male während der Verhandlung — in große Erregung und ruft in den Saal: „Der lügt ja wie gedruckt!“

Der Vorsitzende rügt diese Bemerkung. Frida Ortmeier: Nachtriefel habe ich ihm nicht gekauft, es waren braune Stiefel, die hat er sich später schwarz färben lassen!

Frau Thiede: Ich bitte nun schon tagelang hier und muß mir mit blühendem Herzen die Unwahrheiten der Zeugin anhören. Nichts habe ich bekommen als ein paar Stückchen Sped, so groß wie ein Affenfuß und ein paar Würste, und das habe ich bezahlt.

Vorsitzender: Ja, Frau Thiede, warum haben Sie es denn genommen, Sie wußten doch, daß die Ortmeier keinen Kaufscheck hatte.

Frau Thiede: Ich fürchtete, die Ortmeier würde meinem Ranne nicht mehr Dienst leisten.

Zeuge Relis, fortsetzend: Später sei Thiede nach Angabe der Ortmeier öfter erschienen, da sei es zum

intimen Umgang

gekommen. Auch daß sie ihn

eingesseidet

und mit

Geld und Lebensmitteln

unterstützt habe. Schon am Tage nach der Ehekung des ersten Anzuges sei Frau Thiede zu ihr gekommen und habe gesagt: „Na, den Wackerlohn können Sie uns auch geben, das ist ja gerade das Teuerste bei Kleibern.“ Ihre Neuherungen habe sie damals widerzueren, weil, wie sie sagte, Mitleid mit Thiede sie dazu getrieben habe.

Die Zeugen werden hierauf bereidigt, mit Ausnahme der Ortmeier, die verdächtig ist, sich der Begünstigung schuldig gemacht zu haben durch die Zurücknahme ihrer damaligen Aussage.

Hierauf nahm

Staatsanwaltschaftsrat Döpffer

das Wort zu seiner Anklagerede: Wer seinerzeit, als die Angelegenheit ihren Anfang nahm, die Presse verfolgte, konnte zu der Annahme gelangen, daß hier ein „Polizei-Panama“ ausgedeckt worden sei. Die Beschuldigungen hätten sich aber bei der Untersuchung zum größten Teil nicht aufrecht erhalten lassen. Lediglich die drei Fälle, über die hier verhandelt wurde, wären übriggeblieben. Er habe, als der Prozeß seinen Anfang nahm, gewünscht, daß auch die drei Angeklagten sich befreien könnten von den Anschuldigungen, doch sei ihnen dies nur zum Teil gelungen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt er zu dem Schluß, daß die Tatbestandsmerkmale einer Bestechung für alle drei Angeklagten nicht vorhanden seien und die drei von dieser Anklage freigesprochen werden müßten, da sie sich eines Amtsver-

brechens nicht schuldig gemacht hätten. Es könne dahingestellt bleiben, ob Seegerbarth die von der Walter erhaltene Seide besitzen oder geschenkt erhalten habe, da festgestellt sei, daß diese Zuzahlung nicht gegeben wurde in Erwartung eines Vorteils. Bezüglich des Geldes, das sie ihm gegeben wolle, ließen sich keine Schlüsse ziehen, denn die Walter habe hierüber die Aussage aus strafrechtlichen Erwägungen verweigert und sich nur einmal unabsichtlich vergaloppiert. Es sei insulgebessenen nicht zu ersehen gewesen, unter welchen Umständen das Geld gegeben worden sei.

Was Bachmann anbelangt, so könne aus dem Darleben, das er sich von der Ortmeier geliehen haben soll, ungünstige Schlüsse nicht gezogen werden. Bei den übrigen Summen, die die Ortmeier ihm gegeben haben will, sei es auch nicht erwiesen, daß es als Entgelt für Dienstleistungen gedacht war.

Auch bei Thiede könne von Bestechung keine Rede sein, da die Ortmeier selbst bekundet hat, keinerlei Begünstigungen erbot sich noch erhalten zu haben. Anders sehe es aber mit der Frage der Zuhälterei.

Zuhälterei.

Diese sei

im vollsten Umfange erwiesen.

Die Anklage gegen ihn stehe und falle mit der Aussage der Ortmeier. Gewiß, bei einer Vertreterin ihres Gewerbes sei es üblich und ratsam, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Nicht aber könne man ohne weiteres sagen, daß eine Prostituierte unter allen Umständen unwahrhaftig und eines Meineides fähig sei. Es liege auch noch mehr vor, wie die Aussage der Ortmeier — ihre Briefe und Thiedes Briefe. Diese bewiesen, daß von einem dienstlichen Verhältnis zwischen beiden keine Rede sein könne. Auch bestimmte Angaben könne sich die Ortmeier nicht aus den Fingern gezogen haben, z. B.: „Komme an meinem Geburtstag nicht, es könnten an dem Tage gerade Kollegen da sein,“ oder die Äußerung der Frau Thiede zu Pfingsten 1911: „Geh heute abend nicht rüber zu Fräulein Ortmeier, ihr Bruder wollte kommen. Bleibt hier, ich mache Euch das hintere Zimmer zurecht.“ Weiter die Bemerkung der Ortmeier, als sie bei der Vernehmung mit Thiede zusammentraf: „Na, den Schmidt hast Du Dir ja schon zurecht gelegt.“ Die Ortmeier habe hier vor Gericht ihre Aussagen in sehr ruhiger, klarer und bestimmter Form gegeben, und die anderen Zeugen konnten Tatsachen für die Unglaubwürdigkeit der Ortmeier nicht vorbringen. Die Sachen hat sie Thiede zweifellos geschenkt. Das sei Zuhälterei. Thiede wußte, wie und wo die Ortmeier ihr Geld verdiente. Allerdings habe sie nur teilweise zu seinem Lebensunterhalte beigetragen. Aber das sei doch schon beträchtlich, wenn man bedenke, daß es in 1½ Jahren sich schätzungsweise auf circa 1000 M. belief.

Bei Frau Thiede stehe es fest, daß sie die Ortmeier wiederholt aufgefordert hat, zu ihrem Ranne zu gehen. Sie hat in zwei höchsten Gelegenheiten zur Inzucht geboten. Es komme in Betracht, daß die Thiedes jährlich circa 3000 M. Gehalt zu bezehren hatten und durch Vermieten eines möblierten Zimmers noch etwa 400 M. im Jahr hinzuverdienten, außerdem kinderlos sind.

Erschwerend sei der Umstand, daß er als Beamter so gehandelt, während die Tatsache, daß ihm das Zeugnis eines äußerst

pflichttreuen und tüchtigen Beamten

ausgestellt werde. Er beantrage gegen Thiede wegen Zuhälterei 9 Monate Gefängnis, gegen Frau Thiede wegen Kuppelei 4 Wochen Gefängnis. Ferner beantrage er, dem Thiede die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren abzuschneiden. Von dem Antrag auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sehe er ab, um dem Angeklagten den Wiedereintritt in die bürgerliche Gesellschaft nicht zu erschweren. Bachmann und Seegerbarth beantrage er, freigesprochen.

Die Verteidiger beantragen Freisprechung.

Nach längerer Beratung verhandelte Landgerichtsdirektor Schmidt folgendes

milde Urteil

des Gerichts wie folgt:

Die Hauptfrage bei der Verhandlung war die Frage, ob die Zeugin Ortmeier glaubwürdig ist oder nicht. Das Gericht hat die Zeugin für glaubwürdig erachtet, obgleich ihre eibliche Aussage in dem Ehescheidungsprozeß Müller direkt das Gegenteil von der eidlichen Aussage darstellt, die der Zeuge Müller hier im Prozeß gemacht hat. Der Ehescheidungsprozeß mag auch ergeben haben, daß die Behauptungen der Zeugin von anderen Zeugen nicht bestätigt wurden, aber der Ehescheidungsprozeß ist ja noch nicht zu Ende. In dieser Verhandlung haben sich diese Momente ergeben, die für die Richtigkeit der Angaben der Ortmeier sprechen und persönlich hat die Zeugin einen guten Eindruck auf den Gerichtshof gemacht. Daß sie hysterisch sei, hat das Gericht nicht wahrgenommen, sie hat nach Ansicht des Gerichts auch keine Nachsucht gezeigt. Andererseits weist auch das Verhalten der Thiedeschen Eheleute darauf hin, daß die Angaben der Ortmeier richtig sind. Die Briefe ergeben mit aller Deutlichkeit, daß zwischen Thiede und der Ortmeier nicht etwa ein Verhältnis wie zwischen einem Vorgefunden und einem Untergebenen geherrscht hat, sondern daß ein intimes Verhältnis vorgelegen haben muß. Es muß auch zugegeben werden, daß allerdings die Briefe Andeutungen auf einen geschlechtlichen Verkehr nicht enthalten, aber die sonstigen Tatsachen sprechen dafür, daß die Behauptungen der O. nicht unmaß sind. Sie haben sich in einem gegebenen Moment verurteilt; Thiede hat aber nachher den Verkehr wieder fortgesetzt, ebenso die Frau nach dem Strauß, den die O. vor der Polizeiwache auf der Straße gemacht hatte und Thiede hat sich nicht geschert, den Verkehr noch zu unterhalten, nach dem die Unterladung schon eingeleitet war. Er hat mit der O. nach postlagernde Briefe gewechselt und das intime Verhältnis muß noch bis Mai 1912 bestanden haben. Dazu kommt, daß die O. verschiedene Tatsachen bekundet hat, die sie unmöglich sich einfach aus den Fingern gezogen haben kann. Die Aussage der O. wird außerdem durch die eigenen Angaben der Thiedeschen Eheleute bestätigt. Wenn letztere behauptet hätten, niemals Geld oder sonst etwas erhalten zu haben, dann würde man sagen können: es steht Aussage gegen Aussage. Sie geben aber selbst zu, drei Anzüge, einen Paletot und Nahrungsmittel in großer Menge von der O. erhalten zu haben. Da muß man doch fragen: weshalb haben sie denn diese Sachen angeblich „gekauft“? Die Ausrede, daß dies geschehen sei, um die O. als Agentin für sich zu erhalten, greift nicht durch; es ist ja auch nur einmal passiert, daß Thiede die Dienste der O. in Anspruch genommen hat — was auch nur zufällig war. Sind aber die Angaben der O. richtig, so folgt daraus, daß Thiede sich strafbar gemacht hat, allerdings nicht der Bestechung; denn es ist nachgewiesen, daß Thiede für die Vorteile, die er empfangen, der O. ein Äquivalent in amtlicher Eigenschaft nicht gewährt hat. Das selbe ist bei Bachmann und Seegerbarth der Fall, die deshalb freigesprochen worden sind. Thiede ist wegen Zuhälterei zu bestrafen, weil er von einer Frauensperson, von der er wußte, daß sie ein unethisches Gewerbe betreibt, sich hat Vorteile und teilweise Lebensunterhalt hat gewöhren lassen.

Bei der Frau Thiede hat das Gericht die Frage, ob sie sich der Kuppelei schuldig gemacht hat, verneint. Es ist nur ein Fall erwiesen, in welchem sie — am zweien Pfingstfeiertage — die Wohnung ihrem Ranne und der O. überlassen hat. Andere Fälle sind nicht erwiesen. Aus rechtlichen Gründen muß sie freigesprochen werden insofern, als sie nicht gewohnheitsmäßig gehandelt hat. Es ist aber auch nicht festgestellt worden, daß sie aus Eigennutz gehandelt, sondern sie mag vielleicht geglaubt haben, ihrem Ranne für seinen Verfall einen Dienst damit zu erweisen.

Bei Abweisung der Strafe gegen Thiede ist berücksichtigt worden, daß er ein Beamter war und die Zeugin Ortmeier doch in ganz erheblicher Weise ausgenutzt hat. Nach der Angabe der O. beziffert sich die Summe der Auszahlungen, die sie für ihn gemacht hat, auf etwa 1000 M. Andererseits ist er noch nicht bestraft und ferner ist berücksichtigt worden, daß die Zuhälterei doch nicht so schlimm war, wie sonst in Fällen der Zuhälterei. Nach alledem hat das Gericht den Thiede zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Abschneidung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zu erkennen, hat der Gerichtshof keine Veranlassung gefühlt. — Die übrigen Angeklagten hat das Gericht freigesprochen.

Diese Woche:
Saison-Ausverkauf

Enorm billige Angebote
in fast allen Abteilungen

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wurstwaren

- Cervelat- oder Salamiwurst Pfund **1.40**
- Schinkenwurst Pfund **1.40**
- ff. Leberwurst Pfund **1.10**
- Landleber- od. Rotwurst | Pfund **95 Pf.**
- Brühpölnische Pfund **90 Pf.**
- Zwiebel- od. Rotwurst .. Pfund **55 Pf.**
- Schinkenspeck Pfund **1.10**
- Nusschinken Pfund **1.40**
- Speck ^{fett} Pfund **75 Pf.** ^{mager} Pfund **90 Pf.**
- Neue Kartoffeln 5 **35 Pf.**
- Matjesheringe **8, 12, 15 Pf.**

Lebensmittel

Soweit Vorrat. (Nicht am Spittelmarkt) Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Garten-Erdbeeren .. Pfund 35 Pf.	Kohlrabi Mandel 15 Pf.
Kirschen ^{sauer} Pfund 20 Pf.	Junge Mohrrüben .. Band 5 Pf.
Johannisbeeren Pfund 20 Pf.	Junge Schoten Pfund 15 Pf.
Blaubeeren Pfund 35 Pf.	Bohnen Pfund 20 Pf.
Stachelbeeren ^{unreif} Pfund 18 Pf.	Grüne Gurken Stuck 10, 15 Pf.

Butter und Käse

- Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket **60 Pf.**
- Schweizer Käse Pfund **90 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **85 Pf.**
- Limburger Käse Pfund **45 Pf.**
- Romatour Käse Stuck **29 Pf.**
- Kakao Pfund **68, 95 Pf.**
- Haushalt-Schokolade Pfund **68 Pf.**
- Pudding-Pulver, Rote Grütze mit verschied. Geschmack (gefärbt) 5 Pack **28 Pf.**
- Himbeersaft 1/2 Flasche **50 Pf.**
- Frische Eier .. Mandel **75, 85 Pf.**
- Kaffee .. 1/2 Pfund **65, 70, 75 Pf.**

Kassler Pfund **88, 95 Pf.**

Rehblätter **1.60, 1.95**

Frisches Fleisch

in guten Qualitäten, zu billigen Preisen.

Junge Gänse ^{Pfl.} **70, 80 Pf.**

Gänseklein mit Magen.. **88 Pf.**



Sessel **5.25**



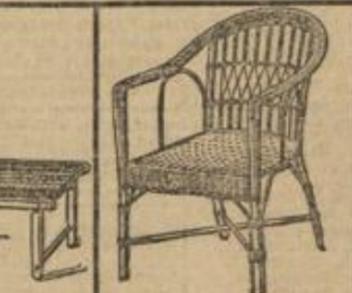
Liegestuhl **1.45**



Liegestuhl mit Armlehne **1.75**



Liegestuhl mit Armlehne und Fusstütze **2.75**



Sessel.. **4.90**

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktion-Gesellschaft

Spezial-Arzt
Dr. med. Wockenfuß
Haut-, Horn-, Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung.
Schnelle, gründl. schmerzlos. Behdlg.
Friedrichstr. 125 (Oranienburger Tor)
Nabe Friedlöhstr. u. Stett. Bahnh.
Sprechst. 1-1 u. 5-8. Sonnt. 9-11.

Hygienische Haar-Pflege

Thermal-Shampoo flüssig

95% natürliche Thermal-Mineralien

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr. Stahlschmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten **Aachener Thermal-Quellen** gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut und kranke Haare und verleiht nach wenigen Waschungen eine dauernde Haarfülle. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. Zu haben in allen Drogerhandlungen. **Wermann & Co., Berlin-Friedenau. Tel.: Umland 3700.**

Getragene

Waghgarde von Herrschaften, Kapellieren etc. in ersten Überflüchten geachtet (eing. auch auf Seide), für jede Figur, auch flüchtige Kleider Herren, Damen, auf Lager. Höchster Ankaufspreis bis 100 M. - Heben zum Verkauf: **10, 14, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 M.**

Abt. II: Neue Bekleidung.

Institut für Verleihung eleg. Gesellschafts-Garderobe.

Garderobeh. Gr. Frankfurterstr. 116 a. d. Kurbaststrasse.
2. Gesch.: Chausseestr. 89.

Als im Zwickauer bismarck fatter, waldf. wälderbarbar. Gaffanka in D. Gentes' Wildfangpfeifenloos

Goldperle

aufhaken wehren, wird für alle minderwertigen Handfahrungen antrifft gerührt u. affete beim fentruil stals auf dem Roman Goldperle und Tefitzmorte Tefortpfeifenloos!

Vertretung und Lager bei **Hermann Kunder, Neukölln, Herfurthstr. 25.**

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavalleren nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
 Monats-Jackott-Anzüge 6, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M.
Einster, sehr billig.
 Große Abteilung neuer Garderobe
Meldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nabe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Ausnahmepreise!

Hans A. B. Koch

Kohlen-Briketts-Großhandlung

Lagerplatz u. Hauptkontor **BERLIN O. 17**
Rüdersdorfer Straße 71.
 Tel. Amt Königstadt 3040 u. 3003.

Ab Platz:
 la Bruch-Briketts . . . Ztr. 75 Pf.
 la Halbstein-Briketts . . . 85 .
 la Marinsplück . . . 90 .
 la Diamant ges. gesch. . . 1.-M.
 la Paris des Bergbaus ges. gesch. unüber-troffene Qualität, größtes Format . . . 1.- .
 la Cadé Marke Diamant . . . 2.20 .
 sowie sämtliche anderen Brenn-materialien.

Von 5 Ztr. ab billigere Preise. Handwagen stehen meinen werten Abnehmern gratis zur Verfügung. Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69, Laden.

Iwan A. Rodionow

Unser Verbrechen.

Grieches - nicht Erdäpfel.
 Ein Roman aus dem russischen Volksleben.
 Statt 4 M., jetzt 1.50 M.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß!
Garantie für tadellosen Sitz

Julius Fabian

Schneidermeister

I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft:
Turmstr. 18 | Kein Laden

III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14
Nur 2. Etage

Oskar Wollburg,
56 Brunnenstrasse 56

Billiger Verkauf

wegen Umbau und Erweiterung des Geschäfts.

Für die Reise

selten günstige Kaufgelegenheit.

Blaue Kammgarn-Kostüme, ^{schicke} ^{Fassons} **12.50 M. an**

Engl. Kostüme ^{in modernen} ^{vornehmen Farben} **9.75 M. an**

Alpaka- u. Popeline-Mäntel ^{kleidsame Formen} **13.50 M. an**

Frauen-Mäntel ^{in Tuch, Ripps etc.} ^{auch f. starke Damen} **16.75 M. an**

Kostüm-Röcke, ^{schwarz, marine} ^{und engl. Art} **2.50 M. an**

Anfang August wird mein Geschäft in der Brunnenstrasse durch Hinzunahme des Nebenhauses Nr. 57 um das Doppelte vergrößert.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. - Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Kombi-Messing- u. Römertank-Keil.
C. 25 Barickstr. 58, Fernsp. Kgl. 13708

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger-Laden, Charl., Wallstr. 69

Auto-Fahrschulen

Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. tgl., Teils. gest.

Bäckerlein, Konditor.

**Blotner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Asma, Wlth., Uckerstr. 11.
Friedr. Barz, Landeb. Allee 140
Paul Berger, Mühlbachstr. 29
K. Biedermann, Gryphstr. 18
Paul Dilly, Markusstr. 15
Albert Denkewitz, Jählichstr. 14
Dollwa, Ferdinand Torlostr. 4

Brot-Fabrik, Vorwärts
Hermann Ulrich, Köpenick

Franz Paulwetter, Mauelfeldstr. 57.
Friedr. Flemming, Kuchengasse 37.
E. Freyer, Himmelsstr. 72, E. Markstr.
Georg Geuz, Memelerstr. 20
A. Gessner, Petersburgerstr. 28
Tilanderstr. 71

Gummlor, R. Posenerstr. 15.
Göring, Hugo Greifswalderstr. 225
M. Gruschka, Königsbergerstr. 25

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Hildorf.
Gegründet 1898.

Hoppe, Neukölln, Kramersk., Adalbertstr. 64
Max Kullert, Landeb. Allee 29
Ernst Kläster, Frankf. Allee 197.
Felix Kyanat, Dänestr. 5.
Grüner
Ladenhörn, O. Weg 54.

Emil Lioska, Grüner Weg 123.
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42
Carl Lindenberg, Lychnstr. 4
August Mante, Ebertstr. 97.
Hermann Markau, Rigauerstr. 107
Matke, Gipsstr. 9.

E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.
Mühlhoff, Spandau, Bismarckstr. 5.
Fritz Müller, Grilferstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wilmersbergstr. 8.
Friedrich Oke, Madalstr. 10.
Fam. Otto, Danzigerstr. 21
Herm. Probst, Nendenndamm.
Friedrich Probst, Andrasstr. 31

Bäckerei „Nordstern“
Inh. Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft
Neichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19a

Otto Roetwisch, Simon-Dachstr. 1.
F. Riebelen, Samariterstr. 11.
Arthur Roemer, Kath. Damm 101
Walter Rohr, Anklamstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Helm. Schubert Boxh., Chaus. 5/6
Sikorski, Weißense, Eisenstr. 11
R. Schade, P. Allee-St. 5 Fil. O. u. N.O
Paul Sorge, Proskauerstr. 21

Rich. Schenk
Markus-
Straße 28.
P. Schläpfer, Anklamstr. 15.
Gustav Schöffsch, Dolzigerstr. 31
Paul Schulz, Hufelandsstr. 3
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
P. Sygusch, Schönb. Allee 180
Gustav Taupitz, Prins-Allee 61
Carl Tennert, Schleierschtr. 19.
F. Tiedemann, Boxh.-E., Kastel 47.

Turban
Filialen in allen Stadt-
teilen.

Josef Ulrich, Manteuffelstr. 105.
Volksbrot, E. G. m. b. H.
Otto Wagnitz, Müllerstr. 28
Ludwig Walter, Hufelandsstr. 37.
Fritz Wahl, Kopenstr. 46
K. Walter Jr., Löwenstr. 19

Hermann Wendt
Chorinerstr. 83
Fli. Ackerstr. 1

Clemens Weise, Jählichstr. 1
Brotfabrik
Wilhelma
Andreasstr. 22.

Otto Winkler, Nannysstr. 72.
E. Wolff, Grüner Weg 75.
Zählke, Glitzerstr. 7, G. G. 121. 32a

Badeanstalten

Arbora-Bad, Anklamer-Str. 34.
Landbergerstr. 107
Göllnowstr. 41.

Bürgerbad
Websterstr. 40b
Ami Kgl. 294.
Cantla-Bad, Münzstraße 2.

Central-Bad
Neukölln
Ansegrubenerstr. 25.
Münchener Bad
Neukölln,
Münchenerstr. 21

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 136.
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Lützow-Allee 115
Bad Hufelands, Hufelandsstr. 45.
Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. a. 53.

Original Lohantien Bad
früher Münsel, Wallstr. 70/71
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Boxhag-Str. 17
Lief. d. Kassen

Bad Ostend
Kottbuser-
Damm 79.

Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 68.
Silesia-Bad
Schlesische Str. 21.
Viktoria-Bad
Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummis.
R. Haake, Stralauer Str. 58.
Berkholz, Köpenickerstr. 76.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Loye, Schöneberg, Grenzwallstr. 18.
Neyer, P. Müll., Berlinerstr. 45-50

Erscheint 2 mal wöchentlich.

J. Ch. Polimann, Lehrtr. 68.
Reiche, A. Seydelstraße 15.
Lief. aller Kassen

Beleucht.-Gegenst.

Böttner, A., Dammgr. 96.

Drogen u. Farben

Reinh. Axmus, Gerichtr. 10.
Gustav Borsig, Weidenweg 80.
Brunnenstr. 108 u. 157 Apotheker
H. Wiegelt.
Prinz Handjerlestr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klinke, H., Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 228

Neukölln
Kneisebeck-Drog., Hermannstr. 119.
Kroning-Adler-Drogerie, Kanstr. 7.
P. Lehrke, Köpenickerstr. 11-12, Parfüm
Alfr. March, Culmstr. 27.
Reithaus-Drogerie, Skilla Deaustr. 24.

Neukölln
Hermannstr. 57. G. R. Frenzel.

Alfred
Prinzenstr. 103 Hoffmann
Fr. Schlassmann, Liebaustr. 22.
Hugo Schütz, Müllerstr. 166a.
Hyg. Gummi, Photoz.-Artikel.

Drogerie
Pallasdenstr. 45 Karl Seidel.
Güterstraße Wilhelmshofstr. 45
Erich Probst
Drogen, Hyg. Gummi, Gummi Milieu,
Wein-Drogerie, Reithausstr. 24
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

Neukölln
Bettfedern u. Betten
G. Behrends, Teik. Esselbecker 104
Bullnack, Fehrbellinerstr. 7, E. Schick 1.
Carl Henze, Andrasstr. 16, Reilig 107
Landsberger Allee 149
reell und billig.

Beerdig.-Anst., Sargm.
Bredlow-Werke, Wilmersbergstr. 25
Otto Büttner, Neukölln, Hopfenstr. 11.
Milla, Bohnenzollernpl. 17
Kurtz u. Rüd. Kraakhaus.
Oppelstr. 1
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170
Hansch, Weißense-Friedrichstr. 191
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 27
Gust. Nohert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeyer, Strollitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wlth., Zausenstr. 11.

Berufsbildung
Keller, Otto, Gerichtr. 66.
Roter-Laden, Schöneb., Hasylstr. 108

Bierbrauerei, Bierh.

W. Adelong & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Potsdam, Ege-Nelert
Berlin SW, Tempelhofstr. 15
Brandenburg, E. Wilhelmstr. 119
Spez. Potsd. Stangebier

T. J. Lager-
u. Malcher
Bergbrauerei Weißensee

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Weiß- u. Malz-
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 11

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Willner
Pankow.

Groterjans
Malzbier, Schick-Allee 119, T. III, 6069

C. Habels Brauerei
heil - Habelbräu - Dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 120 d.

Unser
Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin

Löwen-Brauerei
vorige Füll- und
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Verlins-Brauerei Teutonia, NW 07.

Alexanderstr. 14
Zeichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Jenke).

Fahrräd., Nähmasch.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönehauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischauf
Brunnenstr. 25.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrd., Schallpfl. Weidenstr. 47a
W. Malloeschky, Oberbaumstr. 2, Bey

Färbereien, Wäschere.
Groß-Dampfwäscher
"Spreonix"
Berlin S.O., Purlicerstr. 5-4
Tafelw. Wäsche! Billigste Preise!

Wilhelma
-Anstalt
Conkordia
Gerichtstraße 23
Tel. III 1509

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damen-garder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Hildorf, Schöneberg

15 Detail-
Geschäfte.
August Holtz

Bezugsquellen-Verzeichnis.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
43 eigene Detailgeschäfte

With. Pleß, Buttergröhdg.
Berlin C. 54, Rosenkalerstr. 40
(Häckerstraße/Fernsp. A. Nord 3137)

Schulz, Arth. Müll., Hermannstr. 53

Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48
Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolate
Adler's Konditorei, Wraselstr. 57.
Althaus, Krüter-Tsch. Lützowstr. 16.

STOLWERCK
Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aroma.

Cylix, G. Filialen in all
57 Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergstr. 72

Seiffert, E. Filialen in Berlin
und Vororten

**Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg**

Cigarrenhandlungen
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79
Bismarckstr. 77, Adalbertstr. 18
Klein, Wilh. Müllerstr. 164,
Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW, Wlthstr. 47.
J. Nothmann, NW 97, Turmstr. 59.
G. & S. Peterke, S.O. Köpenickerstr. 14.
W. Schwärz, N. O. Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Ecks-Deiner'sches

Damenkonfektion
Dombrowsky, Charl. Feid-Str. 11
Anspr. 204
Kottbuserdam 78
Restat, J. Brunnenstr. 38

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Ain, O., Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 4
W. Alner, Mühlackstr. 34.
Herm. Braun, Landebg. Allee 148.
Otto Bellig, Grüner Weg 49
Wraselstr. 60.
Emil Braun, Adrasstr. 75 Ecks-Deiner-
str. 204.
F. Beutel, Nkl. Kaiser-Friedrichstr. 77
Flask. E., Spandau, Schickw. Allee 34.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Fritz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 123.
Eugen Houm, Nkl. Wlthstr. 19

Hingluth, Hermannstr. 172.
Berlin
Güterstr. 26, 28.
Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Soest.
F. Schubert, Teigt. 10, E. Schickstr.
Selich, Th., Skilla, Hermannstr. 48
E. Tirow, Schief., Waldemarstr. 72

H. Ruckstroh
Müller-
Straße 29.

Alexanderstr. 14
Zeichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Jenke).

Fahrräd., Nähmasch.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönehauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischauf
Brunnenstr. 25.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrd., Schallpfl. Weidenstr. 47a
W. Malloeschky, Oberbaumstr. 2, Bey

Färbereien, Wäschere.
Groß-Dampfwäscher
"Spreonix"
Berlin S.O., Purlicerstr. 5-4
Tafelw. Wäsche! Billigste Preise!

Wilhelma
-Anstalt
Conkordia
Gerichtstraße 23
Tel. III 1509

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damen-garder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Hildorf, Schöneberg

15 Detail-
Geschäfte.
August Holtz

G. Kullick, Färb., Wäscherei
Fil. Scharf Adalbertstr. 1, Weidenweg 41
Wraselstr. 16, Wraselstr. 7.
Hildorfstr. 16, Hermannstr. 37-38

Fleischer u. Wurstw.
G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74
August Blinzel, Eisenstr. 74.
Kaiserin
Augusta Allee 3.
Hans Böhm, Weidenweg 21.
A. Bentele, Theaterstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkenfabrik.
Berlin-Schöneberg, Eisenstr. 17-18
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eilbingerstraße 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 43.
Durge, O. Finowstr. 5.
Thilo Dörgerke, Lützowstr. 27
St. Doroszewski, Ebertstr. 28.
W. Döber, Schivelbeinerstr. 27.
August Fenger, Grödenstr. 27.
Feyerherm, F., Alt-Bahnhof 11.
W. Friedmann, Nkl., Warthestr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gercke, Petersburgerstr. 31
Albert Götz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Taurroggenstr. 19.
Gustav Gilra, Waldemarstr. 21.
Rob. Glens, Weidenweg 14/15/16
Neue
Hochstr. 27.
Oranien-
Straße 17.
Fleisch-u. Aufzucht-
Centr., Wlthstr. 159.
O. Gleich, Neukölln, Kottbuserstr. 7
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
E. Harzbecher, Dolziger
Straße 9
A. Herold, Ackerstr. 62
O. Hermann, Lichting-, Oderstr. 4
Heinrich Höhne, Skillastr. 97.
Köpenicker-
str. 5.
Fr. Jansch, Kath. Damm 16, Fleisch- u. Wurst-
H. Fleisch-u. Wurstw.
Menseufelderstr. 109.
Heinr. Johann, Ziethestr. 41.
Wilhelm Kitz, Kniproderstr. 118.
Pritz Klein, Kottbuserdam 12.
Moabit
Hüttenstr. 17.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 11.
Fritz Koebe, Kl. Andrasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112. Weichenstr. 15
Königsbergerstr. 27.
K. Kopp, Reichel-, Seidenstr. 144.
H. Kunert, Schönbg., Gohndamm 41.
A. Lange, Reichel-, Scharw. 118
Rob. Lindner, Neukölln,
Niemenstr. 8.
Wilhelm Lieberr, Weiden-
weg 78.
Fr. Lindemann, Endenr. 48.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelstr. 11.
Lochmann, Malpagastr. 32.
Luebbe, Joh. Rostockerstraße 43.
Fleisch u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 100.
Mark Fleischk., Skilla, Warist 75
Paul Matischek, Theaterstr. 17
M. Meuserberger, Skilla, Kanstr. 16
Max Metzler, Rigauerstr. 16.
Greifenhagen-
Straße 29
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Nebrowsky Frankfurter
Allee 175.

W. Zimmermann
Norddeutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale
Secr. 113.
Auklamstr. 17

Paul Nuss Stolpische
Große
Frankfurterstr. 12.

P. Reichel Wurstfabr., Landebg.-
Allee 190, Sp. Röll-
schink. Nulschink. Spickspeck

Rodewald, Frenk-Allee 29 T. 1. 2. 1297.
Franz Rose, Frankf. Chausse 21a.
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchheld, Ziethestr. 12.
A. Rehmet, Moab., Perlebergstr. 23.
E. Rummelndt, Theaterstr. 69.
Hermann Schmidt, Theaterstr. 69.
Gebr. Schulz, Lützowstr. 7.
W. Segling, Christburgstr. 43.
Helm. Schütz, Danzigerstr. 27.
Max Schlick, Langestr. 67.
Th. Schumann, Helmholtzstr. 1.
Schramm, Fehrb. 11, Tept. Pl. 11797
Otro-Schlesener, Müll. Kanstr. 5
Aug. Sacrygl, Müll., Tept. 110

Otto Schreiber Hebenfried-
hofenstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Scherberg, Seidenstr. 63.
Müllerstr.

Max Schubert
Müllerstr.
156a.

T. Sommermann, Brückengasse 36
Burgard Fleisch-Zentrale, Burgardstr. 63
Th. Spring, Fleisch-u. Wurst-Fabr.
F. Sommermann, Brückengasse 36
E. Trapp, Wraselstr. 16, Weidenweg 21
Gust. Tschentke, Brückerstr. 53
Tschernberg, Stralsunderstr. 8.
Max Tummel, Christburgstr. 34.
Nannysstraße 17
E. Fleisch-u. Wurstw.

Ugly, Paul, Köpenickstr. 28.
Grüner Weg
57 - 57

**Warschauer Fleisch-u. Wurst-
Centrale, Warschauerstr. 63**
E. Zawadzki, Danzigerstr. 63.
Paul Zwarg, Landebg. Allee 126.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Fleischhandlungen
Neukölln
C. Dittmann Berliner Str. 62.
E. Pehling, Eilbingerstr. 54.

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser-Strasse 1

Spez. Champon, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Ausreise gef. 10%, Rabatt.

Glas u. Porzellan
O. Krüger, Weidenburgerstr. 78

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, Gily, Wilmersdorfstr. 127

Haus-u. Küchengeräte
Kamnick, Spandau, Schöneb. Str. 92
Kausila, Glas, Porzellan, Lamp.

Herren-Artikel
H. Beck, Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 19.
Krause, Wlth., Herm.-Str. 108
Nording, Brunnenstr. 84.

Ad. Mahnke Neukölln, Eilbingerstr. 1
E. 216, Skilla.
A. Samuel, O. Mühlbachstr. 92, Skilla.
H. Bergstr. 141-
H. Hermannstr. 171.

Wraselstr. 45 W. Sandler

Herren-u. Knabengard.
J. Baer, Wlthstr. 26, Ecks-
Prins-Allee.
Besser, Julius, Müll., Bergstr. 19

Leke & Stapeckl, Skilla-Allee 79-4
Marcus, S. Skilla, Bergstr. 44-45
Jung u. Kahlstr. 141.

Kosner, Max Schneidermeister,
Skilla, Bergstr. 30/31,
Lager fertig und nach Maß

Julius Salomon, Brunnenstr. 96.
Friedenwallstr. 2
Vorz. d. H. 5%.

J. Scholl

Hüte, Mützen u. Pelzw.
Hutbaus Norden
Brunnenstraße 51.
Bismarckstr. 65
Chausseestraße 58.
Dresdnerstraße 120

Belte, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund, nur Brunnenstr. 177
Hut-Engr.-Lager, Boxh. Grilferstr. 14.
A. Lemnitz, Wraselstr. 112.
Bismarckstr. 112.

Rieck, Em. Bismarckstr. 64.
Schickstr. 42.

Schoor, Herm., Wilmersd.-Str. 44.
Kottbuser-
Damm 18/19

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 51.
Aug. Wagner, Eilbick, Grilferstr. 1
Hut-Engr.-Lager, Boxh. Grilferstr. 14.
A. Lemnitz, Wraselstr. 112.
Bismarckstr. 112.

Kaufhaus
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
B. Hennig & Co., Landebg.-
Allee 29.

Kohlen, Koka, Briketts
Simeon, A. R., Köpenick, Wlthstr. 10
Karl Warner, Neuk. G. G. 121. 10

Kotonswaren
G. Behrens, Schöneberg, Akerstr. 23
Büsch, Franz, O. G. G. 121. 10
Georg Burow, Stromstraße 39.
G. Feist, Nkl., Wejeterstr. 4.
A. Fiedler, Köpenick, Neukölln 141.

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Boussestr. 73.
Rokenkamp & Neumann Kreuzstr. 18.
Kreuzstr. 19. Niederbaumstr. 19.
Hainicke, Wlth., Markgrafenstr. 27.
Fritz Höbner, Schleimannstr. 11.
Kohls, W., Lichtberg, Segenstr. 30.
Kramer, Rich., O. Kreuzgasse 37/38

Lips, Chamissoplatz 8
Lössler, O., Warschauer Str. 5.
Karl Mercier, Huttenstr. 3
H. Müller, Gebe u. Wer. 5% R.
Teptelerstr. 111 7099.
Kottbuser

3. Internationaler Buchbinderkongress in Brüssel.

Am 23. und 26. Juni fand im „Maison du Peuple“ (Volkshaus) in Brüssel die 3. Konferenz der dem Internationalen Buchbindersekretariat angehörenden Verbände statt. Der Gedanke des internationalen Zusammenschlusses ist schon seit vielen Jahren in der Buchbinderarbeit lebendig, denn schon 1884 bestanden...

Geschäftsbericht.

der in seinem Hauptteil gedruckt vorlag. Das internationale Sekretariat ist auf vier ausländischen Verbandstagen vertreten gewesen. An Bemühungen, die noch außerhalb des Sekretariats stehenden Organisationen zum Anschluß zu bewegen, vornehmlich die englischen und amerikanischen, hat es nicht gefehlt. Das Resultat dieser Bemühungen zeigte sich jetzt in Brüssel, indem der Präsident der Londoner Organisation, Mr. Evans, den Beitritt dieses Verbandes mit 5400 Mitgliedern erklärte...

Zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Das Ergebnis der Erhebungen über die Frauenarbeit referierte Kloth-Berlin. Mit Ausnahme von Böhmen, Italien und der Schweiz zeigen alle Länder mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte in den Buchbinderberufen und den verwandten Berufen auf. Die technische Entwicklung zwingt zu größerer Beachtung dieser Tatsache, sie läßt die Notwendigkeit einer Abgrenzung der Frauen- und Männerarbeit unumgänglich werden...

den angeschlossenen Verbänden darüber herbeizuführen, was als Männer- und was als Frauenarbeit zu betrachten ist. Wenn eine solche Verständigung geschaffen ist, dann soll weiter versucht werden, eine Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit in allen Ländern einheitlich durchzuführen.

Verfassung und Einrichtungen der dem J. V. S. angeschlossenen Verbände

mit besonderer Berücksichtigung ihrer Kampfmittel referierte ebenfalls Kloth-Berlin. Zu diesem Punkt lagen einige Anträge vor, die eine generelle Regelung der Unterstützung in Streikfällen forderten. Der norwegische Buchbinderverband verlangte die Einführung fester Unterstützungen durch Erhebung von Ertragsbeiträgen.

1. In bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel dazu jedem einzelnen Verbande selbst überlassen bleiben muß und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichend hoher Mitgliedsbeiträge ist.

2. Die Konferenz macht es deshalb allen angeschlossenen Verbänden zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern.

3. Trotz dieser Verpflichtung der einzelnen Verbände zum Aufbringen der benötigten Kampfmittel im eigenen Lande kann jedoch auch in Zukunft bei unerwartet großen Streiks oder Ausperrungen ausnahmsweise die Hilfe der angeschlossenen Verbände zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig werden, sofern die Gewerkschaften des betreffenden Landes nicht instande sind, allein eine solche Hilfe zu gewähren.

4. In solchen unter 3 genannten Fällen soll deshalb das J. V. S. ermächtigt sein, auf Antrag des betreffenden Verbandes die angeschlossenen Verbände um die Beschaffung finanzieller Mittel nach ihrem besten Vermögen anzusuchen.

Das J. V. S. hat darüber zu bestimmen, ob die zur Unterstützung bewilligten Summen direkt an den zu unterstützenden Verband oder an das J. V. S. abgeführt werden sollen.

Ein Antrag auf Einsetzung einer internationalen Kommission, die gemeinsam mit dem internationalen Sekretär zusammenzutreten soll, um bei besonderen Vorkommnissen über die zu beachtende Haltung beraten und die einschlagenden Wege festsetzen soll, wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, daß alle Unterstützungen usw. nur durch Vermittlung des J. V. S. geschehen soll.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Großbritanniens.

London, 26. Juni 1913. (Fig. Ber.) Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, der in Großbritannien die Stelle der gewerkschaftlichen Landeszentrale vertritt (obwohl ihm leider erst 874 000 Gewerkschaftler angehören), hat seinen Jahresbericht veröffentlicht, der manche bedeutende Ziffern und Angaben enthält.

Der Gewerkschaftsbund hatte in den letzten Jahren mit vielen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit mehreren Jahren übersteigen seine Ausgaben (für Streikunterstützung) bei weitem seine Einnahmen. Am auffälligsten wird dies durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Referenden, die im Jahre 1908 162 000 Pfund betragen, im Jahre 1913 auf 15 000 Pfund zusammengesunken sind.

Ueber die geschlechtliche Stellung der Gewerkschaften macht der Bericht einige bemerkenswerte Angaben. In bezug auf das neue Gesetz, das den Gewerkschaften unter gewissen Einschränkungen die politische Betätigung wieder erlaubt, heißt es, daß der gewöhnliche Mensch darüber im Zweifel sein muß, ob nicht die neu geschaffenen Einrichtungen mehr Anlaß zu juristischen Streitfällen geben werden als die alten.

griffen auf die Gewerkschaftler die Anstrengungen hinzu, die gemacht worden sind, um die freie Rede zu verhindern, die Presse zu knebeln und das Wahlrecht für politische Flüchtlinge aufzuheben, so wird es schwer zu glauben, daß eine Regierung am Ruder ist, die sich liberal und fortschrittlich nennt.

Die Erfahrungen, die der Gewerkschaftsbund mit der neuen Sozialversicherung gemacht hat, sind für den Sachkanzler, ihren Urheber, nicht schmeichelhaft. Es heißt in dem Bericht, daß das, was jetzt an ärztlicher Hilfeleistung und Sanatorien für Lungenschwindsüchtige der Arbeiterschaft geboten wird, nicht ein Achtel von dem wert ist, was dafür ausgegeben wird.

Folgender Passus des Berichts stellt der englischen Gewerkschaftsbewegung kein gutes Zeugnis aus: Die Wirklichkeit der Solidarität der Gewerkschaften Europas kam während des Kampfes der (Londoner) Transportarbeiter an den Tag, als ein Appell an das Internationale Sekretariat sofortige und bedeutende Hilfe brachte.

Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Panau-Bodenheim-Gelnhausen-Orb sah zu dem deutschen Parteitag folgende Beschlüsse: 1. Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage Massifikationen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Panau-Bodenheim-Gelnhausen-Orb sah zu dem deutschen Parteitag folgende Beschlüsse:

1. Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage Massifikationen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.

2. Zur Parteifeier wird beantragt, daß alle Parteigenossen und Genossinnen, die in Vertrauensstellen der einzelnen Zweige der modernen Arbeiterbewegung angestellt sind, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Parteifonds abliefern müssen.

Im sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. stieg im letzten Berichtsjahre die Mitgliederzahl nur um 14; sie beträgt jetzt 953. Davon sind 8006 Männer und 947 Frauen.

Die Bildungsarbeit der Partei.

Die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg-Altona u. Umg. erreichte im letzten Geschäftsjahre einen Etat von 76 216,62 M. In den Kurzen beschäftigte man sich mit Deutsch, Rechnen, Buchführung, Nationalökonomie, Geschichte, Literatur und politische Geschichte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Brecherzsch.

Genosse Hermann Seifarth, der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ wurde vom Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er den Rat der Stadt Chemnitz beleidigt haben soll. Die Verurteilung wurde

in einem Artikel erklärt, der scharfe Kritik an einer Arbeitsordnung übt, die der Rat für einen Teil seiner Arbeiter geschaffen hat und die neben anderen unsozialen Bestimmungen auch eine Kaufverpflichtung enthält, die den Arbeitern die praktische Anwendung des Koalitionsrechtes illusorisch macht.

Aus Industrie und Handel.

Zeichen des Konjunkturrückgangs.

Dass die Konjunktur jetzt allgemein auf dem absteigenden Ast angelangt ist, kann kaum mehr bezweifelt werden. Jeder Tag brachte neue Besetzungen. So sind die Ausführungspreise für deutsche Stahlzeugnisse gegenüber der Vorwoche teilweise weiter zurückgegangen. Stahlröhren gaben von 85 auf 84, Platten von 90 auf 88½, Stahlstangen von 100 bis 101 auf 98 bis 99, Nietenstangen von 102 bis 103 auf 100 bis 101, gewöhnlicher Draht Nr. 0/8 von 122½ auf 120 M. pro Tonne nach. Auch auf dem Viechmarkt macht sich bereits Mangel an neuen Aufträgen fühlbar und die Preise haben weichen Tendenz, eine Folge des Nachlassens der Beschäftigung im Schiffbau. Das auch das Kohlenhandels-Gewinnung ist, der veränderten Marktlage Rechnung zu tragen, beweist seine Absicht, die früher gewährte Ausführungsvergütung von 1 M. pro Tonne wieder einzuführen.

Aber nicht nur in der Schwerindustrie, sondern auch in der Textilindustrie verschlechtert sich der Geschäftsgang, wie der Rückgang der Rohstoffversorgung beweist. Alles in allem schlimme Vorzeichen für den Winter der Arbeitslosigkeit.

Soziales.

Prof. Stursberg gegen Prof. Bernhardt.

In vergangenen Jahre erschien bekanntlich von Bernhardt die wiederholt von uns besprochene Broschüre, die unter dem Titel: „Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik“ Verabredungen und Verbädigungen der Arbeiterklasse und Arbeiter enthält. Wie wir hervorhoben, hat auch von bürgerlicher Seite Bernhardt viel Widerspruch erfahren. So schreibt z. B. Scheimer Oberregierungsrat Dr. Wuermeling, Bernhardt habe nicht das Recht, mit ungehörigen Verallgemeinerungen und Schlüssen unseren Arbeiterstand herabzusetzen. Der Arzt Brand schreibt, daß die Bernhardt'sche Schrift Unbefangenheit und kritische Sachlichkeit vermissen lasse. Seine „unanfechtbaren“ Zeugnisse aus der ärztlichen Literatur seien erst hinten und vorne beschnitten worden, um sie für seine Zwecke brauchbar zu machen. Medizinische Autoren, die seine Ansicht nicht teilten, hätte Bernhardt einfach gar nicht oder nur sehr wenig erwähnt.

Kürzlich ist auch von Prof. Stursberg-Vonn eine Entgegnung erschienen. Sie bezeichnet den Bernhardt'schen Versuch, auf Grund der medizinischen Literatur ein Ueberwiegen der Schattenseiten in der Arbeiterversicherung zu erweisen, vom ärztlichen Standpunkt als völlig mißlungen.

Stursberg weist nach, daß Unfallneurosen nur verhältnismäßig selten vorkommen. Er hält es für unbegründet, Änderungen der Gesetzgebung anzuknüpfen, die lediglich auf eine Beeinflussung der Unfallneurosen Nervenkranheiten, die infolge von Unfällen auftreten) zugeschnitten sind.

Besüglich der Rentenfrage schreibt Stursberg: „Wenn auch hier und da vielleicht die ‚Rentenfrage‘ bei der Entstehung einer Unfallneurose und etwas häufiger vielleicht noch bei ihrer Unterhaltung mitwirken mag, so unterliegt es doch für die große Mehrzahl der Sachverständigen keinem Zweifel, daß andere, vom Willen des Kranken unabhängige Ursachen bei weitem wichtiger sind.“ Die von Bernhardt angeführten Aussprüche von den Medizinern Soehls, Linsch und Peder, wonach die Unfallneurosen eine schwere soziale Gefahr bedingen sollen, sind nach Stursberg durchweg ohne Kenntnis der jetzt vorliegenden Feststellungen über die geringe Zahl derartiger Fälle getan worden. Auch er, Stursberg, habe früher die volkswirtschaftliche Bedeutung der Unfallneurosen in ähnlicher Weise überschätzt.

Nach Bernhardt provoziert die Arbeiterversicherung nervöse Erkrankungen. So würden z. B. nach Studentenuntersuchen nur sehr selten Neurosen beobachtet; sehr selten auch bei Offizieren, die zur Reitschule kommandiert und hier oft schweren Unfällen ausgesetzt seien, und ebenso selten nach Unfallsfällen im Sport. Stursberg warnt vor einem Vergleich zwischen Häufigkeit der Neurosen nach gewerblichen Unfällen und von solchen nach Reizen usw. Denn abgesehen davon, daß die Zahl der letztgenannten Unfälle gegenüber den Hunderttausenden der ersteren doch verschwindend gering ist, treffen Unfälle beim Sport usw. Menschen, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem recht widerstandsfähigen Nervensystem ausgestattet sind. Daß aber ein Mensch mit gutem Nervensystem nicht entfernt so leicht an einer Neurose erkrankt, wie ein solcher mit minderwertigem Nervensystem, steht außer Zweifel.“

Stursberg bestreitet, daß Fälle von Simulation so häufig vorkommen, wie Bernhardt behauptet und daß die Kranken sich hier dem Arzt gegenüber in einer „unangenehmen Position“ befinden. Daß einzelne Fälle erfolgreicher Simulation vorkommen und immer vorkommen werden, sei klar. Daraus lasse sich aber ebenso wenig ein Vorwurf gegen die sozialen Gesetze herleiten, wie aus dem Vorkommen unentdeckten Schmuggels gegen die Zollgesetze!

Neue Wünsche der Agrarier.

Am Dienstag waren in Wiesbaden die preussischen Landwirtschaftskammern versammelt. Dem Bericht über die Tagung entnehmen wir u. a.: „Der von Kammerherren Febr. v. Wahrenholz erhaltene Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Arbeiterwesen führte zur Annahme von Grundrissen über das Zusammenarbeiten mit den Arbeitsnachweisedverbänden sowie zu einer erneuten Bitte an die Staatsregierung um Vereinfachung reichlicher Mittel im Interesse der Beschäftigung der Landarbeiter. Die Errichtung von Betriebskrankenkassen wurde für die Landwirtschaft als im allgemeinen wenig zweckmäßig erachtet; Berichterstatter zu diesem Punkt war Landrat a. D. von Röhling-Rieder-Rauhe.“

Das Schnappregiment beim Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals.

Auf der jetzt in Hannover abgehaltenen 90. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke drückte am Mittwoch Bayler Lie. Koff's-Osnabrück den Wunsch aus, der Verein möchte das Gewissen unserer Regierung und unserer Behörden werden. Der Redner trieb hierbei nicht etwa eine geringe Meinung von der Gewissenhaftigkeit unserer Beamtenenschaft, sondern die auch von ihm festgestellte Tatsache, daß im alltäglichen Dienstbetrieb z. B. die vortrefflichsten Anordnungen gegen den Alkohol in Vergessenheit geraten, wenn den nachgeordneten Behörden nicht immer wieder das Gewissen geschärft wird. So habe das Ministerium ausgezeichnete Vorschriften über die Einrichtung von Baracken und Kantinen für die Arbeiter beim Rhein-Weser-Elbe-Kanal erlassen. Die Verhältnisse in den Baracken und Kantinen bei Osnabrück beispielsweise seien aber geradezu ein Hohn auf die ministeriellen Vorschriften. Der Minister sage: Die Verwalter der Baracken (Bararbeiter oder Schachtmeister) dürfen keinen Handel mit Speisen und Getränken treiben.“

In Wirklichkeit liege aber in jeder Baracke ein Faß Brantwein, aus dem von dem Barackenverwalter an die Insassen verkauft werde. Der Minister verlange, daß die Unternehmer die Kantinen auf eigene Rechnung durch festbesoldete Angestellte betreiben, die von alkoholischen Getränken freien, von alkoholfreien einen mäßigen Gewinn haben dürfen. Nun sei aber z. B. eine dem Redner bekannte Kantine einem Gastwirt in Pacht gegeben, der seine Haupteinnahme natürlich aus alkoholischen Getränken beziehe. Der Herr Minister verbiete, alkoholische Getränke vor acht Uhr morgens abzugeben, der Schachtmeister sage aber: „Wenn die Leute keinen Schnaps im Leibe haben, können sie nicht arbeiten.“ Durch amüßigen Anschlag sei untertags, den Arbeitern täglich für mehr als 30 Pf. Branntwein zu verkaufen. Der Kantinenwirt sei aber durch seinen Vertrag mit den Unternehmern im Besitze des Rechtes, jedem Mann täglich bis zu 3 M. Schnaps auf Borg abzugeben. Die Summe werde dann gelegentlich der wöchentlichen Lohnzahlungen in Abzug gebracht, wobei dann mindestens sehr viele bei dem Lohnsage von 3,50 M. täglich fast nichts mehr erhielten und Schulden machen müßten. Eine weitere Folge sei die fast unaufhörliche Betrunktheit der Leute in deren Freizeit. Ein Rundgang durch die Baracken gestalte sich geradezu zu einer Tortur. Denn der fortgesetzte Anblick viehischer Betrunktheit wirke Abscheu und Ekel erregend. Man könne hieraus sehen, wie nötig es sei, den Behörden immer wieder das Gewissen zu schärfen, selbst auf die Gefahr hin, manchmal unangenehm zu werden, besonders unangenehm denen, deren Weltformat das Schema F ist. Werden diese Ausführungen ungehört verhallen? Oder sollen die Regierungsverordnungen ferner in Vergessenheit bleiben?

Gerichts-Zeitung.

Gewissenszwang.

Ein Fall von Gewissenszwang beschäftigte am Donnerstag das Kammergericht. Der Tapezierer Kunze zu Neudölln, der aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden ist, ohne sich einer anderen Religionsgemeinschaft anzuschließen, hatte seinen Sohn Alfred seit dem 2. Januar 1910 vom evangelischen Religionsunterricht in der Volksschule ferngehalten und ihn eilends an dem von der Synagogengemeinde eingerichteten jüdischen Religionsunterricht teilnehmen lassen. Das Gericht untersuchte zwei Jahre lang. Nachdem Kunze im Frühjahr 1912 eine Frage der jüdischen Gemeinde, ob er zum Judentum überzutreten wolle, verneint hatte, wurde sein Sohn durch die Synagogengemeinde vom jüdischen Unterricht ausgeschlossen. Kunze beschwerte sich bei der Regierung in Potsdam und stellte den Antrag, die Synagogengemeinde anzuweisen, die Teilnahme des Sohnes am jüdischen Unterricht weiter zu gestatten. Die Regierung beschied ihn am 14. Juni 1912 abschlägig. Eine zeitlang ließ Kunze den Sohn nach der Ausweisung vom jüdischen Religionsunterricht an seinem Religionsunterricht teilnehmen. Er erhielt verschiedene Strafmandate auf Grund der Schulverordnung der Regierung, weil er den Sohn ohne Grund vom Schulunterricht ferngehalten habe, nämlich von der evangelischen Religionsstunde in der Volksschule, die er besuchte. In dem jetzigen Strafverfahren handelte es sich nun um die Rechtmäßigkeit der Bestrafung für 12 Tage, die nach dem ablehnenden Bescheide der Regierung liegen und an denen der Knabe dem Religionsunterricht in der Volksschule ferngehalten war.

Das Landgericht II als Berufungsinstanz hatte, wie unseren Lesern erinnerlich, die Bestrafung gut geheißen und unter anderem im Urteil ausgeführt:

Aus Artikel 21 der preussischen Verfassungsurkunde und aus § 43 Teil 2 Titel 12 des Allgemeinen preussischen Landrechts folge, daß, wer sein Kind eine öffentliche Schule nicht besuchen lasse, diesem den Unterricht, der für die öffentliche Schule vorgeschrieben sei, anderweitig erteilen lassen müsse. Nach Artikel 23 der Verfassungsurkunde stehe der öffentliche Unterricht unter Aufsicht des Staates. Zu dem für öffentliche Volksschulen vorgesehenen Unterricht gehöre auch der religiöse. Der Religionsunterricht sei daher obligatorisch. Der Staat habe das Recht zu verlangen, daß das Kind den Religionsunterricht in der Volksschule besuche. Dieser Zwang sei nach § 11 Teil 2 Titel 12 des Allgemeinen Landrechts nur bei solchen Kindern ausgeschlossen, die in einer anderen Religion nach den Befehlen des Staates erzogen werden sollen. Voraussetzung sei hierbei aber, daß sie tatsächlich in einer anderen Religion, die vom Staate zugelassen sei, Unterricht erhalten. Solche Religion sei die jüdische. Angeklagter habe sich darum solange nicht strafbar gemacht, als der Sohn in der jüdischen Religion unterrichtet wurde. Nachdem dieser aber von dem jüdischen Unterricht ausgeschlossen worden war und nachdem die Regierung des Angeklagten Beschwerde dagegen zurückgewiesen hatte, wäre es verpflichtet gewesen, mangels eines anderen gleichwertigen Religionsunterrichts, den Sohn wieder am evangelischen Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen zu lassen. Es sei gleichgültig, weswegen der Sohn vom jüdischen Unterricht ausgeschlossen wurde. Es hätte deshalb auch kein Beweis erhoben werden brauchen über die Behauptung des Angeklagten, daß es auf Anweisung der Regierung, Dissidenteninder nicht zum jüdischen Unterricht zuzulassen, geschehen sei.

Angeklagter legte Revision ein, die Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld vor dem Kammergericht vertrat. Generell betonte er, daß ganz zweifellos das Rechtsempfinden von Dissidenten getrübt werde, wenn ihre Kinder zum Unterricht in einer Religion gezwungen würden, die sie aufgegeben hätten. Das Kammergericht möge deshalb nochmal prüfen, ob nicht seine, allerdings schon lange vertrittene, den Dissidenten ungünstige Judikatur aufgehoben und zu der älteren Judikatur zurückzuführen sei, die den Dissidenten günstig war. Im übrigen aber müsse im vorliegenden Fall zugunsten des Angeklagten der § 11 Teil 2 Titel 12 des Allgemeinen Landrechts zur Anwendung kommen. Es handele sich hier um ein Kind, welches in einer anderen Religion, die gesetzlich anerkannt sei, nämlich der jüdischen, erzogen werden sollte, wie § 11 meine. Der Vater habe alles getan, diesen seinen Wunsch zur Durchführung zu bringen und es sei ihm auch zwei Jahre lang gelungen. Er habe also seinen Willen ernstlich bekämpft. Darauf komme es an. Daß es ihm dann gegen seinen Willen weiter unmöglich gemacht worden sei, den Knaben in der jüdischen Religion unterrichten zu lassen, wäre demgegenüber gleichgültig. Die Auffassung des Landgerichts sei irrig.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision. Es erklärte, daß es an seiner Judikatur festhalte, an die sich das Landgericht gehalten habe. Die Frage des Rechtsempfindens müsse auscheiden gegenüber dem Gesetz. Sie könne den Beteiligten nur Anlaß geben, auf eine Änderung des Gesetzes hinzuwirken. Im übrigen habe die jüdische Gemeinde richtig gehandelt, da aus dem Reich über die Rechtsverhältnisse der Juden zu folgern sei, daß die jüdischen Gemeinden nicht verbunden seien, anderen als jüdischen Kindern Unterricht zu erteilen. Nach der definitiven Ausschließung des Knaben vom jüdischen Religionsunterricht hätte er ihn wieder in den evangelischen schicken müssen.

Es soll also beim Gewissenszwang in Preußen bleiben.

Aus aller Welt.

Das „Fintenkind“.

Ueber Volksheilmittel und medizinischen Aberglauben macht Dr. Schrage, Willensfeld, in der „Med. Klinik“ interessante Angaben nach seinen Erfahrungen in der Eifel. Bei der Leichenbesichtigung eines acht Monate alten, an Tuberkulose gestorbenen Kindes antwortete die Mutter auf die Frage, warum sie nichts gegen die Krankheit des Kindes getan habe: „Das hatte keinen Zweck; es war ein Fintenkind und von der Geburt an.“ Auf nähere Ergründung erfuhr Dr. Schrage folgendes: Wird ein Säugling krank, so wird eine Frau (in diesem Falle die Frau des Küsters) gerufen. Diese stellt fest, ob es sich um ein „Fintenkind“ handelt oder nicht. „Fin-

ten“ ist ein Wallfahrtsort im Kreise Wittlich. Ist nach Ansicht der Frau das Kind ein Fintenkind, so liegt die Sache sehr einfach: es muß eine Wallfahrt nach Finten gemacht und dort etwas geopfert werden, z. B. bei Nachtis so viel Pfund Korn als das Kind schwer ist, und dann wird das Kind entweder sofort besser oder es muß sterben und jede sonstige Hilfe ist vergebens. Einzelne Frauen haben einen besonderen Ruf im Erkennen von „Fintenkindern“. Die traurige Folge davon ist, daß zu einem kranken Kinde immer zuerst die Frau gerufen wird, die ihre Diagnose auf „Fintenkind“ stellt, so daß so manches Kind zugrunde geht, das durch eine Kleinigkeit hätte gerettet werden können. Dann gibt es zur Heilung der Kinder die verschiedensten Mittel. Ist das Kind z. B. „bemachsen“, worunter sich meistens Lungen-, Rippenfellentzündung oder Tuberkulose verbirgt, so hilft nur ein vom Tragen schwarz gemordenes Männerhemd, in das das Kind eingewickelt wird.

Damit eine Geburt glücklich vonstatten gehe, verbünden sich Aberglaube und Geschäftsgeist. Einzelne in der Eifel liegende Klöster versorgen die Eifel mit Geburtsgürteln, dem St. Josephsgürtel und dem Mariaburggürtel. Letzterer ist der am meisten verbreitete und im Preise von 1,50, 2 und 2,50 M. zu haben, und zwar durch Vermittlung der Gemeindefrankenschwester. Es ist ein schmaler Leinwandgürtel, bedruckt mit den Worten „Heilige Maria bitte für uns“ oder „O Maria hilf“. Der Gürtel muß während der ganzen Schwangerschaft getragen werden, zudem muß die Schwangere jeden Tag während der Schwangerschaft ein von der Oberin des Klosters vorgeschriebenes Gebet verrichten, das in jedem Falle anders lautet. Während der Geburt muß eine weiße, mit roten Zeichen verzierte Kerze brennen. Ist die Kerze ausgebrannt oder erloscht sie, so ist die Geburt zu Ende. Solcher Beispiele führt Dr. Schrage noch eine ganze Anzahl an. Man sollte es nicht für möglich halten, daß derlei Aberglauben heute noch möglich ist.

Schreckstat einer Geisteskranken.

In einem Anfall von Geistesstörung hat in dem rheinischen Dorfe Frank die Lehrerswitwe Verhörn ihre vier Kinder im Alter von ein bis sieben Jahren Jahren umgebracht. Die unglückselige erkrankte ihre Kinder in einer Waschküchle, wo die Kleinen tot aufgefunden wurden. Nach der Tat hatte sich die Frau von Hause entfernt; sie wurde später bei ihren Eltern aufgefunden.

Ein Polizeileutnant als Mörder.

Eine aufsehenerregende Kuffarung hat die Ermordung des Bürgermeisters von Niga, des Barons Kolden und seines Bruders, gefunden, deren Leichen vor einiger Zeit auf der Straße gefunden worden waren. Lange Zeit waren alle Bemühungen nach der Entdeckung des Täters vergeblich. Jetzt ist der Polizeileutnant, der die erste Untersuchung in der Angelegenheit hatte, verhaftet worden, weil begründeter Verdacht besteht, daß er beide Morde aus Rache verübt hat.

Kleine Notizen.

Auch ein Rekord. Ein Masterehepar nach dem Geschmack unserer Herrschenden dürften die Ottmann'schen Eheleute in Schönthal bei Reustadt a. d. Harz sein. Vor 14 Monaten kam die Frau mit vier Mädchen nieder, am Donnerstag bescherte die Frau ihren Gatten mit drei Knaben.

Eine neunsache Kindesmörderin. In der ungarischen Ortschaft Detregin wurde die Lehrerin Julia Los unter dem dringenden Verdacht verhaftet, im Zeitraum von zehn Jahren neun unehelich geborene Kinder durch Gift ermordet zu haben. Die Kinder starben sämtlich kurze Zeit nach der Geburt. In der Wohnung der Lehrerin fand man bei der Hausdurchsuchung eine große Menge Gifte.

Abflug eines Fliegers. In Chalons-sur-Marne stürzte am Donnerstagabend der Flieger Bouquier aus 70 Meter Höhe ab. Der Verunglückte wurde tot vom Plage getragen.

Wer gibt Menschenhaut her? Einen sonderbaren Anruf haben die Ärzte des Hospitales in Buffalo erlassen, indem sie Freiwillige bitten, 10 000 Quadratzoll Menschenhaut herzugeben, um dadurch die Verletzten zu retten, die bei der Explosion des Getreideelevators in Buffalo schwere Brandwunden erlitten haben. In dem Anruf wird erklärt, daß eine Zahl von 200 Freiwilligen diesem Zwecke genügen werde. Falls sich diese Freiwilligen nicht finden, wird eine große Anzahl der Verletzten zweifellos ihren Verletzungen erliegen.

Witterungsbericht vom 27. Juni 1913.

Stationen	Wasserstand	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Wasserstand	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Emmenbe.	700 B	3bedekt	14	14	Doparanda	758 RD	6wolkenl	12	12
Darmburg	701 B	3Regen	12	12	Deiersburg	757 B RB	1wolkenl	16	16
Berlin	701 B	3bedekt	12	12	Sella	772 B	4bed bd.	13	13
Frank a. M.	704 B	1Regen	13	13	Überdem	705 B RB	6bedekt	12	12
Randern	703 B	3Regen	10	10	Paris	767 RB	3bedekt	14	14
Wien	702 RB	2Regen	15	15					

Wetterprognose für Sonnabend, den 28. Juni 1913.

Teilweise aufklarend, vorherrschend mäßig mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen westlichen Winden; Temperatur wenig veränderl.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 6.	am 27. 6.	Wasserstand	am 26. 6.	am 27. 6.
Remel, Mühl	98 0	95 6	Saale, Großh.	165	-45
Bregel, Inkerburg	-35	+2	Oabel, Spandau	14	0
Wichfel, Thora	82	-4	Rathenow	-11	-1
Oder, Rathor	111	-1	Spree, Spremberg	68	0
„ „ Krollen	73	-6	„ „ Besten	78	0
„ „ Frankfurt	78	-4	Weser, Minden	188	-20
Wahlde, Schrum	10	0	„ „ Minden	274	-19
„ „ Landsberg	-19	-2	„ „ Ramin	474	-10
Rega, Verbaum	-38	-2	„ „ Ramin	203	+7
„ „ Dresden	46	-39	„ „ Ramin	245	+11
„ „ Dresden	-60	-82	„ „ Ramin	79	0
„ „ Harde	149	+12	„ „ Ramin	205	+24
„ „ Magdeburg	120	+18	„ „ Ramin	35	-9

) + bedeutet Waß, - Fall. - *) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag 10, vom vier Treppen - 3. Stock - , wochentags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anruf ist ein Nachdruck und eine Zahl aus dem Briefkasten heraus. Briefliche Antworten sind nicht zu erwarten. Anfragen, denen keine Abwechslungsbildung beizugehen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

Dr. R. 32. Der Standpunkt der Steuerbehörde entspricht dem Gesetz - C. 97. 99. Ihre Angaben reichen nicht aus. Inwiefern Sie mit den Aufrechnungsbelegungen und der letzten Ermittlungsfahrt in die Sprechstunde. Am liebsten sind Ihre Fragen bereits in der Nummer vom 19. 6. beantwortet. - C. 2. 13. 1. Was zur Vollendung des 14. Lebensjahres, 2. für die Kosten einer angemessenen Ausbildung und die Kosten - C. 9. 50. Zur Bestimmung des Lebensalters ist Ihre Frau verpflichtet. Nimmt Sie den Termin nicht wahr, so kann der Gläubiger das

Befehl beantragen. Dieser kann jedoch erst vollstreckt werden, wenn der Gläubiger 45 M. bei der Gerichtskasse einahlt. — **Tabor, Gostertstraße.** Nach ihrer Darstellung hat Ihre Tochter Anspruch auf Zahlung des Lohnes und auf Entschädigung für Kost und Logis für den ganzen Monat. Beantragen Sie sofort bei dem Polizeikommissar, in dessen Bezirk die Herrschaft wohnt, das Entschädigungsgeld. — **S. 31.** 1. Ja, sofern die Steuer nicht länger als 1/2 Jahr rückständig ist. 2. Ja das letztere der Fall, so beschweren Sie sich bei dem Landrat. — **S. 100.** Sie können bei dem Polizeikommissar den Antrag auf Namensänderung stellen. — **S. 100.** 1. Rein. Nach dem jetzigen Gesetz kann die Altersrente erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres beantragt werden. 2. 1200 Beitragswochen, sofern nicht

eine Verlängerung der Wartezeit in Frage kommt, wofür sich aus Ihrem Schreiben nichts folgern läßt. — **S. 1555.** Anspruch auf Aussteuer läßt sich jetzt nicht mehr geltend machen, da die einjährige Frist nach erfolgter Eheschließung verstrichen ist. — **S. 24.** Sofern Sie noch unverheiratet sind, war die Beschlagnahme zulässig. — **S. 6. D.** Für die Kosten der Erneuerung der Scheidung haften der Vermieter, sofern nicht etwa ein Bestimmung des Mietvertrages etwas anderes zu folgern ist. — **S. 7a.** — **Steinweg.** Informieren Sie sich aus den Lehrbüchern über deren Verlag und nehmen Sie dort Rücksprache. Auch bei der Redaktion einer technischen Fachzeitung. — **S. 8. G.** Rgl. Charité. 6 Monate 300 M. Reibungen beim Kreisarzt. — **S. 34.** 1. Wohl in Regel ehrenamtlich.

2. Denken Sie sich an die Berliner Gewerkschaftskommission, Berlin, Engelauer 15. — **S. 3. 50.** An die Sittungsdeputation des Magistrats, Berlin, Poststr. 16. — **Papier 100.** Wie lehren grundsätzlich ab, in geschäftlichen Unternehmen Berater zu sein. — **S. 50.** Dazu fehlt im Briefkasten der Raum. In der Buchhandlung des „Vorwärts“ billige Ausgabe über Garten- und Blumenpflege. — **S. R. 9.** Georg Wehnacht, Berlin, Grünstraße 21. — **S. R. Sparrstr. 6.** Im Reichstag im Geschäftsjahr 3000 M. für die Session unter Abzug der Tage der Abwesenheit. Im Landtag 15 M. für den Tag der Tagungsperiode. — **S. T. 1592.** Öffentlich.



MAGGI'S Suppen

sind die besten!

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke + Kreuzstern.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche“.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Bezirk 79.
Am 24. Juni 1913 verstarb unser Mitglied
Karl Röhrig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Marienborf aus statt.
Der Vorstand.
200/14

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am Montag verstarb unser Genosse, der Leutnant
Paul Saft
Lehrerstraße 480, Bezirk 137.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südtürk Friedhofes, Wöhlerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Unseren Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Leutnant
Paul Saft
am 24. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südtürk Friedhofes in der Wöhlerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Jugendabteilung.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Otto Kraft
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Niederschönhausen Kirchhofes in der Schönholzer Heide, Germanienstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Gustav Wölk
Spandau, Staakenstraße 20, gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
120/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.
Nachruf.
Am 21. d. Mts. verstarb unser Kollege
Gustav Schulze
im Alter von 56 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
19/2

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer
Edwin Sauer
(Ebertstraße 60) im Alter von 29 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
85/5 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres einzigen Sohnes, des Torpedo-Oberleutnants **Friedrich Hook** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Karl Mook nebst Frau und Tochter.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter, Schwester, Mutter und Schwägerin
Marie Hartig geb. Zopf
sagen wir allen Verwandten und Freunden, dem Arbeiterverein Wilmshagen, dem Deutschen Textilarbeiterverband, der A. E. G. Kabinett Oberpreze, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Seidenweberei A. E. G. Ober-Schönau unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Zopf.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Luise Dittberner
nebst Kindern,
Festungsstraße 76.

Vornehme Herren Kleidung fertig und nach Maß erhalten Sie in der modernen Mass-Schneidererei
J. Kurzberg
Gegründet 1898
mit ähnlich lautenden Firmen nicht zu verwechseln
Auf Wunsch Wochenrate

1 Mark an
Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160
zwischen Meritz- u. Oranienplatz.
Bitte genau auf Straßen- u. Hausnummer zu achten.

Berliner Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sitzung am 31. Dezember 1912.

Aktiva.	
Bebaute Grundstücke.	10 140 247,82
Reibungen	435 587,45
Rückstellungen	1,—
Immolar	1,—
Kasse	50 000,—
Kirchengemeinde Tempelhof	17 725,—
Rückständige Mieten	334,25
Berzpflicht	70 485,45
Bauspar-Kassen	533 540,05
Kassenbestand	20 267,68
Sa. 11 268 156,70	

Passiva.	
Rückstellung für die Unterhaltung Tempelhof	18 371,62
Rückstellung f. d. Unterhaltung Charlottenburg	145 974,79
Rückstellung für d. Wohlthätigkeitshaus Charlottenburg	35 948,90
Rückstellung für die Unterhaltung der Schulen	10 860,—
Einbehaltenes Bar-Kapital	16 661,50
Feste Darlehen	13 490,70
Hypotheken	6 878 379,45
Schuldverschreibungen	481 000,—
Spareinlagen d. Genossen 2 797 240,71	
Gewinn	592 692,75
Verrechnung	50 186,78
Eingr. Leih-Schuldung	58 466,50
Rechtsverhältnisse	99 805,50
Reingewinn	45 957,05
Sa. 11 268 156,70	

Gewinnverteilung.
3 1/2 Proz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1911 19 615,50 M.
Dem Reservefonds gutgeschrieben 3 501,86
Sa. 23 117,35 M.

Mitgliederzahl.
Am 1. Januar 1912 5496
Eingetreten im Jahre 1912 645
Am 31. Dezember 1912 scheidend aus infolge Ausschlusses, Tod und Aufkündigung 488
Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1913 5653

Die Gesamtsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 1 668 000 M.
Sie hat sich vermehrt um 45 600 „
Gesamt-Gesamtsumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1912 1 713 600 M.

105/10 Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

Keine Filialen.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden
fertig und nach Maß.
Garantie für tadellosen Sitz.

Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160
zwischen Meritz- u. Oranienplatz.

Bekanntmachung.
Gewerbegericht zu Berlin.
I. Nr. 421 Gen.-Ger. 13.
Schiedsgericht
des Einigungsamtes des Gewerbegerichts zu Berlin für das Stategewerbe vom 12. Juni 1913.
Der Tarifvertrag für das Stategewerbe wird mit nachfolgenden Veränderungen bis zum 31. März 1916 verlängert.
§ 1: Der Stundenlohn beträgt vom 2. August 1913 bis zum 30. September 1914 = 72 Pfennig, vom 1. Oktober 1914 bis zum 31. März 1916 = 74 Pfennig.
§ 2: Abtag 3 wird hinzugefügt: Dem Arbeitnehmer ist Gelegenheit zu geben, sein Gehalt während der Arbeitszeit zu erhöhen.
§ 3: Der § 2 erhält folgende Fassung:
Abtagarbeit ist zulässig. Der Abtag beträgt bei gewöhnlicher Stellung für den Quadratmeter 12 Pf., beim Schütten mit angefahrenem Lehm für den Quadratmeter 15 Pf.
Wenn die Entfernung zwischen Lagerstätte und Treppe mehr als 40 Meter beträgt, so sind für jede weiteren angefahrenen 12 Meter für den Quadratmeter 1 Pf. mehr zu zahlen.
Beim Schütten aus dem Keller mit loggemachtem Lehm ist für den Quadratmeter 15 Pf. zu zahlen.
Bei Rappenschüttung mit Abtag beträgt der Abtagpreis pro Quadratmeter für je 1 Zentimeter Höhe 1 Pf.
§ 4: Das Jahrgeld, das der Arbeiter über 1,20 M. in jeder Woche verbraucht, ist von dem Arbeitgeber zu vergüten.
§ 5: Der Lohn muß aus der Arbeitsstelle gezahlt werden. Wo dies nicht insofern werden kann, hat der Arbeitgeber eine Stelle zu bestimmen, an der der Lohn spätestens 1 Stunde nach Feierabend zu zahlen ist. Wartezeit über 1 Stunde hinaus ist von dem Arbeitgeber zu bezahlen.
§ 6: Bei Arbeiten außerhalb des Vertragsgebietes ist pro Tag eine Zulage von 2 M. und außerdem in jeder Woche eine Hin- und Rückfahrt zu bezahlen. Dies gilt jedoch nicht für Arbeitsstellen außerhalb des Vertragsgebietes an solchen Orten, die noch an den Vorortverkehr angeschlossen sind. Bei solchen Arbeitsstellen ist jedoch die Eisenbahnfahrzeit zu vergüten. Alle übrigen Bestimmungen des alten Tarifvertrages bleiben bestehen.
§ 7: Der Vorstand des Gewerkschafts, H. Wenzel, Witz. Witz, G. Wieland, Dr. Graeffner.
Nachträglicher Zusatz zu vorstehendem Schiedspruch: Für die Beilegung ist pro Quadratmeter 55 Pf. zu zahlen, mit Latienannageln für Decken 60 Pf. und für Manjarden 65 Pf.
Vorstehendem Schiedsprüche und seinem nachträglichen Zusatz haben die Parteien sich unterworfen.
Berlin, den 25. Juni 1913.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes ges. Dr. Graeffner.

Achtung! Neukölln!
Sonntag, 29. Juni, vormittags 9 Uhr, in Bartschs Festsaal (großer Saal), Hermannstr. 49:
Öffentliche Sänger-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag: „Welche Vorteile bietet ein großer Chor gegenüber von kleinen Gesangsvereinen?“ Ref.: Redakteur Dämmig. 2. Diskussion: (Freie Aussprache.) 3. Gründung eines größeren Chores. Hierzu werden alle Neuköllner Gesangsvereine, sowie langjährige und langjährigere Herren eingeladen, um die Gründung eines größeren Sängerkorps vorzunehmen.
S. R.: Männergesangsverein „Lüneburger“ und „Melodia“ Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714
Montag, den 30. Juni 1913, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Große Versammlung der Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.
Tagesordnung:
1. Situationsbericht und Diskussion. 2. Bildervortrag: „Wohnungsgeld und Wohnungsreform in der Großstadt.“ Ref.: Kollege F. Gutschmidt. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zu dem Vortrag ihre Frauen mitzubringen.
120/18 Die Ortsverwaltung.

Ringfreie Briketts
äußerst billig von vorzüglicher Heizkraft an Beamte, Private, Warenhäuser, Konsum-, Hausbesitzer, Spar- u. Bauvereine. — Herren, welche dergleichen Bezüge vermitteln, erhalten hohe Provision. Offerten Chiff. „S. 4206“ befördert
Rudolf Mosse, Charlottenburg, Scharrenstr. 30.

Apfelsinensprudel
Gefällig gekühlt
alcoholfrei
abends 10 Pf. überall erhältlich.
Kleinige Fabrik, Bari, Sprudel-Gen., S. 14, Sebastianstr. 72.
Tel. Vortr. 11 465.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

Herren-Moden
fertig u. nach Maß
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

WESTMANN
MOHRENSTR. 37 a.
GR. FRANKFURTERSTR. 115.
Jedes Stück wird bei kleinster Anzahlung reserviert!
Verkauf nur an Private.

Für die Reise!

Lodenmäntel	Inventurpreis 12.—	sonst bis 22.—
Lodenpelzinnen	Inventurpreis 8.—	sonst bis 22.—
Lodenkostüme	Inventurpreis 15.—	sonst bis 42.—
Bischof Kostüme	Inventurpreis 15.—	sonst bis 35.—
Kostüme engl. Art	Inventurpreis 16.50	sonst bis 25.—
Seiden-Konfektion	Inventurpreis 28.—	sonst bis 112.—

Wachkostüme	Inventurpreis 10.—	sonst bis 45.—
Baumwollkostüme	Inventurpreis 35.—	sonst bis 150.—
Gesellschaftskleid.	Inventurpreis 24.—	sonst bis 112.—
Flanellmäntel	Inventurpreis 14.—	sonst bis 72.—
Pfirsichmäntel	Inventurpreis 38.—	sonst bis 157.—

Modelle um 65% ermäßigt.
Starke Figuren finden Passendes in allen Abteilungen.
Sonntag geöffnet 8-10 Vorm.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Die Frauenleseabende fallen im Juli aus. Der Vorstand. Montag, den 7. Juli, im Restaurant „Tivoli“...

Dienstag, den 15. Juli, Dampferausflug nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 9 Uhr, Zarnowbrücke. Treffpunkt daselbst 8 1/2 Uhr. Dampferfahrt 30 Pf.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 29. Juni findet im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3, ein großes Sommerfest des Wahlvereins statt.

Neukölln. Am Mittwoch, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Sassenheide 108/14, eine öffentliche Versammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Karl Lieblich über das Thema: „Was nun in Preußen?“ referieren wird.

Spanbau. Die für Sonntag angelegte Flugblattverbreitung findet nicht statt.

Berliner Nachrichten.

Volkskonzerte

des Berliner Philharmonischen Orchesters im Juli.

Das Berliner Philharmonische Orchester veranstaltet im nächsten Monat an folgenden Tagen Volkskonzerte: Am 2. und 19. in der „Concordia“, am 5. und 25. in der „Germania“, am 9. und 20. in der „Brauerei Friedrichshagen“, am 11. und 22. in der „Neuen Welt“ und am 16. in der „Brauerei Königsplatz“.

Bei einer Mondscheinfahrt ums Leben gekommen.

In der Notiz, die wir mit dieser Ueberschrift in Nr. 157 veröffentlichten, erhalten wir eine Zuschrift von einem Herrn Stimmig. Er stellt sich als Führer des Dampfers „Woltersdorf“ vor, von dessen Bord am Montagmorgen in der Nähe von Mahndorf der in jener Notiz erwähnte junge Mann ins Wasser sprang...

Herstellung kohlenaurer Getränke.

Der Geltungsbereich der am 1. Mai d. J. in Kraft getretenen Polizeiverordnung, betreffend die Herstellung kohlenaurer Getränke und den Verkehr mit solchen Getränken, erstreckt sich nicht nur auf die gewerbsmäßige Herstellung von künstlichen Mineralwässern, Brause- und Fruchtlimonaden...

Zum Eisenbahnentat.

Der Anschlag auf den Schnellzug Berlin-Hannover, über den wir berichteten, wird auf Veranlassung der Königlichen Eisenbahndirektion, die für die Entdeckung des Täters eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt hat, von einem Berliner Kriminalkommissar am Tatort bearbeitet.

Schwellen das Gleise so unterbrochen worden war, daß der fällige D-Zug Berlin-Hannover zur Entgleisung gekommen wäre. Die Ermittlungen an Ort und Stelle haben nun bisher folgendes wichtiges positives Ergebnis gehabt: Die Schwellenschrauben, von denen der Täter im ganzen acht gelöst hat, sind, wie zweifellos feststeht, mit einem T-förmigen, etwa 80 Zentimeter langem vierkantigen Schlüssel gelöst worden, wie er bei der Bahn unter dem Namen „Aufschlüssel“ zum Lösen dieser Schrauben Verwendung findet...

Unfall beim Exerzieren.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich am Donnerstag nachmittags bei einer Uebung des Garde-Kürassier-Regiments auf dem Tempelhofer Felde. Beim Ausreiten geriet ein Kürassier mit seiner Lanze seinem Reckenmann Starke zu nahe, so daß die Spitze dem Betroffenen in den Oberschenkel drang und ihn nicht unerheblich verletzte.

Mit dem Leichenfund in Veltan

wird ein Kleiderfund in Verbindung gebracht, der jedoch bisher noch nicht daraufhin nachgeprüft werden konnte, ob er wirklich mit dem mutmaßlichen Knabenmord etwas zu tun hat. Die Ermittlungen zur Aufklärung der rätselhaften Angelegenheit haben ergeben, daß vor ungefähr drei Wochen junge Leute aus Stolp, die in Veltan auf der Ablassstelle der Ofenfabriken beschäftigt waren, auf dem Nachhausewege im Walde, nicht weit vom Wege entfernt, einen Jacketanzug und eine Mütze gefunden haben.

Zu dem Leichenfund in Veltan wird uns weiter berichtet, daß es noch im Laufe des gestrigen Nachmittags gelang, die jungen Leute ausfindig zu machen und die von ihnen gefundenen Kleidungsstücke wieder herbeizuschaffen. Es handelt sich um eine vollständige Bekleidung und zwar um eine solche, wie sie Bäder zu tragen pflegen. Die Finder der Kleidungsstücke, junge Arbeitsburschen, die jetzt in Veltan am Großschiffahrtsweg arbeiten, geben an, die Sachen an einem Montag und zwar in der Zeit zwischen Pfingsten und dem 1. Juni gefunden zu haben. Sie lagen nach ihrer Behauptung im Gebüsch unweit der Chauffee, die von Veltan nach Hennigsdorf führt.

Verzweiflungsstat eines Liebespaares.

Eine Liebestragödie hat am gestrigen Freitagnachmittag in dem Hause Hauptstr. 114 zu Schöneberg ihren Abschluß gefunden. Auf die Hülferufe eines Mannes drangen Passanten und Schutzleute in die Wohnung des Agenten Rehsfeld ein und fanden diesen, aus einer Kopfwunde blutend, bestimmungslos auf dem Fußboden liegend auf. Auf dem Bett im Schlafzimmer lag die Leiche seiner 33jährigen Wirtschafterin Marie Grimm.

Seit etwa einem Jahre wohnte der 41jährige Agent Wilhelm Rehsfeld in einer zweizimmerigen Wohnung im linken Seitenflügel des Hauses Hauptstr. 114 in Schöneberg. Rehsfeld war früher Apotheker gewesen, mußte aber eines nervösen Leidens wegen seinen Posten aufgeben. Längere Zeit arbeitete er dann in Drogerien, konnte jedoch nirgends festen Fuß fassen, da seine sich ständig verschlimmernde Nervosität ihn zu jeder geregelten Arbeit untauglich machte.

Der Verein Panorama Club 1814, der die Ausstellung des Gemäldes von Wendling und Ungewitter in Charlottenburg zu Gunsten der Veteranen veranstaltet, schreibt uns im Hinblick auf unsere neuliche Veröffentlichung, daß beim Verkauf von Eintrittskarten an Vereine insofern ein Versehen unterlaufen sei, als

allen Vereinen Karten zu 75 Pf. anstatt zu 50 Pf. zugestellt worden seien, und er ersucht alle Vereine, die zugestellten Karten zu retournieren und gegen solche von 50 Pf. einzutauschen. Der Verein legt in seiner Zuschrift Wert darauf, zu betonen, daß es sich bei der Ausstellung um ein künstlerisches Werk zu gemeinnützigen Zwecken handelt. Wir haben das nicht bestritten, aber geglaubt darauf hinweisen zu müssen, daß mit solchen kleinen Mitteln die Not der armen Veteranen so wenig gelindert wird, wie das durch die Veranstaltung von Kornblumentagen geschehen ist, und daß außer Reich und Staat diejenigen Vereine Verpflichtungen haben, denen durch den wirtschaftlichen Aufschwung eine gesicherte Existenzmöglichkeit geschaffen worden ist.

Gefährlicher Brand in der Kahlestraße.

Große Aufregung herrschte gestern in der zweiten Morgens stunde bei einem Feuer in der Kahlestraße 12 im Westen Berlins. Es brannten die Kellereien des Hintergebäudes, und die Gefahr war erst bemerkt worden, als der Qualm durch die Treppenhäuser in die Wohnungen der Mieter eindrang. Die Rauchentwicklung wurde bald so stark, daß ein Passieren der Treppen unmöglich war. Unter den zahlreichen Mietern entstand infolgedessen eine panikartige Aufregung und viele von ihnen schrien aus den Fenstern verzweifelt um Hilfe.

Der ist der Tote? Am 24. Juni vormittags gegen 10 Uhr erschoss sich im Tiergarten in der Velleuse-Allee ein dem Mittelstande angehöriger ungefähr 55-60 Jahre alter Mann. Er war besesselt mit graugrünem Jacketanzug, schwarzem steifen Hut, schwarzen Stiefeln, blauweiß gestreiftem Hemd, weißen Manschetten und hatte einen schwarzen Regenschirm mit gebogener Krücke bei sich, sowie einen Korb mit der Aufschrift Amalie Justiniowski oder ähnlich lautend.

Im Berliner Prater-Theater erlebt „Das Hummelwäddchen“ am Dienstag seine 50. Aufführung. Am gleichen Tage beginnt durch Auftreten neu engagierter Spezialitäten das Ferienprogramm.

Die Arbeiterschaft Veltans feiert am 6. Juli ein Sommerfest, welches von sämtlichen Arbeitervereinen veranstaltet und durch Aufführungen und Belustigungen aller Art bereichert wird. Am gleichen Tage findet auch ein Fest des Kriegervereins statt, welches alljährlich an den Berliner Anschlagssäulen als „Volksfest“ angepriesen wurde.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Stadtverordneten-Versammlung

genehmigte in der Sitzung am Donnerstag den vorgelegten Plan für die Verlängerung der Kaiser-Friedrich-Straße nach dem Bahnhof Köllnische Heide der Johannisthaler Anschlagbahn; am Dammweg soll die Straße in einen Platz ausbilden.

Der Abänderung des Ortsstatuts über die städtische Anstalt für zweite Hypotheken, wonach als zweite Hypothek solche gelten, die sich zwischen 50 und 80 Proz. des durch Lage festgesetzten Grundstückswertes bewegen, wurde zugestimmt.

Die Schudomastraße soll in der Strecke von der Karschstraße bis zur Leipziger Straße reguliert werden. Interessant an der Begründung des Magistrats dazu war die Feststellung, daß zwei führende Geister des Hausagariertums sich geweigert haben, ebenso wie die anderen Anlieger unter den üblichen Bedingungen der Stadt bei der Beseitigung der dort herrschenden ständischen Zustände beifällig zu sein.

Dem wiederholt geäußerten Verlangen der städtischen Arbeiter folgend, hat der Magistrat eine Revision der Arbeitsordnung vorgenommen, die nunmehr der Versammlung vorliegt. Um die Arbeiter noch in diesem Jahre in den Genuß des vorgesehenen verlängerten Sommerurlaubs (nach einem Jahre Dienzeit 3 Tage, von Jahr zu Jahr um einen weiteren Tag steigend bis zu 14 Tagen) zu setzen, wurde diese Bestimmung sofort genehmigt, der Entwurf im übrigen aber einer gemischten Kommission überwiesen.

Nach den Vorschlägen des Magistrats soll das Gunkelsche Privatlyzeum am Richardplatz, nachdem dessen Leiterin pensioniert worden ist, als solches unter städtischer Aufsicht weitergeführt und die Umwandlung in eine städtische Anstalt für später zurückgestellt werden. Die Schule soll eine Turnhalle, einen Pausensaal und andere erforderliche Nebenräume erhalten; für deren Leitung ist ein städtischer Oberlehrer in Aussicht genommen.

Für die am 1. Oktober d. J. im Schulgebäude Donaustraße zu eröffnende städtische Haushaltungsschule empfahl der Magistrat, das Schulgeld auf 140 M. pro Jahr und für den als Wahltag zugelassenen englischen Sprachunterricht 18 M. pro Jahr extra festzusetzen. Unter den 35 Schülerinnen sollen 5 Freistellen vorgesehen werden. Der Besuch der Schule soll solchen Mädchen offen stehen, die mindestens 1 Jahr die 8. Klasse eines Lyzeums, die 2. Klasse einer höheren Mädchenschule oder Mittelschule oder

die 1. Klasse der Volksschule mit Erfolg besucht haben. Der sozialdemokratischen Fraktion genügt. — wie Stadtv. Dr. Silberstein erklärte — die Vorlage noch nicht; insbesondere wäre eine Ermäßigung des Schulgeldes zu wünschen. Am aber die an sich nützliche Einrichtung dieser Schule nicht aufzuhalten, werde die Fraktion zustimmen. Die Versammlung genehmigte einstimmig die Vorlage.

Die Stadtv. Batomszi (Soz.) und Genossen hatten den Magistrat interpelliert, warum er dem Beschluß der Friedhofdeputation, in einer Untersuchungsangelegenheit Stadtvordernete hinzuzuziehen, nicht beigetreten ist. Wie Antragsteller erklärte, handelte es sich um Beschwerden von Friedhofarbeitern gegen einen Beamten und einen Vorarbeiter, die so schwerwiegend waren, daß im Einverständnis mit dem Vizepräsidenten eine Untersuchungskommission der Deputation eingesetzt worden war, um den Missethäter auf dem Friedhof ein Ende zu machen. Der Magistrat bewachte aber der Kommission die Untersuchung. Als Grund dafür wählte in Verantwortung der Interpellation Stadtrat Dr. Mann nichts anderes anzugeben, als daß nach der Städteordnung allein dem Magistrat die Verwaltungstätigkeit zustehe. Es wird also wohl künftig ein anderer Weg gewählt werden müssen, wenn sogenannte „Vorgerichte“ der städtischen Arbeiter, die sich gegen die letzteren Rohheitsdelikte zuzubeden kommen lassen, das Handwerk gelegt werden soll und der Magistrat dabei versagt.

Unter den seit einiger Zeit provisorisch installierten elektrischen Beleuchtungsarten in der Berliner Straße entschied sich die Versammlung für die Mittelbeleuchtung.

In der folgenden geheimen Sitzung wurden mehrere Grundstücksverkäufe genehmigt, darunter auch die Abtei in Treptow. Dem Ankauf der letzteren erklärte die sozialdemokratische Fraktion nur dann zuzustimmen, wenn eine Gewähr dafür vorhanden sei, daß dort durch Anlage eines Spielplatzes usw. insbesondere für die unteren Volksklassen weitgehende Erholungsmöglichkeiten geschaffen wird. Bürgermeister Dr. Weinreich erklärte, daß dies die Absicht des Magistrats sei.

Die Vermittlungspartie fällt am Sonntag, den 29. Juni, aus. Dafür findet ein Ritter- und Bürgerfest für Knaben über 8 Jahre in der Königsheide statt. Treppant morgens 8 Uhr auf dem Richardplatz. Den Eltern steht mit den anderen Kindern von 2 Uhr ab der „Fichte“ Platz in Treptow, Adenider Landstraße, zum Spielen zur Verfügung. Dasselbst Kaffeeocher. Die Knaben kommen nach dem Platz zurück. Am rege Beteiligung wird erucht.

Die Fortsetzung des Probeplatzes für die Ferienspiele findet am morgigen Sonntag auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft an der Grenzallee statt. Alle Spielkameraden, auch die, welche neu hinzugekommen sind, werden dringend gebeten, dort zu erscheinen. Den Kindern soll während der Ferien gute Unterhaltung geboten werden.

Aus Lebensgefahr gerettet hat vorgestern nachmittag der Dreierträger Gustav Dummel aus der Admiralstraße 38 einen Knaben, der beim Spielen am Weigandufer in den Kanal gefallen war. Der acht Jahre alte Sohn Kurt des Fuhrherrn Wils aus der Panierstraße 55 spielte mit mehreren anderen Knaben am Weigandufer in der Nähe des Weichselplatzes; plötzlich fiel der Knabe die Uferböschung hinab ins Wasser. Dummel, der auf den Vorfall aufmerksam gemacht wurde, eilte von seiner in der Nähe gelegenen Arbeitsstelle hinzu, zog seinen Rod aus und sprang dem ertrinkenden Knaben nach. Es gelang ihm auch, den Jungen noch rechtzeitig zu fassen und wieder ans Ufer zu bringen, wo er sich bald wieder so weit erholt, daß er in die elterliche Wohnung gebracht werden konnte.

Ein schwerer Straßensumpf ereignete sich vor dem Hause Vergstraße 155. Als das Arbeiterpaar S. aus der Fischenstraße um 1 Uhr nachts auf dem Heimwege die Vergstraße entlang ging, geriet nachts 5 jähriges Tochterchen Erna, das etwas vorangelaufen war, unter die Räder einer Kraftdroschke, die in übermäßig schnellem Tempo angefahren kam. Die Kleine erlitt schwere innere Verletzungen. Nachdem dem Kinde auf der Unfallstation 12 ein Rotverband angelegt worden war, wurde es nach dem Reutlinger Krankenhaus in Rudow gebracht.

Schöneberg.

Die Kinderausflüge nach dem Grunewald während der großen Schulerferien sind mit Montag, den 7. Juli, wieder ein. Meldungen zur Teilnahme werden bis 1. Juli entgegengenommen. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Zur Teilnahme sind auch berechtigt Kinder im vorläufigen Alter, jedoch nicht unter drei Jahren. Zur Beaufsichtigung der Kinder werden eine größere Anzahl Genossinnen die Kinder begleiten. Sofern Genossinnen gewillt sind, an diesen Arbeiten mit teilzunehmen, wollen sich dieselben bei der Genossin Lajer, Bergesgadenstraße 28/29, melden. Bevor es in den Wald geht, wird im Lokal Goetis „Zum Waldlater“ erst jedem Kinde eine Tasse Milch verabfolgt; während des Spiels im Walde steht kalter Kaffee bereit; vor Aufbruch nach Hause erhält jedes Kind ein Butterbrot. Schokolade, Glasflaschen, ebenso Gläser dürfen den Kindern nicht mitgegeben werden. Wann und wo die Kinder die Straßenbahnwagen besetzen, wird später mitgeteilt. Um die Kosten decken zu können, wird gebeten, auf die zirkulierenden Listen zu zeichnen; auch können Beiträge direkt an den Genossen E. Hertz, Grunewaldstr. 30, sowie an die Parteipostbox, Martin-Luther-Str. 68, eingesandt werden. An beiden Stellen werden auch Anmeldungen entgegengenommen.

Friedenau.

Ein liberales Mäntelchen hängt sich des öfteren der Besucher des hiesigen Lokalblättchens, Herr Leo Schulz, um. Und er hat recht, der Schachmeister des fortschrittlichen Vereins! Da, wo es jedoch darauf ankommt, zählt Herr Schulz immer zu den vorzüglichsten Reaktionsären. Es ist in der Friedenauer Gemeindevorstandsstimmung noch kein volksfeindlicher Beschluß zustande gekommen, der nicht die Zustimmung dieses „Fortschrittlers“ gefunden hätte. Gelegentlich der Beratung der Jubiläumsvorlage, für die Herr Schulz als freisinniger Mann sprach, hielt er es für angebracht, eine Attacke gegen die Sozialdemokratie zu reiten. Er sang das alte Lied von der Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie, von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in den Krankenkassen und dergleichen mehr. Wie würden von dem Zeugnis des Herrn Schulz seine Rottz nehmen, jedoch verlohnt es sich darauf hinzuweisen, daß Herr Schulz als glücklicher Besitzer des Ortsblättchens das, was er bei seiner Rede in der Gemeindevertretung vergriffen, in dem von dem Blättchen gedruckten stenographischen Bericht über die Sitzung mit einschmuggeln läßt. Ein anderer Heiliger in der Gemeindevertretung ist Herr Dr. med. Thurmman. In seinen Ausführungen gegen die Landfrankenliste erwähnte Genosse Richter, daß sich der Friedenauer Ärzteverein gegen die Entscheidung dieser Liste ausgesprochen habe. Prompt erwiderte Herr Dr. Thurmman auf dem Plan, um als Mitglied dieses Vereins zu erklären, daß das Gegenteil der Fall sei. Nachdem die Landfrankenliste beschlossen war, erschien im Blättchen des Herrn Schulz eine Erklärung des Herrn Dr. Thurmman, die besagte, daß seine Ausführungen in der Gemeindevertretung über die Stellungnahme der Friedenauer Ärzte auf einem Irrtum beruhen. Da Herr Thurmman nach seinen eigenen Angaben den Verhandlungen in dieser Frage im Ärzteverein beigewohnt hat, erscheint seine Unwissenheit während der Verhandlung der Gemeindevertretung doch etwas zweifelhaft. Obige Jungen behaupten, es handle sich bei all den Irreführungen und Erklärungen um eine Komödie.

Tempelhof.

Mit der Verschönerung des Ortes beschäftigt sich in der Hauptsache die letzte Gemeindevorstandsstimmung. Schon bei der Stabsberatung wurden Wünsche laut, namentlich der Berliner Straße ein freundliches Bild zu geben. Nun ist diese Angelegenheit dadurch spruchreif geworden, daß sich die Große Berliner Straßenbahn bereitwillig hat, die Kosten für das Einbetten der Gleise in Rasenstreifen von der Dreiwandstraße bis zur Dorfstraße zu übernehmen.

Auch die Dorfstraße soll von dieser Verschönerung betroffen werden. Hier wird ein schienenloser Damm, der allerdings etwas geschmälert wird, hergestellt und die Gleise ebenfalls in Rasen gelegt, wobei unter größtmöglicher Schonung des alten Baumbestandes vorgegangen werden soll. Der Besichtigung, daß das Militär auf der Berliner Chaussee bei ihren Übungen rechtschicklos die Rasenstreifen zertrampeln würde, begnadete Bürgermeister Wiesener mit der Erklärung, daß in solchem Falle eine einmalige Schädnerschlagge genügen würde. — Genosse Schmidt bemängelte hierbei das Fehlen von Ruhebänken in der Dorfstraße. — Die vereinbarte Endhalte stelle der in Zukunft quer über das Feld nach dem Zoologischen Garten gehenden Straßenbahn wurde aus der Dorfstraße nach Straße 6 (Rathausnähe) verlegt.

Die in der Einwohnerschaft gehobte Auffassung, daß das neue Rathaus doch noch einen anderen Platz erhalten wird, zerstreute Bürgermeister Wiesener bei Vorlegung des vom Gemeindevorstande Bräuning entworfenes Projektes. Dieser Monumentalbau wird an der Berliner Straße, gegenüber dem Gemeindepark, in mehreren Bauabschnitten ausgeführt werden und so den geometrischen Mittelpunkt der Gemeinde bilden. Es werden etwa 5000 Quadratmeter für Diensträume vorhanden sein, die schätzungsweise dem Bedürfnis einer Einwohnerzahl von 80 000 bis 120 000 Einwohner entsprechen. (Jetzt zählt der Ort 30 000 Einwohner.) Die Kosten mit innerer Einrichtung belaufen sich auf etwa 2 Millionen Mark. Hervorragende Künstler haben sich mit dem Bau durchaus einverstanden erklärt. Die Gemeindevertretung sah daher von einer Ausschreibung des Rathausprojektes ab.

Die Koch- und Schlichterwerkstatt hat durch Zirkular auf die Verschlechterung des nördlichen Holzgiebelhauses aufmerksam gemacht und ihre Dienste angepriesen. Dieses Zirkular mußte auf Veranlassung von zuständiger Seite richtiggestellt werden, zumal sich der nördliche Holzgiebel nicht verschlechtert, sondern tatsächlich etwas verbessert hat. — Eine Verkehrsverbesserung bezeichnet der neue Gebietsteil auf dem Felde insofern, als dort eine Auto-Omnibuslinie 4c mit einem Schminutenverkehr durch die Friedrichstraße nach dem Seltiner Bahnhof eingerichtet worden ist. Leider erstreckt sich diese Verbesserung nicht auch auf den alten Ortssteil. — Einer Anregung, die am 13. bis 20. September in Leipzig tagende Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte durch Delegierte zu beschicken, wurde entsprochen. Außer dem Vorsitzenden und dem Schriftführer soll je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gewerbezweiges delegiert werden. — In die öffentliche schloß sich wiederum eine geheime Sitzung.

Lichterfelde.

Die außerordentliche Generalversammlung bestätigte den in der letzten Mitgliederversammlung gefassten Beschluß, den Bildungsausschuß aufzugeben. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab Genossin Osburg. Am 2. August findet das diesjährige vom Wahlverein veranstaltete Kinderfest bei Wahrensdorf statt. Als Bezirksleiter für den seit 1/4 Jahr unbesetzten 11. Bezirk wurde Genosse Scheide gewählt. Neuaufnahmen waren 4 zu verzeichnen.

Waldsdorf an der Ostbahn.

In der Gemeindevertretung wurden zunächst 682,84 M. zu den Amtskosten für den Amtsbezirk Wiedorf nachbewilligt, so daß die Gemeinde Waldsdorf rund 8300 M. zu zahlen hat; eine Summe, wofür die Gemeinde einen eigenen Amtsbezirk haben könnte. Dadurch würde sehr vielen Einwohnern der Weg nach Hausdorf erspart. Eine längere Debatte rief der Punkt „Friedhofsanlage“ hervor. Diese Angelegenheit hat die Gemeinde schon wiederholt beschäftigt und teilweise auch sehr viel Unzufriedenheit erregt. Ein Teil der Gemeindeglieder ist der Ansicht, daß die Gemeinde mit den bestehenden Verhältnissen noch eine geraume Zeit auskommen könne. Andere Genossen in der Vertretung sind jedoch der Meinung, daß endlich einmal mit diesen Zuständen aufgeräumt werden muß. Es sei geradezu katastrophal, daß in einem Ort vor den Toren Berlins der Raum zur Aufzählung der Leichen und der für die Beerdigung in einem Gebäude von circa 20 Quadratmeter Flächenraum untergebracht sei. Die Gemeinde besitzt im nördlichen Ortssteil ein Grundstück, das zum Friedhof ausersehen ist. Die Baukommission war mit den Vorarbeiten beauftragt; sie machte den Vorschlag, eine Leichenhalle zu errichten, die den dringenden Anforderungen entspricht. Dieselbe soll enthalten: eine Halle mit Vorkaum, einen Altarraum, eine Urnenhalle; im Kellergechoß einen Aufbewahrungsort für Leichen und einen Sektierraum. Die Kosten der Halle sind auf rund 40 000 M. veranschlagt; für Umzäunung, Bewässerung und Verpflanzung sind 10 000 M. berechnet. Auch unsere Genossen erklärten die Summe für die hiesigen Verhältnisse sehr hoch. Sie meinten jedoch, daß diese Anlage auch für die Zukunft berechnet sei. Herr Siebert meinte: In den nächsten 50 Jahren werde die Urnenhalle wohl nicht demütigt werden. Er sei der Ansicht, daß die Gemeinde auf dem alten Friedhof noch eine Halle bauen und nach einigen Jahren dieses Projekt ausführen könne. Unsere Genossen erklärten, daß sie diesen Weg der Sparfamkeit nicht mitmachen, denn das heißt das Geld für die Halle auf dem alten Friedhof unnütz wegwerfen. Mit 8 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, eine Anleihe von 50 000 M. aufzunehmen und den Gemeindefriedhof benutzbar herzustellen. — Unter „Mittellungen“ verlas der Gemeindevorsteher ein Schreiben des Herrn Rektor Dürre, worin derselbe mitteilt, daß er davon absehe, die in einem Schreiben angebrochte Klage zu erheben.

Ober-Schönevide.

Ein von der Gemeinde veranstaltetes Sinfoniekonzert findet am Montag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Etablissement „Münchgarben“ statt. Es darf wohl erwartet werden, daß die künstlerischen Darbietungen des Bläserorchesters denselben Zuspruch finden wie bei der ersten Veranstaltung; der Eintrittspreis ist auf 30 Pf. festgesetzt. Karten sind vorher in den mit Plakaten belegten Geschäften zu entnehmen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins mußte den angeforderten Vortrag: „50 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ in Anbetracht des schlechten Besuches zurückstellen. Es wurde aber beschlossen, am 9. Juli eine öffentliche Versammlung mit dem gleichen Thema abzuhalten. Ferner soll eine Konferenz sämtlicher Vorstände der am Ort bestehenden Arbeitervereine abgehalten werden. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten ermahnte Genosse Freiler die Anwesenden, jetzt gerade nach der Landtagswahl keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um für unsere Presse und den Wahlverein zu agitieren und neue Klassenkämpfer heranzuholen.

Steglitz.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zuerst den Bericht des Genossen Thoms über die Kreisgeneralversammlung entgegen. Bei der darauf folgenden Ergänzungswahl zum Vorstand wurde Genosse Bierlein als erster Schriftführer gewählt. Die Kosten des zweiten Schriftführers sowie des Beistehers konnten nicht befreit werden, die Wahl hierzu wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Für die Ferienspiele wurden auf Antrag des Vorstandes 50 M. bewilligt. Vom Bildungsausschuß für Steglitz wurden für den gleichen Zweck 50 M. zugestimmt, so daß dem Frauenkomitee für die Ferienspiele mit dem Bestehenden vom vergangenen Jahr und einer privaten Spende von 15 M. etwas über 100 M. zur Verfügung stehen. — An den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung, den Genosse Alfermann gab, schloß sich eine kurze Debatte. Zum Schluß machte der Gemeindevorsteher Genosse Kmann einige Mitteilungen aus der Gemeindevertretung, an die sich noch verschiedene Anfragen knüpften.

Rüdersdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde die Gemeindevorstandsstimmung vorgelegt. Einer Einnahme von 140 481,25 Mark steht eine Ausgabe von 147 235,97 Mk. gegenüber. Mithin verbleibt ein Vermögensbestand von 2176,28 Mk. — U. a. wurde

nach von dem Projekt, bezir. Versorgung des östlichen Teiles des Kreises Niederbarnim mit Gas, Kenntnis gegeben.

Zernsdorf.

Der Gesangsverein „Freie Sänger“ Zernsdorf veranstaltet am Sonntag, den 29. Juni, im Lokal von J. Anorr von nachmittags 3 Uhr ab sein zehntes Stiftungsfest. Da genannter Verein sich zu Arbeiterfestlichkeiten jeder Zeit zur Verfügung stellt, so werden die Arbeiter und Gesangsvereine erucht, recht zahlreich mit ihren Angehörigen zu erscheinen.

Pankow.

Die Klassenfrequenz an den hiesigen Gemeindevorstand weist nach einer Zusammenstellung im Monat Mai d. J. gegen das Vorjahr eine geringe Verringerung auf. In den zurzeit vorhandenen 6 Gemeindevorständen wurden im Monat Mai insgesamt 6401 Kinder (3083 Knaben und 3308 Mädchen) in 140 Klassen unterrichtet, was einer Durchschnittsfrequenz von 45,72 Schülern pro Klasse (gegen 46,67 zur selben Zeit im Vorjahre) entspricht. Dieses Resultat verschlechtert sich jedoch ein wenig, wenn wir die sechs geringer besetzten Hilfsklassen für 125 Schwachbegabte in Abrechnung bringen. Es ergibt sich dann bei 134 regulären Klassen mit 6276 Schülern eine Durchschnittsfrequenz von 46,84 (gegen 47,85 im Vorjahre). Von den regulären Klassen hatte die höchste Schülerzahl eine Mädchenklasse der dritten Gemeindevorstandsstelle mit 70 Kindern, die niedrigste ebenfalls eine Mädchenklasse der vierten Gemeindevorstandsstelle mit 22 Schülerinnen aufzuweisen. Die 140 Klassen setzten sich aus 62 Knaben-, 68 Mädchen- und 12 gemischten Klassen zusammen. Von letzteren waren 6 Hilfs- und 6 reguläre Klassen. Die Durchschnittsfrequenz der regulär gemischten Klassen betrug 43,67, die der Hilfsklassen 21. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Prozentverhältnis der Schwachbegabten zur Gesamtschülerzahl sich in diesem Jahre günstiger gestaltet. Während die Gemeindevorstände im Vorjahre noch 2,09 Proz. Schwachbegabte aufwiesen, ist diese Ziffer in diesem Jahre auf 1,95 gesunken.

Die neu errichtete Knabenmittelschule soll einen allmählichen Aufbau erfahren. Sie besteht nach dem Stande am Mitte April dieses Jahres aus zwei Klassen (Vo und Vb) mit zusammen 98 Schülern, von denen 6 auswärtige sind. Da die Durchschnittsfrequenz von 49 Schülern für eine Mittelschule kein idealer Zustand ist, braucht lam gesagt zu werden.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genosse Reumann den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Die darauffolgende Diskussionsrede beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Rückgang der Mitgliederzahl und betonte die Notwendigkeit einer regen Agitation. Auch über den Antrag des vierten Kreises bezir. des Wochenabonnements wurde diskutiert, doch war die Meinung vertreten, es beim alten Modus zu belassen. Am 27. Juli veranstaltet der Wahlverein ein Sommerfest in Schloß Schönhausen. Ein Beschluß des Frauen-Vereins, während der Ferien Kinderpiele zu veranstalten, wurde gutgeheißen. Die Genossen werden erucht, für diese Spiele rege Partecipanda zu machen, damit eine gute Beteiligung erzielt wird. Statt des Vespabends veranstalten die Frauen im nächsten Monat einen Ausflug, der noch näher bekannt gegeben wird.

Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Bissell einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Fünfzig Jahre deutsche Sozialdemokratie“. Der Männerchor bracht bei Beginn und am Schluß der Versammlung einige stimmungsvolle Gesangsvorträge zu Gehör der Anwesenden. Es wäre erwünscht, wenn langgeduldige Genossen den Verein durch Beitritt unterstützen würden.

Wilmersdorf.

In der Sitzung der Gemeindevertretung verlas der Bürgermeister ein Schreiben der Eisenbahnverwaltung, in dem sie sich gegen den ihr von der Gemeindevertretung gemachten Vorschlag, die Höhergelegenen Arbeiten verzögert zu haben, verwahrt. Sie sei bereit gewesen, den Bau so schnell wie möglich zu fördern, doch hätten sich Hindernisse eingestellt, die sie nicht voraussehen konnte. Die verlangte Veseitigung des Schaltergebäudes in der Lindenstraße sei ihr erst zum 1. Oktober möglich, doch sei sie bereit, zwecks Weiterführung der elektrischen Straßenbahn in nächster Zeit den Eisenbahngang fortzunehmen. Wegen der Beschädigung des Pfästlers an der Unterführung im Zuge der Rolkestraße möge sich die Gemeinde vor der Sanabnahme mit der Veseitigung verständigen. — Die Armenarztordnung soll dahin abgeändert werden, daß der Armenarzt in Zukunft nur bei länger dauernden Verhinderungsfällen für lohnfreie Stellvertretung zu sorgen hat. — Wegen die wiederum zur Beratung gestellte Bürgerschaftsübernahme für den Beamtenheimstättenterein von 100 000 Mark sprachen verschiedene Redner ihre Bedenken aus, die Herr Affessor Gollisch durch den Hinweis darauf zu zerstreuen suchte, daß die Gemeinde durch die von dem Verein selbst sowie von der Verbandslasse deutscher Beamtenvereine zu leistende Rückbürgschaft genügend gesichert sei. Nach dem Vertragsentwurf könnte der Gemeinde vor der Sanabnahme mit der Veseitigung verständigen. — Die Armenarztordnung soll dahin abgeändert werden, daß der Armenarzt in Zukunft nur bei länger dauernden Verhinderungsfällen für lohnfreie Stellvertretung zu sorgen hat. — Wegen die wiederum zur Beratung gestellte Bürgerschaftsübernahme für den Beamtenheimstättenterein von 100 000 Mark sprachen verschiedene Redner ihre Bedenken aus, die Herr Affessor Gollisch durch den Hinweis darauf zu zerstreuen suchte, daß die Gemeinde durch die von dem Verein selbst sowie von der Verbandslasse deutscher Beamtenvereine zu leistende Rückbürgschaft genügend gesichert sei. Nach dem Vertragsentwurf könnte der Gemeinde vor der Sanabnahme mit der Veseitigung verständigen. — Die Armenarztordnung soll dahin abgeändert werden, daß der Armenarzt in Zukunft nur bei länger dauernden Verhinderungsfällen für lohnfreie Stellvertretung zu sorgen hat. — Wegen die wiederum zur Beratung gestellte Bürgerschaftsübernahme für den Beamtenheimstättenterein von 100 000 Mark sprachen verschiedene Redner ihre Bedenken aus, die Herr Affessor Gollisch durch den Hinweis darauf zu zerstreuen suchte, daß die Gemeinde durch die von dem Verein selbst sowie von der Verbandslasse deutscher Beamtenvereine zu leistende Rückbürgschaft genügend gesichert sei. Nach dem Vertragsentwurf könnte der Gemeinde vor der Sanabnahme mit der Veseitigung verständigen. — Die Armenarztordnung soll dahin abgeändert werden, daß der Armenarzt in Zukunft nur bei länger dauernden Verhinderungsfällen für lohnfreie Stellvertretung zu sorgen hat. — Wegen die wiederum zur Beratung gestellte Bürgerschaftsübernahme für den Beamtenheimstättenterein von 100 000 Mark sprachen verschiedene Redner ihre Bedenken aus, die Herr Affessor Gollisch durch den Hinweis darauf zu zerstreuen suchte, daß die Gemeinde durch die von dem Verein selbst sowie von der Verbandslasse deutscher Beamtenvereine zu leistende Rückbürgschaft genügend gesichert sei. Nach dem Vertragsentwurf könnte der Gemeinde vor der Sanabnahme mit der Veseitigung verständigen. — Die Armenarztordnung soll dahin abgeändert werden, daß der Armenarzt in Zukunft nur bei länger dauernden Verhinderungsfällen für lohnfreie Stellvertretung zu sorgen hat.

Beim Gewerkschaftsfest ist eine gelbe Brieftasche verloren gegangen. Der Inhalt war eine Quittung über Kartellbeiträge und einige Eintrittskarten. Der Finder wird gebeten, dieses beim Wewen Biere, Priesterstraße 40b, abzugeben.

Zyandau.

Ueber die Mißstände im hiesigen Straßenbahnbetrieb entspann sich in der letzten Stadtvordernetenzung wieder einmal lebhafte Debatten. Veranlassung hierzu gab eine Magistratsvorlage bezir. Bewilligung von 1000 M. für Abgabe eines Gutachten über etwaige Mängel und notwendige Verbesserungen im Straßenbahnbetrieb sowie Uebertragung des Auftrages zur Abgabe des Gut-

achtens an den Oberingenieur der Teckower Kreisbahnen Korfel in Richterfelde. Stadtk. Kupke versprach sich von einer sachlichen und gründlichen Prüfung der Straßenbahnbetriebsverhältnisse, da aber der Gutachter die hiesigen Verhältnisse nicht kenne und außerdem einer der teuersten Straßenbahnen vorstehe, werde bei dem Gutachten höchstens eine weitere Erhöhung der Tarife herauskommen. Medner brachte noch eine Beschwerde über die Monatskarten vor, welche sonderbarerweise nur an den ersten 10 Tagen des Monats gelöst werden könnten. Oberbürgermeister Koelke meinte, die andauernden Beschwerden der Stadtverordneten über den hohen Wechsel des Personals usw. hätten den Magistrat bewogen, einen Gutachter hinzuzuziehen. Derselbe solle sich einige Zeit hier aufhalten, um den Betrieb genau kennen zu lernen und dann sein Gutachten abgeben über die Tarife, das Personal und den rationalen Betrieb der Straßenbahn. Genosse Pieper betonte, daß eine Verbesserung im Betrieb eintreten müsse, hat ja selbst der Oberbürgermeister zugegeben. Die bisher vorgebrachten Beschwerden wären schon Grund dazu, einen Gutachter heranzuziehen. Medner kam dann auf das Straßenbahnunglück zu sprechen, das sich am Montag hier zugezogen und schwere Verletzungen mehrerer Personen zur Folge hatte. Das Unglück hätte seiner Meinung nach vermieden werden können, wenn der Straßenbahndirektor Müller die Führung des Wagens nicht einem jungen Fahrer übertragen hätte, der erst 8 Tage bei der Straßenbahn beschäftigt war und erst mit knapper Not seine Prüfung bestanden hatte. Die Betriebssicherheit müsse übrigens unter dem ständigen Personalwechsel sehr leiden. Um billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten, soll Direktor Müller sogar in ost- und westpreussischen Blättern inserieren, während hier genau Arbeitslose vorhanden wären. 25 bis 30 alte Schaffner mühten sich den ganzen Sonntag im Depot aufhalten, ohne daß sie in Dienst zu treten brauchten; hierdurch entstanden der Stadt unnötige Kosten. Medner rügte weiter, daß der Buchhalter Schröder sich nebenbei als Versicherungsagent betätige. Arbeiter, die bei der Straßenbahn angestellt werden, erhielten von Sch. Formulare zur Unterschrift vorgelegt, um sich versichern zu lassen. Anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums sei allen städtischen Arbeitern der Tagelohn ausbezahlt worden, den die Straßenbahner aber bisher noch nicht erhalten hätten. Aus dem Erlag der Strafgelehrer werde nur nach Gunst Unterstützung an Angestellte gewährt. Zum Schluss ersuchte Genosse Pieper die Straßenbahndeputation, danach zu trachten, daß Direktor Müller seine Befugnisse den Angestellten gegenüber nicht überschreite. Stadtbaurat Paul betritt die Wichtigkeit der meisten vom Genossen Pieper vorgebrachten Beschwerden. Ohne Strafgelehrer gebe es nicht ab. Wenn sich hier keine Leute für den Betrieb fänden, mühten solche von außerhalb herangezogen werden. Sonntags mühten immer Schaffner im Depot bereitgehalten werden. Stadtk. Kupke beschwerte sich über den großen Wechsel beim Personal. Bei dem letzten Unglück sei er Augenzeuge gewesen; der Fahrer hätte nicht einmal auf 10 Meter Distanz den Wagen zum Halten bringen können. Der Stadt werde das Unglück eine Menge Geld kosten. Oberbürgermeister Koelke gab zu, daß der Wagenführer erst acht Tage im Dienst war, aber einmal müsse er doch selbständig fahren. Die meisten Klagen, die Stadtk. Pieper vorgebracht hätte, wären auch in dem anonymen Schreiben an den Magistrat enthalten. Der Buchhalter Schröder hat im Auftrage des Magistrats gehandelt, als er die Leute zum Eintritt in die Versicherung aufforderte. Der wöchentliche Beitrag von 10 Pf. für eine fogen. Arbeiterversicherung würde den Leuten vom Lohn abgezogen. Genosse Pieper wandte sich gegen die Form der Versicherung, wobei ein gewisser Zwang ausgeübt würde. Von einem jungen Wagenführer müsse unbedingt verlangt werden, daß er den elektrischen Strom aus- und einschalten könne. Im übrigen habe man einen Teil seiner Beschwerden zugeben müssen. Hierauf wurde wider Erwarten die Vorlage abgelehnt.

zweiten höheren Lehraufsicht (Rechnungsausschuss) unter ebenf. Gewährung eines städtischen Zuschusses stattfinden.

Ueber das Gesuch des katholischen Kirchenvorstandes um Erlaß der Umfasssteuer und des einmaligen Kanalisationsbeitrages entspann sich eine längere Debatte. Genosse Bied bemerkte, es zeige sich auch hier wieder, daß die Kirche einen großen Wagen habe. Wenn sie aber, wie jeder andere Privatmann, bezahlen solle, dann weigere sie sich. Gegen 3 Stimmen wurde die Ablehnung des Gesuchs beschlossen.

Die hiesige Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer ersuchte in einem Antrage a) um Einführung einer Differenzierung der Grundwertsteuer, b) eines Zuschlages zur Reichwertzuwachssteuer und c) einer sozialen Bauordnung. Nach einstündiger Debatte, wobei betont wurde, daß die Mietskasernen der Charlottenburger Baugenossenschaft auch nicht als erstrebenswertes Ziel anzusehen seien, wurde beschlossen, zu a) Ueberweisung des Antrages an den Magistrat zur Erörterung, b) Uebergang zur Tagesordnung, c) Ueberweisung des Antrages an den Magistrat als Material.

Gegen die Errichtung eines jüdischen Begräbnisplatzes in der Nähe der Heerstraße ist seitens des Bezirksvereins Wilhelmstadt Einspruch erhoben worden. Die Stadtk. Schreiber teilte, siehe hinter dem Unternehmen die Neue Berliner Bodenreformgesellschaft. Da durch die Anlegung des Friedhofes die schönsten Stellen an der Heerstraße geopfert würden, beantragte er eine Resolution, in der der schärfste Einspruch gegen das geplante Unternehmen eingeleitet wird. Die Resolution gelangte zur Annahme.

Ein Gesuch des Zimmermannes Gerid aus Staaten um Gewährung einer Entschädigung für die gewaltsame Räumung seines Viehhundes während der verschärften Hundesperre wurde auf Antrag des Genossen Bied dem Magistrat zur Erörterung überwiesen.

Ueber die beiden Vorlagen betr. Ankauf einer Auktionsweise und Anfertigung weiterer Fortgeländes an den Architekten Heinel entwickelte sich eine Geschäftsordnungsdebatte, ob öffentlich oder geheim beraten werden sollte.

Ueber den Ankauf der früher Polzinschen Auktionsweise in Größe von 23310 Quadratmeter zur Preise von 116000 M. wurde in öffentlicher Sitzung verhandelt. Der Ankauf der Wiese wurde abgelehnt, da die Stadtverordneten erst sehen wollten, ob aus dem Waldverkauf überhaupt etwas würde.

Marktpreise von Berlin am 26. Juni 1913, nach Ermittlungen des Amial. Preisprüfungsamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,00 bis 20,10, mittel 19,98—20,02, geringe 19,90—19,94. Roggen, gute Sorte 16,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,10—16,50, mittel 15,50—16,00, geringe 15,20—15,50. Hafer, gute Sorte 17,30—18,50, mittel 16,20—17,20. Mais (milde), gute Sorte 15,00—15,70. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00, Mischfrucht 0,00—5,00. Neu, alt 0,00—0,00, neu 0,00—0,00.

Marktpreise für 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Spitzbohnen, weiße 30,00—60,00. Bohnen 35,00—60,00. Kartoffeln (klein), alte 7,00—10,00, neue 00,00—00,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Rapskörner 1,40—2,80. Haie 1,00—3,20. Fander 1,40—3,60. Decke 1,60—2,80. Barke 1,00—2,40. Schine 1,40—3,50. Vete 0,50—1,00. 60 Stück Krebse 1,80—60,00.

Eingegangene Druckschriften.

Eigenhänder. 70 kleine Wohnhäuser. Von R. Schöndt u. T. Eberhard. 80 Seiten. Bestverlagsgesellschaft, Wiesbaden.

Janet-Bücherei: 43. Das Marienleben von Kainer. Maria Rilke. — 44. Goethe über seinen Faust. — 45. Kaiser Friedrich III. Tagebuch von seiner Reise nach dem Vorpommern 1889. — 46. Drei Faltnachtsstücke. Von G. Sachs. — 47. Kinder der alten Edda. Uebersetzung der Brüder Grimm. — 48. Arne. Von Hjalmar Hjorten. — 49. Frühling. Von J. Schaf. — 50. Gedichte von Fr. Hölderlin. — 51. Leben des vergnügten Schulmeisterlein Maria Wuz. Von J. Paul. — 52. Der Tod des Ivan Iljitsch. Von L. R. Tolstoj. — 53. Lehren und Sprüche. Von D. Wilde. — 54. Sonorenlieder. Von J. G. Müller. — 55. Ueber Schriftstellerei u. Stil. Von H. Schopenhauer. — 56. Till Eulenspiegel. Mit 54 Holzschnitten. — 57. Carmen. Novelle von Prosper Mérimée. — Einzelnummer geb. 50 Pf. Inselverlag, Leipzig.

Wissenschaftliche Volksbücher herausgegeben von J. Gansberg. — Bd. 21. Drei Jahre im innersten Asien. Von Egon Hedler. — Bd. 22. Das Verbrechen des von R. van der Borgh. — Bd. 23. Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 von G. Dethl. u. J. v. Golen. Jeder Band 1,50 M. H. Hauffen, Hamburg.

Die rechtliche Stellung der Kleriker, Apotheker und Heilanstalten nach der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. E. de Martinicourt. 240 M. Quittammer u. Röhlbrecht, Berlin W 56.

Im Klüffelpfad. Lustspiel von R. Köhler und L. Keller. (Universal-Bibliothek Nr. 5552.) 30 Pf. H. Reclam, Leipzig.

Geschichte und Theorie des Kapitalismus. Von Dr. J. Gerlich. 10 M. Duncker u. Humblot, Leipzig.

Brüderlein und Schwesterlein. Wiener Roman von E. v. Gundel-Razetti. 4 M., geb. 5 M. Köhler, Kempten und München.

Zur Emanzipation der Kapitalbildung vom Geldkapital. Von Dr. H. Lehmann. 50 S. E. Koenig, Wien I.

Geschichte des Deutschen Buchhändlerverbandes. Bearbeitet von Emil Kloth. 456 S. geb. Selbstverlag des Buchhändlerverbandes, Berlin.

Interessante Kriminalprozesse. Bd. 9. Von Hugo Friedländer. 3 M., geb. 4 M. H. Sarsdorf, Berlin W 30.

Jahresbericht des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes 1912. 118 S. Selbstverlag in Bremen.

Die Grausamkeit mit besonderer Bezugnahme auf sexuelle Faktoren. Von H. Rait. 4 M., geb. 5,50 M. H. Sarsdorf, Berlin W 30.

Mathematische Bibliothek. 10. Der Kreis der Fehler? Von E. Lehmann und H. Teiler. — 11. Konstruktionen in begrenzter Ebene. Von H. Hähle. — 12. Die Quadrate des Kreises. Von E. Heutel. Einzelnummer 30 Pf. — Kleine Schriften. Bd. 3. Handbuch der Bewegungsspiele für Mädchen. Von H. Detwami. 120 M. — Bd. 5. Singspiele. Von H. Hahczoll. 140 M. — Begriff der Arbeitsschule. Von G. Kerschenteiner. 150 M., geb. 2 M. — Dr. H. Schmidt Naturwissensch. Schülerbibliothek. Nr. 19. Phytikalische Pflandereien. Von L. Wunder. — 22. Chemische Pflandereien. Von demselben. Je 1 M. — Die Frau im Dienste der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Von Oskar Wagner. 4,80 M., geb. 5,40 M. — Jugendpflege-Arbeit. 1. Teil. Herausgegeben vom Ortsausschuß für Jugendpflege in der Stadt Kiel. 2 M. H. G. Teudner, Leipzig.

Die Unternehmungsorganisationen. Separatdruck aus Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik. J. G. B. Mohr (H. Bredel), Tübingen.

Die Gärungsgewerbe und ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen. Von Prof. Dr. W. Henneberg und Dr. G. E. Ede. (Wissenschaft und Bildung. Bd. 110.) Geb. 1,25 M. — Wie ernährt sich die Pflanze? Von O. Krieger. (Naturwissenschaftliche Bibliothek.) Leinwandband 1,80 M. Quelle u. Neher, Leipzig.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Heute Sonnabend beteiligt sich die arbeitende Jugend an der Sommerfeier des Arbeiter-Bundebundes „Die Naturkunde“ am Tempelhofer See. Treffpunkt 9—1/8 Uhr im Jugendheim, für Nachzügler bis 8.50 Uhr am Götischer Bahnhof. Fahrgeld für Jugendliche 60 Pf.

Nichtenberg. Sonntag, 29. Juni: Tagespartie nach Tegel-Heiligensee-Hermsdorf. Treffpunkt morgens 7 Uhr Jugendheim. Fahrt vom Silesischen Bahnhof (Nahverkehr) Linie 51. Fahrgeld 40 Pf. Diejenigen, welche nicht an der Partie teilnehmen, treffen sich auf dem Turnplatz an der Kreuzmauer. Das Heim ist geschlossen.

Neben Montag und Mittwoch gemeinsame Spiele auf dem Spielplatz an der Rittergutstraße.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Juni, normittags 9 Uhr, Kappellallee 15—17, Neudöln, Idealpassage, und Tegel, Schillerstraße 30: Freireligiöse Vorträge. — Normittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Ray Hric: „Jung Schabert, der Meister des Liebes“. — Damen und Herren als Gäste willkommen. — Während der Schulferien keine Vorträge.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Becht, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiregemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

10%

in baar

oder doppelte Rabatt-Marken

in allen Abteilungen

10%

in baar

Extra billige Reise-Angebote

Grosse Posten

Herren-Artikel	Damen-Strümpfe	Damen-Wäsche
<p>Oberhemd. bunte, mit Percol-Einsatz, hell und dunkel Dessins .. 2 25</p> <p>Garnituren bunte, in Zephir u. Percol 75 Pf.</p> <p>Westen-Gürtel schwarz und farbig 1,75, 1,45 95 Pf.</p> <p>Regenschirme in Gloria mit Futteral 4,25, 3,75, 2 10</p> <p>Halbhandschuhe lange, weiss und schwarz ... Paar 38 Pf.</p>	<p>Damen-Strümpfe schwarz, lederfarbig 38 Pf.</p> <p>Damen-Strümpfe à jour in farbig und schwarz ... Paar 65, 58 Pf.</p> <p>Herren-Socken schwarz und lederfarbig und Schweiß-Socken ... Paar 48, 35 Pf.</p> <p>Herren-Socken bunt in schönen Dessins ... Paar 60, 48 Pf.</p> <p>Kinder-Söckchen ... Paar 38, 28, 18 Pf.</p> <p>Knaben-Sporthemden . 1,95, 1,60, 1 25</p> <p>Herren-Sporthemden . 2,75, 2,45, 1 95</p> <p>Herren-Netzjacken 60, 48, 38 Pf.</p> <p>Spitzen-Kragen für Damen, sehr preiswert 63, 48, 38 Pf.</p> <p>Extra-Angebot: Kinderschürzen 1,35 95, 78 Pf.</p>	<p>Phantasiehemden mit Stickerei-An- u. Einsatzen 2,45, 1,95, 1 65</p> <p>Knie-Beinkleid. mit breiter Stickerei und Samobengarn 2,45, 1,95, 1 65</p> <p>Nacht-Hemden halbfrei, mit Stickerei ... 5,45, 4,50, 3 15</p>
Konfektion		
<p>Blusen aus weissem Volla u. Batist, reich mit Einsatz, u. Fältchen garn. 3,90, 2,75, 1 95</p> <p>Kostüme a. Stoffen engl. Art u. imit. Leinoe, neue mod. Fasonen 19,50, 14,50, 10 50</p> <p>Kostüm-Röcke aus Stoffen engl. Art u. imit. Leinoe 5,50, 3,90, 2 90</p> <p>Kinder-Kleidchen hell und dunkel 4,90, 3,50, 2 75</p>	<p>Ein gr. Posten Reise-Mäntel aus Stoffen engl. Art und marine Cheviot ... 7,50, 5,50 3 90</p>	<p>Ein Posten Bade-Trikots</p> <p>für Kinder 70 Pf. bis 1 10</p> <p>für Erwachsene 1 25 bis 1 95</p> <p>Bade-Laken für Erwachsene .. 2 95 2 50</p> <p>Bade-Mäntel Capes-Form 2 95</p> <p>Bade-Kappen ... 75, 40, 20 Pf.</p> <p>Reisehutkartons m. Riemen 1,25, 1,05 85 Pf.</p> <p>Reisekartons m. Plaid-Riemen u. Metalldecken 2,45, 1,85 1 65</p> <p>Reisekartons mit Riemen . . 1,60, 1,45 85 Pf.</p> <p>Reise-u. Schlafdecken besonders billig</p>
<div style="display: flex; justify-content: center; align-items: center;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-right: 10px;"> <p>Ein großer Posten Reise-Mäntel aus Stoffen engl. Art und marine Cheviot ... 7,50, 5,50 3 90</p> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-right: 10px;"> <p>Ein gr. Posten Muster-u. Fenster-Korsette bedeutend unter Preis 2,45, 1,95 1 25</p> </div> </div>		

Wilhelm Joseph

Schöneberg, Hauptstrasse 163 :: Berlin W, Grossgörschenstrasse 1

